

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse um rassistischen/faschistischen Terror zu stoppen!

Deutscher Kapitalismus rüstet sich für den Klassenkrieg

Bürgerlicher Konsens schließt die Reihen hinter faschistisch verseuchter Polizei und Armee

„Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen,“ schrieb die revolutionäre Marxistin Rosa Luxemburg während des Schlachtens des Ersten Weltkriegs. Ein Jahrhundert später, inmitten der Corona-Pandemie, sind in Deutschland 75.000 (zum Stand vom 25.3.2021) an der Pandemie gestorben – eine Opferzahl, die sich seit dem 1. Januar mehr als verdoppelt hat – von 2,7 Millionen weltweit. Dennoch schossen die Dividenden der 30 führenden DAX-Unternehmen bis Ende 2020 auf 37 Mrd. Euro hoch, ein Plus von 14 % gegenüber dem Vorjahr. Obwohl eine vollständige wirtschaftliche Erholung erst für 2022 erwartet wird, stellte die Wirtschaftspresse fest, dass die Exporte der deutschen Industrie sich „widerstandsfähig“ gezeigt haben.

Bis zum Sommer schien Deutschland die Ausbreitung des Virus mit seinem Test- und Isolationsprogramm und einem relativ großen Verhältnis von Anzahl an Ärzten und Krankenhausbetten pro Bevölkerung begrenzt zu haben. Letztlich erwiesen sich die „Lockdown light“-Maßnahmen als unzureichend, nicht nur wegen der Sommerferien oder wegen der Partygänger in Berlin oder irgendwelcher individueller Verhaltensweisen. Die „zweite Welle“ war vor allem darauf zurückzuführen, dass Land und Bund auf Druck kapitalistischer Interessen Reisebeschränkungen aufhoben und eine breite Wiedereröffnung des Handels zuließen, und darauf, dass Millionen von Arbeitern in Großbetrieben unter unsicheren Bedingungen und mit völlig unzureichendem persönlichem Schutz schufteten.

Das hat zu großen Ausbrüchen geführt, vor allem in den Fleischverarbeitungsbetrieben von Tönnies und in den Verteilzentren von Amazon, die im Dezember zu „Hot Spots“ wurden, in denen ein Viertel oder mehr der Arbeiter in Bayern (Bayreuth) und Baden-Württemberg (Graben) infiziert waren, da das Unternehmen zahnlose Beschwerden der Gewerkschaft ver.di einfach abtat. Selbst der erneute „harte Lockdown“ im Winter 2020-21 hat solche Firmen ausgenommen. In den USA, wo Amazon über 20.000 COVID-Fälle gemeldet hat, haben unsere Genossen von der Internationalist Group und Class Struggle Workers – Portland dafür agitiert, dass die Arbeiter über Arbeiterschuttkomitees Maßnahmen unternahmen, um unsichere Arbeitsstätten stillzulegen, sowie für eine Reihe von Übergangsforderungen (siehe Seite 15).



Christophe Gateau / dpa

Berliner Polizei hat den Demonstrationszug bei der Luxemburg-Liebkecht-Demo am 11. Januar brutal angegriffen.

Die neue Coronavirus-Welle verdeutlichte die Kluft zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut, indem sie die Grenzen der Krankenhauskapazitäten testete. In diesem Zusammenhang war es eine kaltblütige Provokation, als die Bertelsmann Stiftung – jene Hohepriester des Profitsystems, die offenbar freidemokratische, christdemokratische und sozialdemokratische Parteiprogramme inspirieren – ihre Forderungen nach einem weiteren Abbau dieser Kapazitäten durch die Schließung von mehr als der Hälfte der Krankenhäuser in Deutschland, von 1.400 auf 600, wiederholte und gleichzeitig beklagte: „In Deutschland kommen immer noch zu viele Patienten in die Krankenhäuser“ (tagesschau, 28. Dezember 2020)! Schon lange vor der Pandemie kursierten in der Bourgeoisie Pläne zum Abbau des Gesundheitswesens und zur Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Diese wurden nun konkretisiert durch des Stahl- und Autoindustriekartell Gesamtmetalls „Vorschläge für die 2. und 3. Phase der Corona-Krise“ vom Mai 2020. In ihrem Plan fordern die Chefs der metallverarbeitenden Industrie, dass es „keine Steuererhöhungen“ und „keine neuen Steuerbelastungen“, insbesondere Umweltabgaben, geben dürfe. Der Plan wendet sich gegen die geplante Begrenzung von befristeten Arbeitsverträgen und pocht auf das Recht, Verträge aus

beliebigen Gründen zu beenden (alles im Namen der „Flexibilität“) oder auf befristete Arbeitsplätze; es wird das Ende der Rente mit 63 gefordert, eine Absenkung des Mindestrentensatzes und ein Ende der „enorm teuren“ Mütterrenten! Das wäre sicherlich „Sozialabbau in historischer Dimension“, wie Hans-Jürgen Urban von der IG Metall es treffend nannte.

Die Forderungen der Metallbosse nach einem „Belastungsmoratorium“ richteten sich zwar an die regierende CDU-SPD-Koalition, aber angesichts der zunehmenden Wahrscheinlichkeit ihrer Ablösung durch eine CDU-Grünen-Koalition sollte man sich daran erinnern, dass die letzten dramatischen Sparmaßnahmen „historischer Dimension“ – verkörpert im Hartz-IV-Programm von 2004, das quasi unbezahlte Zwangsarbeit („Ein-Euro-Jobs“) und steile Leistungskürzungen für Arbeitslose einführte – das Werk einer SPD-Grünen-Regierung waren. Die Linkspartei ist ebenfalls mitschuldig bei der Verwaltung der kapitalistischen Austerität in verschiedenen Bundesländern, einschließlich der langsamen Zerstörung des öffentlichen Verkehrs durch Privatisierung in Berlin.

Die deutsche Bourgeoisie plant eine neue Offensive gegen den Lebensstandard der Arbeiter, verbunden mit erheblichen Steigerungen der Militärausgaben. Sie antizipiert und bereitet sich auf die Zerschlagung sozialer

Revoluten vor – die neuen „Anti-Terror“-Panzerwagen, die von den Spezialeinheiten verschiedener staatlicher Polizeikräfte vorgefahren werden, sind Waffen für den internen Krieg, wie das Polizeiarsenal, das während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg zum Einsatz kam (siehe „Hexenjagd auf Linke nach Polizeistaatsgipfel in Hamburg“, *Permanente Revolution* Nr. 2, Sommer 2018). Deshalb haben sich alle bürgerlichen Parteien und auch die beiden sozialdemokratischen Parteien dafür stark gemacht, der Polizei trotz der fast wöchentlichen Enthüllungen über ihre Verseuchung mit faschistischen Elementen Persilscheine auf gute Führung auszustellen.

In der Zwischenzeit breitet sich das Coronavirus mit erhöhten Positivitätsraten weiter aus, so dass der verschärfte Lockdown nun bis Ende März verlängert wurde, während Virologen sagen, dass die erste Hälfte des Jahres 2021 „kompliziert“ sein wird – d. h. schlimm, und schlimmer. Und die Impfstoffverteilung ist ein Chaos: Die Lieferung verzögert sich, die bestellten Mengen sind unzureichend und nur die Hälfte der vorhandenen Mengen wird verabreicht. Im Gegensatz dazu wurde in China mit seiner sozialisierten Planwirtschaft das Virus durch strenge Quarantäne, Isolierung und Behandlung aller Infizierten sowie den blitzschnellen Bau von Krankenhäusern zur Behandlung von Tausenden von COVID-Patienten wirksam eingedämmt. Dadurch konnte das Land schon früh vorsichtig wieder geöffnet werden, mit weniger als 4.800 Todesfällen von 1,5 Milliarden. **Die Corona-Krise ist der Beweis: Der Kapitalismus tötet. Wir müssen für die Revolution kämpfen!**

Faschistische Verseuchung bei Polizei, Armee, Geheimdiensten

Die Meldungen über faschistische oder faschistoide Polizisten, Soldaten, Bundeswehrprofiziere, Verfassungsschutzbeamte, Bundesnachrichtendienstler und Staatsanwälte häufen sich Woche für Woche, Monat für Monat. In allen Bereichen des Polizei-, Militär- und Geheimdienstapparates, in allen Teilen Deutschlands: Es ist eindeutig eine Verseuchung. Natürlich werden sie nur als „rechts“, „rechtsextrem“ oder „extremistisch“ eingestuft. Und die Maßnahmen, die ergriffen werden, sind, wenn überhaupt, nur kosmetisch. Kabinettsminister, Verfassungsschutz, Sonderermittler, weiter auf Seite 18

Die Linkspartei ist eine reformistische Sackgasse – Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Der „Neukölln-Komplex“: Komplizenschaft des Staatsapparats mit den Faschisten..... 3
Griechenland: das Feuer von Moria entfacht mehr rassistische Repression..... 6
Coronavirus-Pandemie verwüstet Italien..... 9

Keine Hinrichtung durch COVID – Freiheit für Mumia Abu-Jamal, jetzt!..... 2
Wann wird es ein Ende haben? Der rassistische Polizei-Lynchmord an George Floyd..... 11
Coronavirus und Kapitalismus..... 20

Helden der Aufdeckung der Verbrechen des Imperialismus

Freiheit für Julian Assange – Keine Auslieferung, USA Hände weg von Edward Snowden!

Wikileaks hat der gesamten Menschheit einen Dienst erwiesen

Am 12. Februar wurde bekannt gegeben, dass das US-Justizministerium einen Schriftsatz eingereicht hatte zur Unterstützung eines früheren Einspruchs gegen die Entscheidung einer britischen Richterin vom 4. Januar, die die Auslieferung von Julian Assange, des führenden Mitarbeiters von Wikileaks, ausschloss. Somit wird bestätigt, dass die demokratische Regierung von Joe Biden die von dem Republikaner Donald Trump begonnene Strafverfolgung von Assange fortsetzt. Unter den drakonischen Bestimmungen des Spionagesetzes der USA wird der Gründer der Internet-Whistleblower-Website wegen der Aufdeckung schrecklicher Kriegs-

verbrechen des US-Imperialismus und der „schmutzigen Tricks“ seiner Spionageagenturen mit einer Haftstrafe von insgesamt 175 Jahren bedroht. Indem die Regierung der Vereinigten Staaten Assange mit aller Macht verfolgt, sowohl unter den Republikanern als auch unter den Demokraten, versucht sie, dem Aufdecken ihrer Geheimnisse ein Ende zu machen.

Die Berufung der USA gegen das Urteil der britischen Richterin war eine letzte Spitze des Trump-Regimes an dessen letzten Tag im Amt. Anfang Februar appellierte eine „Blue Ribbon“-Koalition von bürgerlichen Freiheits- und Bürgerrechtsgruppen an Bidens amtierenden Generalstaatsanwalt, das

Auslieferungsersuchen fallen zu lassen und die ursprüngliche Anklage gegen Assange zurückzuweisen. In ihrem Brief wurde betont: „Die Anklage gegen Herrn Assange bedroht die Pressefreiheit, da ein Großteil der in der Anklage beschriebenen Verfahren solche Verfahren sind, die Journalisten routinemäßig gebrauchen – und die sie gebrauchen müssen, um die Arbeit zu erledigen, die die Öffentlichkeit von ihnen verlangt.“ Die *New York Times* und London *Guardian* merkten an, dass sie dieselben Methoden wie Assange anwenden, um Informationen von Insidern über Vertuschungen durch die Regierung zu erhalten. Sie veröffentlichten auch Informationen, die von Wikileaks aufgespürt wurden.

Die bürgerlichen Mainstream-Medien decken gelegentlich einige ungeheure Missetaten einiger Regierungen auf. Die Pentagon Papiere, die die Lügen der Regierung von Lyndon B. Johnson über den Vietnamkrieg enthüllten, waren eine Bombe, die 1971 von der *Times* veröffentlicht wurde (nachdem Johnson fort war). Die Regierung von Richard Nixon versuchte, den Informanten, den Analytisten Daniel Ellsberg, wegen Verstoßes gegen das Spionagesetz zu verfolgen, doch die Anklage wurde wegen ungeheurer Rechtsverletzungen durch die Staatsanwaltschaft fallen gelassen. Viel öfter ist die „freie, weiter auf Seite 16

Lasst nicht zu, dass sie die „Stimme der Entrechteten“ zum Schweigen bringen

Keine Hinrichtung durch COVID – Freiheit für Mumia Abu-Jamal, jetzt!

Es wird gemeldet, dass Mumia, während er am 3. März mit der Diagnose COVID-19 und kongestiver Herzinsuffizienz im Krankenhaus lag, auf unmensliche Weise an Armen und Beinen ans Krankenhausbett gefesselt wurde, was die offenen blutigen Wunden aufgrund seines unablässigen Hautleidens verschlimmerte. Das ist reine medizinische Folter, wie es auch im August letzten Jahres der Fall war in Kenosha, Wisconsin, bei Jacob Blake, der ins Krankenhaus eingeliefert wurde, nachdem ihm von Polizeibeamten sieben Mal in den Rücken geschossen worden war. Die Fesselung erinnert an die Behandlung anderer Black Panther, darunter Huey Newton und Assata Shakur, und an das Anketten schwarzer Sklaven. Stoppt die Folter, Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Mumia Abu-Jamal, ein ehemaliger Black Panther und der bedeutendste Gefangene des Klassenkriegs in den Vereinigten Staaten, ist seit 39 Jahren in den Kerkern des Gefängniswesens von Pennsylvania inhaftiert, die Hälfte dieser Zeit im Todestrakt, ein unschuldiger schwarzer Mann, der Opfer von Machenschaften der Polizei wurde. Am 27. Februar wurde Mumia ins Krankenhaus eingeliefert, und es wurde COVID-19 und kongestive Herzinsuffizienz bei ihm diagnostiziert. Obwohl er Schmerzen in der Brust und Atembeschwerden hatte, ergaben vier vorherige Tests in der Gefängnis-Krankenstation falsch-negative Ergebnisse für COVID. Erst als er in ein Kran-

kenhaus außerhalb des Gefängnisses verlegt wurde, nachdem eine Vielzahl von Forderungen nach einer angemessenen medizinischen Behandlung für ihn laut geworden waren, wurde eine korrekte Diagnose gestellt. Jetzt ist er zurück in der Gefängnis-Krankenstation, in Isolation, sein Gesundheitszustand ist prekär.

Im Alter von 67 Jahren ist Mumias Leben zudem weiter gefährdet, weil sein Immunsystem geschwächt ist durch die jahrelange Verweigerung einer Behandlung gegen Hepatitis-C, bis er 2015 im diabetischen Schock zusammenbrach. Nur durch Einreichung einer Klage vor Gericht im Namen aller Gefangenen, die an dieser schwächenden und potenziell tödlichen Krankheit leiden, konnte er eine angemessene Behandlung erhalten. Jetzt, mit zwei lebensbedrohlichen Zuständen inmitten einer tödlichen Pandemie, die allein in den USA mehr als eine halbe Million Menschen getötet hat, fordern Mumias Unterstützer vom Gouverneur von Pennsylvania, Tom Wolf, dass Jamal aus medizinischen Gründen freigelassen wird, zusammen mit allen anderen Gefangenen von über 50 Jahren, die sich mit dem Coronavirus angesteckt haben oder einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, an COVID-19 zu sterben.

Jetzt hat die National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA), die größte Gewerkschaft des Landes, ihre Forderung nach der sofortigen Freilassung von Mumia wiederholt, der „Opfer von Machenschaften des korrupten Justizsystems in den USA wurde.“ Sein „einziges Verbrechen“, schrieb die NUMSA, „ist die Entlarvung des rassistischen, kapitalistischen Justizsystems in den USA, das jahrzehntelang die Apartheidregierung verteidigt und unterstützt hat.“ Mumias Leben ist in Gefahr. Durch kriminelle medizinische Vernachlässigung könnten seine Gefängniswärter das Todesurteil vollstrecken, was sie über vier Jahrzehnte hinweg nicht geschafft haben, trotz des ras-

sistischen Justizsystems, das seinen Prozess fingiert und gegen seine Rechtsmittel unaufhörlich angekämpft hat, wie es jetzt auch der angeblich „progressive“ Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia, Larry Krasner, tut.

Die Internationalist Group hat von Anfang an für Arbeiteraktionen zur Befreiung von Mumia Abu-Jamal gekämpft, wie es brasilianische Lehrer und Hafearbeiter an der US-Westküste 1999 taten. Wir fordern, dass Mumia sofort freigelassen wird, und appellieren eindringlich an andere, dies auch zu tun. Er ist die mutige „Stimme der Entrechteten“, die unermüdlich Ungerechtigkeit rund um den Globus angeprangert hat. Lasst nicht zu, dass sie Mumias Stimme zum Schweigen bringen! Wir drucken unten die Ansprache ab, die er hinter Gittern im SCI Mahanoy bei einem Online-Forum am 22. Februar zum Thema „Berufung von Julian Assange und der 1. Zusatzartikel zur Verfassung der USA“ verlas.

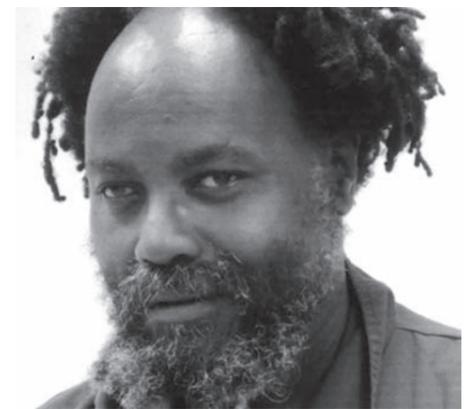
Julian Assanges Geschenk

von Mumia Abu-Jamal

Julian Assange, einer der Gründer der Transparenzorganisation im Internet, Wikileaks, wird von der Presse der großen Konzernen weithin als Feind betrachtet. Warum eigentlich? Ich glaube, die Antwort lässt sich aus der Geschichte der journalistischen Durchbrüche ableiten, die nicht von der etablierten Presse, sondern von alternativen und Underground-Pressen ausgingen.

Auf dem Höhepunkt der schwarzen Befreiungskämpfe der 1960er Jahre produzierte Liberation News Service Filminterviews mit Leuten wie Huey P. Newton, einem der Mitbegründer der Black Panther Party. Das war ein gewaltiger Durchbruch.

Während des so genannten Kriegs gegen Drogen brachte ein wenig bekannter Journalist namens Gary Webb von einer kleinen Zeitung an der Westküste, den *San Jose Mercury News*, die Geschichte von CIA-Drogengeschäften mit schwarzen Gangstern in Cali, Kolumbien. Webb gewann einen Pulitzer-Preis und dann kam der



Mumia Abu-Jamal

Gegenangriff. Die großen Nachrichtenkanäle, die großen Zeitungen in New York, Washington und L.A., griffen seine Berichterstattung an. *Mercury* trennte sich von ihm, und danach kamen Nachrichten über einen angeblichen Selbstmord. Was sagt uns das über neue Nachrichtenquellen gegen den Strom des Establishments?

Denkt nun zurück an den Irak-Krieg: „Erinnert ihr euch an die „Massenvernichtungswaffen“? Wie war es mit Dick Cheneys Vorhersagen, dass „sie uns als Befreier begrüßen werden“? Julians Wikileaks durchbrach die Lügen des Staates wie ein Rammbock. Und dann veröffentlichte Wikileaks ein Video von einer Erschießung irakischer Zivilisten durch US-Soldaten in einem AH-Apache-Kampfhubschrauber im Jahr 2007, die begleitende Tonaufnahme von Lachen und schallendem Gelächter, während sie schießen...

[Mumia wird von Gefängniswärter unterbrochen]

Er erzählte die Wahrheit, die nur Wikileaks erzählen konnte. Auf diese Weise zeigten Assange und seine Kumpels bei Wikileaks das wahre Gesicht des Krieges, sie zeigten das Gesicht des US-Imperiums. Und seitdem wird er wie ein Feind behandelt. Er hat den Durchbruch geschafft. Und die Unholde der Konzernmedien, wie der Staat selbst, werden ihm nie verzeihen.

– Von der Nation der Gefangenen, hier spricht Mumia Abu Jamal.

Permanente Revolution

Zeitung der Internationalistischen Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale

Herausgegeben von der Liga für die Vierte Internationale, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA
Email: internationalistgroup@msn.com

Anschrift in Deutschland: Postfach 800721, 21007 Hamburg
Email: permanenterevolution@posteo.de

Erscheint bei Mundial Publications, P.O. Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA.

Presserechtlich verantwortlich: J. Norden, 10008 New York, USA

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Nr. 5

Frühling 2021

Zerschlagt die faschistischen Netzwerke durch Arbeiter/Immigranten-Aktionen

Der „Neukölln-Komplex“ – Komplizenschaft des Staatsapparats mit den Faschisten

Im „Neukölln-Komplex“ offenbart sich ominös und exemplarisch die Verstrickung des politischen, justiziellen und polizeilichen Staatsapparats mit den Nazi-Faschisten. Dieses Phänomen, wovon auf Bundesebene eine Unzahl von Beispielen bekannt sind, kann man in diesem Berliner Bezirk als nur eine Facette eines umfassenden Netzwerks erkennen, von systematischer Zusammenarbeit des Staats mit faschistischen und faschistoiden Kräften.

Neukölln ist ein Stadtteil unter Belagerung – sowohl durch das Corona-Virus, als auch durch den bürgerlichen Staat, in Berlin durch die „rot-rot-grüne“ Koalition von SPD/Die Linke/Grünen verwaltet, besonders durch deren rassistischen Kreuzzug gegen angebliche „Clans“ und gegen Shisha-Bars. Und diese staatliche Repression hat immer ihre faschistischen Vorreiter, obwohl behördlich nur als „rechtsextremistisch“ eingestuft.

Seit 2010 ist Neukölln immer wieder ein Brennpunkt faschistischer Aktivitäten und Attentate, darunter der mutmaßlich von einem Faschisten begangene Mord an Burak Bektaş im April 2012 und der Mord an Luke Holland durch den Faschisten Rolf Zielezinski im September 2015. Dazu kommen, spätestens ab 2016, zusammenfallend mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD), die fortlaufende Serie von faschistischen Brandanschlägen, Angriffen gegen Immigranten, Morddrohungen gegen Journalisten, Gewerkschafter, Linke, Antifaschisten, Frauen, sowie Angriffen gegen deren Zentren.

Im Februar 2020 wurden dem „rechts-extremistischen Lager“ ab 2016 offiziell 72 Straftaten, darunter 23 Brandstiftungen zugeordnet. Sechs Monate später berichtete der *Tagesspiegel* (7. Juli 2020), „Seit September 2019 registrierten die Ermittlungsbehörden laut den Angaben der Senatsverwaltung insgesamt 130 rechte Straftaten in Neukölln“. Das wären drei Straftaten pro Woche. Die linke Recherchegruppe Acoabo („Antifaschistische Computeraktion Berlin“) hat jedoch 242 gewaltsame und sonstige Aggressionen von Januar 2016 bis Juni 2020 im Bezirk aufgelistet, als auch 293 Vorfälle von Aufkleben oder Schmiererei von Nazi-Propaganda. Dabei soll der „harte Kern“ der Neuköllner Nazi-Szene aus nur 15 Personen bestehen.

Trotz vielfacher Hinweise und Indizien auf wenige Hauptverdächtige benötigten Polizei und Staatsanwaltschaft mehr als ein Jahrzehnt, um kurz vor Jahresende 2020 in der Brandanschlagserie Anklage gegen zwei notorisch faschistische Gangster zu erheben. Da die Anklage nicht begleitet war von irgendwelchen neuen Enthüllungen über ihre Verbrechen, sah es sehr nach einem überhasteten Versuch aus, diesen politisch verfänglichen Fall „abzuschließen“. Ende Januar waren beide schon wieder auf freiem Fuß.

„Pannen“ bei der Ermittlung faschistischer Gewalttaten

Von Anfang an gab es eine Unmenge von „Pannen“ bei der Ermittlung der Täter und diverse Enthüllungen mit Hinweisen auf direkte Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft mit Faschisten. Während im Falle des Mordes an Luke Holland auf offener Straße mit einer Schrotflinte aufgrund zu vieler Zeugen und des offensichtlichen Tatbestandes der Täter Zielezinski von den Strafverfolgungsbehörden nicht verleugnet werden konnte, wurde dessen ebenso offensichtliche rassistische und faschistische Gesinnung vom Gericht bei der Beurteilung des Tatmotivs und hinsicht-



Demonstration am 9. April 2016 anlässlich des Todestages von Burak Bektaş.

lich naheliegender weiterer Ermittlungen in Richtung seiner faschistischen Zusammenhänge einfach ignoriert. Das Tatmotiv und ein mögliches Handeln aus rassistischen Gründen konnten nach Angaben des Richters nicht festgestellt werden, obwohl Zielezinski sich unmittelbar vor seiner Tat homophob und rassistisch über Schwule und nicht deutsch Sprechende in seiner ehemaligen Stammkneipe geäußert hatte und Luke Holland Englisch sprach. „Wir sind bestürzt, wie der Richter in Lukes Fall, behaupten konnte, Zielezinski sei kein Nazi. Er hatte so viele illegale Waffen, Nazi-Devotionalien, Adolf Hitler-Büsten in seiner Wohnung, Gerätschaften zum Herstellen von Munition und trotzdem behauptet der Richter, dass er kein Nazi wäre. Das ist eine völlige Fehleinschätzung!“ (Phil Holland, Vater von Luke im April 2017, zitiert in <https://berlin-gegen-nazis.de/Veranstaltung/gedenken-an-luke-holland/>).

Offiziell handelt es sich also nicht um einen faschistischen, politischen Mord, und die Behörden waren somit auch nicht genötigt, Zielezinskis faschistisches Umfeld zu durchleuchten und seine kriminellen Kameradschaften auszuheben. Wir sehen hier das Muster des vom Staat systematisch vorgebrachten „Einzeltäters“. Die faschistischen Netzwerke werden mit der Einzeltäterthese sorgsam geschützt. Zielezinski bekam noch mildernde Umstände wegen Alkoholisierung anerkannt und kam mit einer Haftstrafe von 11 Jahren und 7 Monaten davon. Sein Umfeld blieb unbehelligt.

Während des Verfahrens zum Mord an Luke Holland stellte sich heraus, dass im Zuge der Ermittlungen zum Fall von Burak Bektaş von einem anscheinend anonymen Zeugen Ende 2013 die Aussage gemacht wurde, dass Rolf Z. als Täter in Frage käme, der hätte ihm bereits 2006 seine Waffe gezeigt und nach Munition gefragt. „Außerdem habe sich Z. von ihm in die Nähe des Tatorts fahren lassen, um sich dort mit seinem Bruder ‚zum Rumballern‘ zu treffen. Diese Informationen hatte der Hinweisgeber bereits 2006 der Polizei mitgeteilt“ (<https://rechtsausen.berlin/2020/09/luke-holland-wird-in-neukoelln-ermordet/>).

Obwohl es also in den zwei Mordfällen klare Hinweise auf rechtsextremistische Hintergründe gab, wurde hier nicht weiter in diese Richtung ermittelt. Ähnlich mit der Brandanschlagserie. „Es gibt wahrscheinlich keinen anderen Fall, in dem so viel bekannt ist und es dennoch kein einziges Ermittlungsergebnis gibt“, äußerte sich im *Tagesspiegel* (21. Dezember 2019) Karin Wüst von der Gruppe Basta. Es sei „einfach nicht nachvollziehbar, warum sich derart viele Pannen häufen würden, außer es gibt Verbindungen zwischen LKA-Beamten

und Rechtsextremisten“, meinte sie.

Die Gruppe Basta protestiert zusammen mit Betroffenen und Unterstützern der Betroffenen der rechten Anschläge seit Mai 2019 jeden Donnerstag vor dem Landeskriminalamt in Berlin gegen offensichtliche Nazi-Verbindungen im LKA und für die Aufklärung der rechten Terror-Anschläge. Rechte Polizisten machen dort aus ihrer rassistischen und pro-faschistischen Gesinnung keinen Hehl: „Den rechten Arm zum Hitlergruß heben, tue ja schließlich niemandem weh, außerdem gehe die Kriminalität fast ausschließlich von Flüchtlingen aus“, so einer der Polizisten des LKA vor Ort (ebenda).

Die ungelösten Fälle mehren sich ständig weiter. Als sich Heinz Ostermann, Inhaber der Buchhandlung Leporello, 2016 der Initiative Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus anschloss, wurde er gleich darauf Opfer von faschistischen Angriffen, 2016, 2017 und 2018, zuerst durch Steinwürfe auf seine Buchhandlung und dann durch zwei Brandanschläge auf sein Auto, zuletzt direkt vor seiner Wohnung.

Der Brandanschlag auf Ostermanns Auto im Februar 2018 fand in derselben Nacht statt, wie der Brandanschlag auf das Auto von Ferat Kocak, Vorstandsmitglied von Die Linke in Neukölln. Ermittlungsergebnisse gibt es keine, und die Ermittlungen bezüglich der Steinwürfe waren bereits Anfang 2019 eingestellt worden, ebenso die Ermittlungen bei vielen anderen Betroffenen. Weshalb das so ist, liegt auf der Hand: es gab und es gibt kein Interesse an Ermittlungsergebnissen.

Sonderkommissionen, Sondermittler: Dampf ablassen

Tatsächlich reicht der Neukölln Komplex bis tief in den politischen Apparat des kapitalistischen Staats, auch unter den reformistischen staatstragenden „bürgerlichen Arbeiterparteien“. SPD Innensenator Andreas Geisel stellte sich gegen die von Teilen von Die Linke geforderte Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA). Stattdessen setzte Geisel weiter auf die von ihm unter Druck Anfang 2019 ins Leben gerufene polizeiliche Sonderkommission (Soko) „Fokus“. Diese wurde wesentlich aus LKA-Beamten zusammengesetzt, darunter die Staatsschutzabteilung LKA-5, dessen Leiter zuletzt selber in Verdacht geraten ist, den Nazis nahe zu stehen. Auf jeden Fall sollte sie nur dazu dienen, Dampf abzulassen.

Was hat also diese Sonderkommission bewirkt? Nach Beschwerden von Nebenklägern über mangelnde Ermittlungsergebnisse wurde behauptet, die Soko habe verschlüsselte „Feindeslisten“ mit über 500 Personen entschlüsselt. Diese waren gespeichert auf den Computern des mehrfach, u. a. wegen

schwerer Körperverletzung, inhaftierten, bereits lange unter Verdacht stehenden ehemaligen NPD-Vorsitzenden des Kreis Neukölln, Sebastian T., und des ehemaligen AfD-Vorstandsmitglieds Tilo P., seit 2003 bekannt für Beteiligungen an gewalttätigen Nazi-Angriffen. Der Verdacht liegt nahe, dass die Feindeslisten und Namen bereits lange bekannt waren und die betroffenen Personen zuvor nur nicht informiert worden waren. Im November 2019 hat die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage in 14 Fällen gegen Sebastian T. und Tilo P. erhoben, jedoch nicht wegen Brandstiftungen und Morddrohungen. Und jetzt, aufgrund der Entscheidung der bürgerlichen Justiz, laufen die beiden wieder frei herum.

Ein anderes Beispiel ist die Abgeordnete Anne Helm von Die Linke, die auf dieser Feindesliste stand, deren Postkasten Ende 2013 gesprengt worden war, bei der es einen Einbruchversuch gab und deren persönliche Post abgefangen worden war. Die Polizei ermittelte lediglich wegen Sachbeschädigung, ohne Ergebnisse. Oder der faschistische Brandanschlag im Februar 2018 gegen Kocak, ebenso Abgeordneter von Die Linke, dessen Auto völlig zerstört wurde. Obwohl in diesem Fall gegen Sebastian T. und Tilo P. ermittelt wurde, gab es auch hier keine Resultate. Die Soko Fokus stellte in ihrem Bericht auch fest, dass es neun weitere Straftaten gab, die der rechten Anschlagsserie zuzuordnen seien. Fast alle Betroffenen waren entweder wiederholt Opfer von Anschlägen gewesen oder gegen Faschismus engagiert. Diese offensichtlichen Zusammenhänge waren in den ursprünglichen Ermittlungen einfach ignoriert worden.

Man vergleiche dies mit der Brandstiftungsserie zwischen 2009 bis 2011 gegen Nobelkarossen, hinter der vielfach ein unpolitischer frustrierter 27-jähriger Arbeitsloser stand. Nach dessen Geständnis rechtfertigte der damalige Innensenator Ehrhart Körting (SPD) die gezielte Verfolgung von Linken als Täter. Man habe den für politisch motivierte Taten zuständigen Staatsschutz die Ermittlungen bei Brandstiftung gegen teure Fahrzeuge übernehmen lassen, weil man sich nicht dem Vorwurf aussetzen lassen wollte, „der Senat sei auf dem linken Auge blind“. Eine linke 21-Jährige saß 2009 fünf Monate lang in Untersuchungshaft als Folge dieser Jagd auf Linke, die sich der Berliner Senat monatlich mehrere Millionen für nächtliche polizeiliche Sondereinsätze kosten ließ. Sie musste sich durch drei lange Prozesse kämpfen, ehe ihre Unschuld 2011 festgestellt wurde.

Ein Grund für die fehlenden Ergebnisse kam im Sommer 2020 ans Licht. Im Juni wurde bekannt, dass ein Polizeihauptkommissar Details der Ermittlungen an eine AfD-Chatgruppe weitergegeben hatte. Dann, im August, soll der bisherige Leiter der Abteilung Staatsschutzdelikte, Matthias Fenner, Tilo P. selbst signalisiert haben, von seiner Seite gebe es nichts zu befürchten. „Die Staatsanwaltschaft ist auf unserer Seite. Der ist AfD-Wähler“, prahlte Tilo P. schon im März 2017 (*Süddeutsche Zeitung*, 6. August 2020). Diese Aussage wurde durch den Anwalt eines der Opfer aufgedeckt; sie wurde sowohl von der Polizei als auch von verschiedenen Staatsanwälten ignoriert. Nicht zufällig war Fenner die treibende Kraft hinter der Massenverhaftung von 100 Demonstranten, die im September 2019 einen reaktionären Anti-Abtreibungsmarsch in Berlin friedlich blockiert hatten.

Als die ersten Ergebnisse dieser Soko im Frühjahr 2020 als Bericht vorlagen, erklärte SPD-Innensenator Geisel diese gleich zur Verschlussache. Der Bericht wurde den Abgeord-

neten des Innenausschusses kurzfristig und nur hinter geschlossener Tür eines Geheimschutzraums vorgelegt und ohne Protokoll besprochen. Die Linke, seit 2016 Regierungspartei in Berlin, forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA). Die Grünen aber, als dritter Bestandteil der amtierenden Koalition, forderten statt eines PUA einen Sonderermittler, vorgeblich, weil PUAs träge und langsam arbeiten würden. Ein Sonderermittler wie im Fall Amri¹ sollte es richten, d.h. den staatlichen Schmutz unter den Teppich kehren und die Aufklärung endlos verschleppen.

So kam es, dass Geisel nach dem Abschlussbericht von Fokus, um die Wogen weiter zu glätten, noch zwei „unabhängige“ Sonderermittler benannt hat. Einer von ihnen, Herbert Diemer, war der leitende Staatsanwalt im Fall von Beate Zschäpe, dem letzten überlebenden Mitglied des offiziell anerkannten Teils des NSU. Dieser Prozess und die damit einhergehenden endlosen Ermittlungen in den verschiedenen Bundesländern waren ein Musterbeispiel dafür, wie man nichts Wichtiges über die Netzwerke des faschistischen Untergrunds und deren Verbindungen zu Polizei und Geheimdiensten aufdecken kann.

Deshalb war es kaum verwunderlich, dass Geisels Sonderermittler im Februar 2021 einen Zwischenbericht vorlegten, der die Polizei im Grunde entlastete. Worauf es den Grünen, wie auch Geisel und seiner SPD, ankommt, ist, zu verhindern, dass die ungeschönte Wahrheit ans Licht kommt – der Staat soll die Kontrolle darüber behalten, was veröffentlicht wird und was nicht. Die Sonderermittler wiesen nur auf das Offensichtliche hin: dass ein Großteil der Neuköllner Bevölkerung kein Vertrauen in die Polizei hat. Dieses Vertrauen wiederherzustellen bietet sich Die Linke mit ihren endlosen Forderungen nach den zahnlosen, stets geknebelten parlamentarischen Untersuchungsausschüssen an.

„In Neukölln verliere die Bevölkerung das Vertrauen in den Rechtsstaat“

Was die Herrschenden antreibt, ist ausgedrückt in den Worten des Sprechers der Staatsanwaltschaft, Martin Steltner, „in Neukölln verliere die Bevölkerung das Vertrauen in den Rechtsstaat. Erst recht, wenn die Polizei endlich einige Taten aufklären konnte, aber die meisten dann doch nicht bestraft würden“ (*Tagesspiegel*, 19. Februar 2020). Auch bei der Versetzung zweier in Verdacht geratener Staatsanwälte, mit den Nazis zu sympathisieren, war die Sorge um das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen die treibende Kraft. So begründete die Generalstaatsanwältin Margarete Koppers die Versetzung: „Es darf nicht ein noch so geringer Zweifel daran bestehen, dass wir Straftaten aus dem rechtsextremistischen Phänomenbereich nicht, nicht mit ausreichender Intensität oder nur schleppend verfolgen“ (*Die Welt*, 19. August 2020). Wie zum Hohn ihrer eigenen Worte erhielten dann beide Staatsanwälte den Persilschein der Unbefangenheit von ihr, und wurden nur in eine andere Stelle versetzt.

Die Bourgeoisie und ihre ausführenden Organe machen sich Sorgen darum, dass ihnen die Legitimität zu herrschen mehr und mehr entgleitet. Indessen, für die Betroffenen, Linke, Frauen, Gewerkschafter, Journalisten und alle potentiellen Opfer der Faschisten, geht es um eine Frage von Leben und Tod: „Unser Problem ist, dass wir nicht wissen, ob wir den Polizisten vor unserer Haustür vertrauen können oder nicht“, äußerte sich Ferat Kocak aus persönlicher Erfahrung, nachdem er mit seiner Familie Ziel der faschistischen Brandanschläge wurde, und er aktiv in der Kampagne zur Aufklärung der Anschlagsserie ist (*Tagesspiegel*, 17. Februar 2020). Vertrauen in die Polizei, oder nicht? Wir Marxisten haben seit langem die Antwort auf dieses Problem gegeben. Der Staat und sei-

ne Organe sind der Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie. Sie schützen die Faschisten, um sie bereitzuhalten für den Zeitpunkt, ab dem ihre Dienste für die herrschende Klasse dringend notwendig werden.

Gleichzeitig ist die Linkspartei, als Regierungspartei der „rot-rot-grünen“ Volksfront, die Berlin heute verwaltet, an der rassistischen Repression gegen Immigranten, der Zerstörung linker Wohnprojekte zur Verwirklichung der Profite von Spekulanten und Kartellen und allgemein an dem systematischen und massiven Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats beteiligt. Das Elend der Linken ist damit verbunden, dass sie sich durch ihre Regierungsverantwortung mit den Tätern gemein machen und sich dem Kampf um wirklich unabhängige Aktion der Arbeiterklasse entgegenstellen. Und diese Misere weitet sich auch aus auf die kleineren linken Gruppierungen, die in und um Die Linke herumkreisen. Kennzeichnend dafür ist die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), international mit der falsch benannten Trotzlistischen Fraktion verbunden.

Also, nach jahrelangem Wegsehen von der faschistischen Verseuchung der Berliner Polizei griff die SPD zu einer Ermittlung durch eine hausinterne Sonderkommission; die Grünen wollten einen Sonderermittler (und haben einen bekommen); die Linken haben sich für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ausgesprochen, ohne Erfolg. Seinerseits will RIO eine unabhängige Untersuchungskommission. Im letzten Sommer, als der Mord an George Floyd durch einen Polizisten in den USA auch in Deutschland Proteste auslöste, schrieb RIO: „Es braucht eine konsequente Aufklärung aller Fälle und Morde“ durch polizeiliche Gewaltanwendung und auch von faschistischen Gewalttaten „durch unabhängige Untersuchungskommissionen“ (*Klasse gegen Klasse*, 13. Juni 2020). Jetzt ergänzt sie die Forderung: „Wir brauchen unabhängige Untersuchungsausschüsse, gewählt von migrantischen Organisationen und Gewerkschaften“ (*Klasse gegen Klasse*, 2. März).

Der Titel dieses Artikels lautet: „Anschlagsserie in Neukölln: Die Polizei wird uns nicht helfen“. Im Sommer meinte sie, „der Staat ist kein ehrlicher Makler“ („Rechter Terror in Neukölln“, *Klasse gegen Klasse*, 6. Juli 2020). Im Herbst schrieb sie: „Neonazi-Strukturen in der NRW-Polizei. Kein #Einzelfall. Kein Vertrauen in den Staat“ (*Klasse gegen Klasse*, 16. September 2020). All diese Formulierungen, auf die eine oder andere Weise, ruhen auf der irrigen Vorstellung, der bürgerliche Staat sei irgendeine dritte Kraft, der man freilich „nicht vertrauen kann“, die „nicht helfen will“ und die nicht „ehrlich“ vermitteln wird, *aber auf die man Druck ausüben soll*. Und das tun diese Pseudo-Trotskisten explizit, als sie nach dem Massenmord in Hanau schrieben: „Die Regierung muss dazu gezwungen werden, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen: die Entwaffnung der Faschist*innen und ihrer Vereine, die Auflösung des Verfassungsschutzes...“ (*Klasse gegen Klasse*, 26 Februar 2020).

Es handelt sich hier um fatale reformistische Illusionen in den kapitalistischen Staat, Kennzeichen der Politik von Klassenkollaboration. Während sie sich an den Staat richten, die faschistischen Banden zu entwaffnen, wird dieser viel eher die Arbeiterorganisationen entwaffnen, wie es die chilenische Volksfront von Salvador Allende 1973 tat, und damit den Weg zum Sieg des Pinochet-Putsches ebnete. Die Idee, dass die Polizei, Militär, Geheimdienste und Justiz etlichen Gewerkschaftern, Linken, Migranten und Betroffenen Zugang zur „Offenlegung sämtlicher Akten“ erlauben würde ist reiner Irrsinn, sowie auch die Forderung nach der Auflösung der politischen Polizei, bzw. der Polizei selbst, *im Rahmen des Kapitalismus*. Zudem ist der „demokratische“ bürgerliche „Rechtsstaat“ letzten Endes eine viel größere Gefahr für die Werktätigen und Unterdrückten als die bis jetzt relativ kleinen faschistischen Banden, deren Gefährlichkeit gerade *auf ihrer Verflechtung mit dem Staat ruht*.



Das Auto von Ferat Kocak brennt beim Brandanschlag gegen seine Familie, Februar 2018.

Nein, es handelt sich nicht um Einzelfälle, auch nicht nur um „Strukturen“ innerhalb des Staatsapparats: es geht um den Staat selbst. So sehr RIO den „unabhängigen“ Charakter seiner Traumkommission betonen mag, dass sie sich auf die „Mobilisierung“ basieren soll, ist ihr Zweck, „von außen her“, Druck auf den Staat auszuüben, anstatt *gegen den kapitalistischen Staat und seine Unterdrückungsorgane auf die Straße zu gehen*. Und wenn derart idealisierte Untersuchungskommissionen die Tatsache „enthüllen“ – große Überraschung! –, dass die Staatsmacht mit faschistischen und faschistoiden Elementen und ihren Helfershelfern durchsetzt ist, was dann? Unsere Aufgabe als Revolutionäre ist nicht, die Massen in die Sackgasse einer unmöglichen „Entnazifizierung“ oder gar „Demokratisierung“ des bürgerlichen Staats zu locken, sondern sie zum hartnäckigen Klassenkampf auf den Weg zur Revolution zu führen. Die Internationalistische Gruppe sagt: *Die Polizei ist nicht reformierbar. Polizisten sind keine „Arbeiter in Uniform“, sondern der bewaffnete Arm der herrschenden Klasse. Polizei raus aus dem DGB!*

Der Ruf nach „unabhängigen“ Untersuchungsausschüssen“ ist ein Markenzeichen der „Trotzkistischen Fraktion“, den sie in aller Welt wiederholt. Gegenwärtig rufen sie auf zu einer „unabhängigen Untersuchung der rechten Gewalt“ vom 6. Januar, als eine rassistische Menge das Kapitol der USA überfiel. Diese Untersuchung „muss demokratisch geführt sein, von unabhängigen Anwälten, antifaschistischen Organisationen und Arbeitergruppen. Sie müssen Zugang zu dem haben, was der Staat weiß...“ (*Left Voice*, 13. Februar). Wie sie diesen Unsinn bewirken wollen, bleibt unerwähnt. Solche Lösungen, so wie ihre Lieblingsforderung nach einer „konstituierenden Versammlung“, überall und immer, bilden ein „demokratisches“ Etappenprogramm. Heute rechtfertigen sie sich mit der Behauptung, die Massen seien unreif für den Endkampf. Aber solche „Wahrheitskommissionen“ können nur verwirklicht werden in dem Moment, in dem ein Umsturz möglich ist, und dann dienen sie nur zur Ablenkung vom Kampf für die Revolution.

Arbeiter- und Immigranten-Verteidigung in Richtung Revolution

All diese Forderungen zur Untersuchung von dem was schon bewiesen ist – dass der Staatsapparat mit Nazis durchdrungen ist – sind ein Appell an den Staat, eine Säuberung des Staatsapparats von den Faschisten zu unternehmen. So riefen die Sozialdemokraten anfangs der Dreißiger, „Staat greif zu!“ Leo Trotzki hat mehrmals gegen diese Losung polemisiert. In seiner Schrift, „Bürgerliche Demokratie und der Kampf gegen Faschismus“ (Januar 1936) betonte der bolschewistische Revolutionär, die bürgerlichen Politiker würden „den Faschismus niemals kaltstellen oder gar ausrotten; er wird ihn höchstens in Schach halten. Daher ist die Losung, Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Banden durch den Staat (die deutschen Sozialdemokraten schrien: ‚Staat greif zu!‘) und das Abstimmen für ähnliche Maßnahmen durch und durch re-

aktionär.“ RIO, gib acht!

Statt sich an den Staat zu richten, betonte Trotzki immer wieder die Notwendigkeit einer vereinten Verteidigung der Arbeiterklasse gegen die faschistischen Schläger. Nach dem ersten Wahlerfolg der Nazis schrieb er 1930, die Kommunisten sollen „zur Verteidigung jener materiellen und geistigen Positionen aufrufen, die das Proletariat in Deutschland bereits errungen hat“, und zwar seiner „politischen Organisationen, seiner Gewerkschaften, seiner Zeitungen und Druckereien, seiner Heime, Bibliotheken“, und „in jedem Betrieb, in jedem Arbeiterviertel und Bezirk“ („Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland“). Heutzutage, im bedrohten Neukölln, heißt das, *für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten, und für gemeinsame Arbeiter- und Immigrantenverteidigung kämpfen, um die Macht der Arbeiterklasse gegen die Faschisten und ihre amtliche Schützer zu mobilisieren*.

Die Bourgeoisie zeigt sich unwillig, sich die Kosmetik für die demokratische Maskerade ihrer zunehmend unverhüllten Diktatur aufzutragen. Ein Teil denkt, ein allzu intimer Blick aus der Nähe auf die Fratze ihrer Diktatur könnte zu sehr erschrecken; ein anderer Teil arbeitet ohnehin bereits längst an der Rückkehr zu den Zeiten, in denen auf jegliche Maskerade verzichtet wird. Wie wir mehrmals betont haben, sind sich die Herrschenden bewusst, und das nicht nur in Deutschland, dass sie einen verstärkten, bonapartistisch geprägten Staat brauchen, um sich für die vorhersehbaren Unruhen der Werktätigen und Unterdrückten im zerfallenden Kapitalismus vorzubereiten, dessen Versinken in die Barbarei im Rampenlicht der Corona-Pandemie immer deutlicher zu erkennen ist.

Das, was wir in Neukölln beobachten können, ist die durchgreifende Vernetzung von Faschisten und bürgerlichem Staatsapparat. Auf Bundesebene sehen wir lauter Beispiele – Nazis und Preppers mit Todeslisten bei KSK und andere Bundeswehreinheiten; NSU-Verbindungen bei der hessischen Polizei; Hitlerabbildungen und Hakenkreuzsymbole bei Chat-Gruppen der Nordrhein-Westfälischen Polizei; faschistische Unterwanderung des Verfassungsschutzes – von dem was sich in Neukölln auf lokaler Ebene als flächendeckend beweist. Die Berliner Polizei war seit jeher vollgestopft mit Nazis, Mitte der Achtziger ein Herd der faschistischen Republikaner. Polizisten decken regelmäßig Nazis, wenn diese ihre Drecksarbeit verrichten, LKA-Beamte blockieren Ermittlungen, VS-Beamte durchstechen Interna an die Betroffenen, Bürobeamte laden Personalien herunter zur Weitergabe an Nazi-Täter.

Es geht nicht nur um „rechtsextremistische Strukturen“ in der Polizei, die es offenkundig gibt, sondern darum, dass der ganze Repressionsapparat (Polizei, Militär, Geheimdienste, Anwaltschaft) – der Kern des bürgerlichen Staats – mit Faschisten in einem Schutzverband steht. Man kann in Neukölln auch die Zusammenarbeit der AfD – und nicht

weiter auf Seite 14

Permanente Revolution

¹ Betrifft Anis Amri, der islamistische Lastwagenfahrer der auf dem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 elf Menschen tötete. Es gab Vertuschungsversuche vom Berliner LKA, um die Beendigung der telefonischen Überwachung vier Monate vor dem Attentat zu rechtfertigen.

Autobosse verkünden den offenen Klassenkrieg Stilllegungsdrohung bei Daimler-Marienfelde: IG Metall soll die ganze Auto-Branche dicht machen!

Die „Sozialpartnerschaft“ der Gewerkschaftsbürokratie: eine Sackgasse Der einzige Weg: Harter Klassenkampf der multiethnischen Arbeiterklasse

BERLIN, 12. Dezember 2020 – Im Zuge der Coronavirus- und Wirtschaftskrise in Deutschland droht die Daimler AG nun mit der Streichung von rund 2.000 Arbeitsplätzen und der kompletten Schließung des Werks in Marienfelde, um bis 2025 zwei Milliarden Euro an Personalkosten einzusparen. Der Vorwand: die Notwendigkeit einer „Transformation“ der Autoindustrie, um die Produktion auf Elektroautos umzustellen. Doch wie ein IG Metall-Vertrauensmann darauf hinwies, in Marienfelde werden heute zwar Verbrennungsmotoren produziert, doch könnten dort stattdessen auch Komponenten anderer Fahrzeugtypen hergestellt werden.

Auch steht Daimler nicht vor dem Ruin, trotz Pandemie und Wirtschaftslaute. Daimler hat im ersten Quartal 2020 einen Nettogewinn von 168 Mio. € erzielt. Alle Autogiganten erwirtschaften noch immer fette Dividenden für ihre Eigentümer. In Wirklichkeit sind die Pläne, das historische Berliner Werk abzuschaffen, ein **Probeangriff** auf die organisierte und potenziell mächtige deutsche Industriearbeiterklasse, indem sie eines der kleineren und (so hoffen die Bosse) isolierten Werke ausschalten.

Lasst sie nicht mit einer Salamitaktik davonkommen: Automobilarbeiter im ganzen Land sind im Visier der Bosse. Um die Schließung von Daimler-Marienfelde zu stoppen, reicht eine lokale Antwort nicht aus: **Die Metallarbeiter sollten den gesamten Automobilsektor bestreiken.** Aber um einen harten Klassenkampf erfolgreich zu führen, braucht es eine ernsthafte Vorbereitung und eine klassenkämpferische Führung.

Am 9. Dezember, hielt die Metallarbeitergewerkschaft eine Demonstration vor dem Werkstor ab. In seiner Ankündigung erklärte Jan Otto, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Berlin, dazu: „Es wird Feuer vom Himmel regnen“. Die Realität sah ganz anders aus: Ein Marsch vom Werk durch den Bezirk beinhaltete eine Zwischenkundgebung, wo bürgerliche und sozialdemokratische Politiker ihr Mundwerk tun konnten. Darunter auch Kai Wagner von der CDU, der sich als Mitglied der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) zu erkennen gab. Aber Polizisten sind keine Arbeiter, sie sind die Vollstrecker rassistischer Repression und kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, wie sich bei jedem Streik zeigt. Die GdP sollte aus dem DGB rausgeschmissen werden.

Im Aufruf zur Kundgebung erklärte die Gewerkschaft: „Am 9.12. stehen alle Maschinen still.“ Doch weit gefehlt. Anscheinend wurde die Spät- und Nachtschicht angewiesen, die Arbeit nicht niederzulegen (Labournet Deutschland, 11. Dezember). Tatsächlich gab es keinen Streikaufruf, so Otto: „Weil wir an dem Punkt noch nicht sind, dann müssten wir Tarifforderungen stellen“ (*Junge Welt*, 10. Dezember). Statt eines harten Kampfes gegen die Werkschließung wird es also das choreografierte Ritual der Vertragsverhandlungen geben. Doch die Autobosse fühlen sich bei ihren Angriffen an keine solche Etikette gebunden.

Die Situation schreit nach Solidaritätsaktionen. Die Vorstellung der IG Metall-Spitze von Solidarität ist es, Adventskalender zu erstellen, um der Unternehmensleitung „Wünsche“ zu überbringen, ebenso wie Protestpostkarten. Doch diese 50.000 Postkarten wiegen weniger als Luft, wenn es darum geht, die Offensive der Kapitalisten zu stoppen. Nichts davon wird die Daimler-Bosse davon abhalten, das Werk Marienfelde zu demontieren. Und Otto erklärte bereits am 4. Dezember, er wolle nur eine Zusage von Daimler, dass dieser „zumindest Teile des Stilllegungsbeschlusses zurücknimmt“.



IG-Metall-Demonstration von Hunderten von Daimler-Arbeitern und ihren Unterstützern am 9. Dezember 2020 gegen die drohende Schließung des Werks Marienfelde, Berlin.

Bosse „sparen“, Bürokraten geben klein bei

Schon vor der Pandemie blies Volkswagen-Chef Diess im Januar zum Angriff, indem er die Notwendigkeit einer „radikalen Umstrukturierung“ verkündete. Er forderte „Mut“ von der Belegschaft – und meinte damit die totale Kapitulation. Die Autobosse setzen die Löhne zunehmend über Boni fest, die an die Gewinne gekoppelt sind, und nicht mehr über Tarifverträge. Und wenn die Gewerkschaften ins Abseits gedrängt oder gar zerstört werden, wird die Industrie aussehen wie Knorr-Bremse, wo der 42-Stunden-Arbeitstag wieder eingeführt wurde. Die Gesamtmetall-Bosse haben sich unbezahlte Überstunden auf die Fahnen geschrieben und würden am liebsten alle Zugeständnisse an die Arbeiter seit dem Zweiten Weltkrieg wieder zurücknehmen.

Die IG-Metall-Spitzen haben bereits im März nachgegeben und die Tarifverhandlungen auf 2021 verschoben. Jetzt versprechen sie, auf die Besonderheiten der einzelnen Werke Rücksicht zu nehmen und höhlen damit die Tarifverhandlungen aus. Sie schreien nach staatlichen Subventionen und suchen nach neuen Investoren für die Autoindustrie und ihre Zulieferer. Doch an Kapital mangelt es nicht. Die Bosse dürsten nach höheren Ausbeutungsraten und einer daraus resultierenden höheren Profitrate. Sie wännen, dass die Gewerkschaftsbürokraten und die zur Zusammenarbeit verpflichteten Betriebsräte möglicherweise nicht mehr gebraucht werden. Die Kapitalisten träumen davon, einer atomisierten und demoralisierten Arbeiterschaft direkt diktieren zu können.

In einem ohnehin rückläufigen Markt spürt die Autoindustrie die Schockwellen der Pandemie in Form einer drastisch gesunkenen Nachfrage nach Autos. Die Produktion ist zwischen Januar und Mai im Vergleich zum Vorjahr um 44 % gesunken. Allerdings hatten die größten Hersteller und Zulieferer in Deutschland bereits im vergangenen Jahr Pläne zum drastischen Abbau von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie gemacht. Bei Daimler verkündete Vorstandsvorsitzender Ola Källenius im ver-

gangenen Juli, dass rund 30.000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen.

Aber Daimler verlagert nur die Produktion von Verbrennungsmotoren aus den Werken in Untertürkheim und Marienfelde nach Polen, während Zulieferer wie Continental ihre Produktion nach Ungarn verlagern, wo die Arbeitslöhne niedriger sind. Die Gewerkschaftsbürokratie, die sich als „Partner“ der Konzerne versteht, antwortet mit giftigem Protektionismus. Ein Streik gegen die Werkschließungen muss auf internationalistischer Basis geführt werden, gemeinsam mit und zur Unterstützung der Arbeiter in Osteuropa.

Nach der „Friedenspause“ mit den Unternehmen im letzten Frühjahr präsentierte die Gewerkschaftsspitze am 9. November ihre Forderungen für die anstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Die Tarifkommissionen der IG Metall verlangen eine 4%ige Erhöhung der Löhne in den nächsten 12 Monaten. Aber Achtung: Neben den Inflationseffekten sollen diese 4 % „auch zur Finanzierung eines Teillohnausgleichs“ dienen, wenn die Unternehmen die Arbeitszeit auf eine 4-Tage-Woche reduzieren (was eine erhebliche Lohnkürzung bedeuten könnte). Klassenbewusste Gewerkschafter kämpfen dafür, die Arbeitswoche *bei vollem Lohnausgleich* erheblich zu verkürzen, also um die Forderung nach einer *gleitenden Skala der Löhne und Arbeitszeiten*.

Die linke Flanke der Gewerkschaftsbürokratie

Verschiedene linke Organisationen schließen sich ihrerseits der klassenkollaborationistischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie an. Anhänger der Sozialistischen Organisation Solidarität (SOL), von Peter Taaffes Komitee für eine Arbeiterinternationale, forderten eine 30-Stunden-Woche ohne Lohnkürzung und die Überführung des Unternehmens in „Gemeineigentum“. Letzterer sozialdemokratische Wunschtraum ist, wie sie selbst betonen, bereits eines der „Ziele“, die in der Satzung der IG Metall aufgeführt sind. Die SOL macht nicht nur vor den Toren der bür-

gerlichen Ordnung halt, sondern auch vor den Toren der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) verteilte eine gekürzte Version des Flugblatts, welches online zu lesen ist, das im Großen und Ganzen das gleiche Programm wie SOL vorschlägt, mit dem Zusatz, dass sie im Falle einer Schließung zum Streik aufrufen würden, um die Werke zu besetzen und die Entfernung von Maschinen und Produktionsanlagen zu verhindern und die Solidarität anderer Arbeiter zu mobilisieren. Sicher, aber weitaus wichtiger ist es, *alle Daimler-Werke zu bestreiken*. Auf jeden Fall, dieser Teil des VKG-Programms wurde in ihrem Flugblatt, das auf der Demo verteilt wurde, ausgelassen. Stattdessen begrüßen sie Gimmicks wie die Postkartenaktion als einen „Anfang“.

Auch die Gruppe ArbeiterInnenmacht (GAM) war mit einem Flugblatt präsent, in dem sie zu Vollversammlungen in Betrieben und Werkstätten unter Einbeziehung von Leiharbeitern sowie zu Demos, Blockaden, Streiks und Besetzungen aufruft. Sie ruft die Gewerkschaft auf, die „Zukunft in die eigenen Hände“ zu nehmen und Unternehmen oder Teile der Industrie, die geschlossen werden sollen, unter Arbeiterkontrolle zu verstaatlichen. Die unter opportunistischen Linken übliche Forderung nach Verstaatlichung oder „Gemeineigentum“ an stillgelegten Betrieben ist ein Aufruf an den Staat, der Bourgeoisie zu helfen, indem er ihnen unrentable Standorte abnimmt. Was sie fälschlicherweise als „Arbeiterkontrolle“ bezeichnen, läuft darauf hinaus, denselben *kapitalistischen* Staat aufzufordern, die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung *kapitalistischer* Unternehmen zu genehmigen, die dem Diktat des *kapitalistischen* Marktes unterliegen.

Für revolutionäre Marxisten ist Arbeiterkontrolle eine Forderung nach Doppelherrschaft auf der Ebene des Unternehmens. Sie ist nichts anderes als eine sehr vorübergehende Maßnahme in Zeiten einer akuten Krise und kann nur Teil einer allgemeinen

weiter auf Seite 16

**Schließt die Lager – Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!
Nieder mit der rassistischen Festung Europa!**

Griechenland: Das Feuer von Moria entfacht mehr rassistische Repression

28. OKTOBER 2020 – Als das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos am 8. September in Flammen aufging und vollständig niederbrannte, wurde die „vergessene“ Krise Europas erneut sichtbar. Inmitten einer globalen Pandemie, die über eine Million Menschenleben gefordert hat, riegelten die griechischen Behörden das Freiluftgefängnis mit seinen fast 13.000 Migrantenflüchtlings ab, als 35 Lagerbewohner positiv auf COVID-19 getestet worden waren. Nach Protesten gegen die Abriegelung und zum Äußersten getrieben, nachdem sie viele Monate und sogar Jahre in dem notorisch verwahrlosten Lager, dem größten Europas, verbracht hatten, setzten einige Lagerbewohner es in Brand. Der verzweifelte Akt der Rebellion wurde durch die jahrelange Demütigung und Entmenschlichung geschürt, die im Rahmen der rassistischen Einwanderungspolitik der von Deutschland dominierten Europäischen Union (EU) und ihrer griechischen Grenzschützer stattfand, die zeitweise bis zu 20.000 Flüchtlinge in eine Einrichtung stopften, die nur für 3.000 vorgesehen war.

Griechenlands rechtsgerichtete Regierung der Neuen Demokratie (ND) unter Kyriakos Mitsotakis, einem ehemaligen Bankier mit Harvard- und Stanford-Ausbildung und Mitglied einer der ältesten politischen Dynastien Griechenlands, weigerte sich, die vertriebenen Flüchtlinge von der Insel zu lassen, mit Ausnahme einer geringen Anzahl Kindern, die dringend medizinisch versorgt werden mussten. Stattdessen verlegten die Behörden 9.000 in ein nahe gelegenes Lager und 1.000 auf eine Passagierfähre, Hunderte weitere auf zwei zusätzliche Marineschiffe. Tausende wurden nach den Bränden obdachlos und hungrig zurückgelassen, viele von ihnen schliefen auf der Straße. Einige Anwohner griffen Migranten auf der Flucht vor den Flammen an und hinderten sie daran, durch ein nahe gelegenes Dorf zu ziehen. Flüchtlinge protestierten in der Nähe der Stadt Mytilene gegen den Bau eines neuen Lagers, für das Recht, die Insel zu verlassen und riefen die deutsche Regierung zur Hilfe auf. Ihre Bitten wurden mit Tränengas und einem beleidigenden „Versprechen“ von Bundesinnenminister Horst Seehofer beantwortet, 100-150 der Flüchtlinge aufzunehmen.

Von Anfang 2015 bis zum vergangenen Jahr wurde Griechenland von der populistischen SYRIZA-Partei regiert, die trotz ihres Namens („Koalition der radikalen Linken“) pflichtbewusst die von den europäischen Zentralbankern diktierten harten



Elias Marcou / Reuters

Migranten flüchten aus dem Konzentrationslager Moria, nachdem ein Riesenfeuer es zu Asche machte.

Sparmaßnahmen durchsetzte. Da die Bevölkerung durch Entbehrungen erschöpft war, gewann die rechte ND im Juli 2019 im griechischen Parlament eine Mehrheit für ein nationalchauvinistisches, immigrantenfeindliches Programm. Sie verbrachte dann das nächste Jahr damit, eine brutale Welle immigrantenfeindlicher Repression zu entfesseln. Mitsotakis appellierte an die Stammwähler der faschistischen Goldenen Morgenröte (Chrysi Avgí) und vollzog ein Programm der Entführung von Flüchtlingen mitten in der Nacht. Sie wurden dann in motor- und ruderlosen Schlauchbooten in der Ägäis ausgesetzt, während die Entführer zuerst sorgfältig ihre Habseligkeiten raubten. Seit dem 1. März bis Mitte August waren mindestens 1.072 Asylsuchende in mindestens 31 separaten Abschiebungen auf See ausgesetzt worden (*New York Times*, 14. August 2020).

Ein syrischer Flüchtling beschrieb gegenüber Human Rights Watch die erschütternde Tortur:

„Sie [die griechische Polizei] setzte uns in ein Militärboot und stieß uns [vom Deck] in ein kleines [aufblasbares] Boot, das keinen Motor hat. Sie ließen uns auf diesem Boot zurück und nahmen all unsere privaten Sachen, unser Geld und unsere Ausweise mit. Wir waren auf dem Boot und uns war schwindelig. Wir mussten uns übergeben. Sie [die griechische Küstenwache] haben uns nichts gesagt (...). Wir waren mitten auf dem Meer. Wir riefen die türkische Küstenwache. Sie kamen und nahmen unser Boot.“

Außerdem hat die griechische Küstenwache Migranten daran gehindert, überhaupt auf griechischen Inseln zu landen. Eine

Geflüchtete erzählte, wie griechische Beamte das Boot, auf dem sie sich befand, vor der Küste von Lesbos stoppten, den Treibstoff entfernten und es zurück in türkische Hoheitsgewässer schleppten. Andere Migranten wurden auf See abgefangen und auf fragile Rettungsinseln vor der Insel Samos überführt, während in einigen Fällen Flüchtlinge auf der unbewohnten Insel Ciplak ausgesetzt wurden.

All dies ist Teil des Plans der griechischen Regierung, hart gegen Flüchtlinge vorzugehen. In einem Interview mit CNN Griechenland (2. Juni) rühmte sich der Minister für Migration und Asyl Notis Mitarachi, dass „der erste Schritt für uns darin bestand, die Grenzen besser zu bewachen, und bereits im letzten Quartal konnten die Ströme [der Migranten] dank der großen Anstrengungen der Streitkräfte, der Polizei und der Küstenwache um mehr als 90 % reduziert werden“. Im Januar kündigte die Regierung Pläne zum Bau einer „schwimmenden Barriere“ in der Ägäis an, um Migranten fernzuhalten. „Die 2,7 km lange Netzbarriere soll vor Lesbos errichtet werden (...) Das Bollwerk wird sich von Pylonen 50 Meter über dem Wasser erheben und mit Blinklichtern ausgestattet sein, um die Seegrenzen Griechenlands abzugrenzen.“ (*The Guardian*, 30. Januar 2020).

Aber die Unterdrückung von Migranten ist keine Neuheit der Neuen Demokratie. Die frühere bürgerliche „linke“ Regierung von SYRIZA unter dem ehemaligen Premierminister Alexis Tsipras führte vier Jahre lang die rassistische Dublin-III-Verordnung der EU durch, die Flüchtlinge daran hindert, Griechenland und Italien zu verlassen um wohlhabendere nordeuropäische Länder zu erreichen. Unter Tsipras' Aufsicht durften die erbärmlichen Zustände auf Lesbos, Chios, Samos und anderen Landeplätzen für Migranten schwären, als er das deutsche Diktat, die Asylanträge in Griechenland zu bearbeiten, pflichtbewusst umsetzte. Natürlich wurden viele Anträge nie bearbeitet, und bei einigen dauerte es Jahre, bis sie die staatliche Bürokratie durchliefen, so dass die Flüchtlinge auf den Inseln festsaßen.

In ähnlicher Weise wurde unter SYRIZA das verhasste „dritte Memorandum“ (mit der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission und dem Internationalen Währungsfonds) der von den Bankern auferlegten Sparmaßnahmen verabschiedet, was die ohnehin schon leidenden Massen Griechenlands noch tiefer in die Armut stieß. Tsipras gelobte, die beiden vorhergehenden Memoranden zu „zerreißen“, nur um dann SYRIZAs eigene Sparmaßnahmen nach einem unechten Referendum

im Juli 2015 durchzusetzen, in dem „NAI“ (ja) für Austerität und „OXI“ (nein) für Austerität stand. Im Gegensatz zum Großteil der griechischen Linken (mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Griechenlands, KKE), der Tsipras folgte und bei diesem Ablenkungsmanöver mit „Nein“ stimmte, widersetzte sich die Liga für die Vierte Internationale bei dem betrügerischen Referendum allen Seiten und forderte die Arbeiter auf, Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Sparmaßnahmen zu blockieren.¹ Jetzt drängen Mitsotakis und die Neue Demokratie auf Arbeitsmarkt-„Reformen“, um den griechischen Inlandsmarkt für ausländische Investitionen „frei zu machen“ und die Eurobankiers weiter zu beschwichtigen, und setzen damit die Arbeit seines „linken“ Vorgängers fort.

Die mehr als 26.000 Flüchtlinge, die derzeit in griechischen Gefangenenlagern schmachten, sind vor den vom Imperialismus verursachten Verwüstungen und Entbehrungen im Nahen Osten, in Afrika und Teilen Asiens geflohen, ebenso wie die Millionen, die 2015 und 2016 versuchten, nach Europa einzureisen. Viele der Migranten, die sich derzeit auf Lesbos aufhalten, sind auf der Flucht aus Afghanistan, einem Land, das durch jahrzehntelange US-imperialistische (und auch BRD-imperialistische) Besatzung geschunden wurde, im Namen eines „Krieges gegen den Terror“, der von drei aufeinander folgenden amerikanischen Präsidenten, republikanischen wie demokratischen, geführt worden ist. Darüber hinaus gehen viele der Taliban-Dschihadisten, gegen die die US-Streitkräfte seit 2001 kämpfen, auf die Mudschaheddin zurück, die von der CIA (im Rahmen ihrer „Operation Zyklon“) finanziert, ausgebildet und bewaffnet wurden, um in den 1980er Jahren einen heiligen Krieg gegen eine von der Sowjetunion unterstützte afghanische Reformregierung zu führen.

Ob SYRIZA oder Neue Demokratie, ob „links“- oder rechtsgerichtet, kapitalistische Regierungen dienen den Interessen des Kapitals. In dieser Epoche des zerfallenden Imperialismus, inmitten der sich ausbreitenden Kriege im Gefolge der Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstörte, sind Millionen gezwungen worden, aus ihren verwüsteten Heimatländern zu fliehen. Infolgedessen wurden nach der Welle von einer Million syrischer Flüchtlinge im Jahr 2016 die Grenzen der rassistischen Festung Europa verstärkt, um Flüchtlinge abzuhalten, während die Eurobankiers weiterhin Sparmaßnahmen durchsetzen, um die Profite der wankenden deutschen Banken zu stützen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands ist von 2007, am Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, bis Ende 2018 um 33 % gesunken (*Macropolis*, 6. März 2019). Nun ist es aufgrund von Schließungen infolge der Coronavirus-Pandemie in der ersten Hälfte des Jahres 2020 um weitere 15 % gefallen.

Mehr als 400.000 Menschen sind in den letzten zehn Jahren aus Griechenland ausgewandert, die Hälfte davon Jugendliche. Mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von jetzt 18 % (der höchsten in der Europäischen Union) und einer Jugendarbeitslosigkeit von stratosphärischen 38 % sowie einem Einbruch des Tourismus durch das Coronavirus hat sich die Krise um die Flüchtlinge, die in den überfüllten Internierungslagern zusammengepfercht sind, vertieft.¹ Siehe „Greek Workers: Defeat the Bankers' Diktat, Occupy the Banks and Ports!“ und „What Road for Greece: Perpetual Debt Peonage or Workers Revolution?“ in *The Internationalist* Nr. 41, September-Oktober 2015).



Das Feuer von Moria verwandelte das Flüchtlingslager Moria zu Asche und ließ ca. 13.000 auf Lesbos gestrandete Migranten ohne Obdach zurück.

Petros Giannakouris / AP



Tausende von vertriebenen Migranten und Flüchtlingen protestieren vor der Stadt Mytilene auf Lesbos, 11. September.

mengefercht sind, zugespitzt. Angesichts einer rechtsgerichteten Regierung und offener Faschisten, die in einwandererfeindlicher Rhetorik und in Aktionen kooperieren, ruft die Liga für die Vierte Internationale auf: **schließt die Konzentrationslager, lasst alle Migranten frei und gewährt ihnen die gleiche Reisefreiheit wie allen anderen.** Gleichzeitig fordern wir **Asyl für Flüchtlinge und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten.** Wir rufen auch zu Arbeiteraktionen gegen rassistische Angriffe auf Immigranten auf. Und für die Flüchtlinge, die vor den vom Imperialismus verursachten Verwüstungen fliehen und nach Nord- und Westeuropa weiterziehen wollen, sagen wir: **Lasst sie rein!**

Diese Forderungen in dem gegenwärtigen reaktionären politischen Klima zu stellen, wird nicht leicht sein. Klassenbewusste Arbeiter und Kämpfer für die Unterdrückten müssen betonen, dass dieselben reaktionären, immigrantenfeindlichen Kräfte auch Todfeinde der griechischen Arbeiterklasse sind. Zusammen mit einem Vorstoß zur Vertreibung von Flüchtlingen versucht die ND-Regierung, unerbittliche Sparmaßnahmen und gewerkschaftsfeindliche Arbeitsmarkt-„Reformen“ durchzusetzen. Obwohl das griechische Proletariat durch die drakonischen Kürzungen geschwächt ist, hat es die Macht, die rassistische Repression zu besiegen und die Gewerkschaftszerstörer zu zerschlagen. Hafenarbeiter in Piräus (und Thessaloniki) haben zusammen mit Transport- und Raffineriearbeitern, Beschäftigten im Gesundheits-, Bildungs- und Tourismussektor die Macht, die griechische Wirtschaft zum Erliegen zu bringen, wie es sich bei jedem Streik der Fährarbeiter zeigt. Aber um zu gewinnen, muss man über die Grenzen einer Nation von 11 Millionen Menschen hinausgehen.

Der Schlüssel liegt darin, den Kern einer wahrhaft **leninistisch-trotzkistischen Arbeiterpartei** zu schmieden, die den Kampf für **sozialistische Revolution in Griechenland und der Türkei, auf dem Balkan und in ganz Europa und im Nahen Osten** anführt.

Mobilisiert Arbeiter zur Verteidigung von Immigranten und Flüchtlingen

Wie hat die griechische Linke auf die Ereignisse in Moria reagiert? Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die größte noch verbliebene stalinistische Massenpartei in der kapitalistischen Welt, mit Zehntausenden von Anhängern und einem eigenen Gewerkschaftsbund (PAME), rief dazu auf, „Moria zu schließen, keine neuen Lager“, „die Flüchtlinge und Einwanderer aus Lesbos freizulassen“ und Flüchtlinge und Migranten in sichere Einrichtungen auf dem griechischen Festland zu überführen, „um mit allen Mitteln ihren Übergang in andere europäische Länder, für die sie ausgewandert sind, zu erleichtern“ (*Rizospastis*, 10. September). Was aber, wenn andere europäische Länder sie nicht hereinlassen; was, wenn sie in Griechenland bleiben wollen? Da sie keine Forderung nach Asyl für Flüchtlinge und

Frühling 2021

vollen Staatsbürgerrechten für alle Einwanderer erhebt, Forderungen, für die sich echte Marxisten – Trotzkisten – seit Jahrzehnten eingesetzt haben, läuft die Position der reformistischen KKE auf einen kaum getarnten chauvinistischen Aufruf hinaus, die Flüchtlinge aus Griechenland herauszuschaffen.

OKDE-Spartakos, das dem Internationalen Komitee der Vierten Internationale (ICFI, ehemals Vereinigtes Sekretariat) des verstorbenen Ernest Mandel angegliedert ist, ruft zu „gemeinsamen Arbeitskämpfen“ von Einheimischen und Immigranten sowie zu internationalen Mobilisierungen auf. In einer Erklärung zum Brand von Moria fordern sie „Freizügigkeit und Integration von Flüchtlingen und Migranten, ohne Grenzen“, „offene Grenzen und Dokumente für alle, ihre Integration in die Städte in requirierten Gebäuden unter menschenwürdigen Lebensbedingungen“, die „Aufhebung des Abkommens zwischen Griechenland, der EU und der Türkei“ und „Arbeitsplätze für die gesamte Arbeiterklasse“. Forderungen nach lokalen und internationalen Arbeitskampfmaßnahmen sind richtig und notwendig, doch auch die Mandelianer versäumen es, volle Staatsbürgerrechte zu fordern, während ihr utopischer reformistischer Ruf nach „offenen Grenzen“ die Illusion nährt, dass der kapitalistische Staat – der ohne Grenzen nicht existieren kann – irgendwie magisch verschwinden würde.

Währenddessen forderte die Sozialistische Arbeiterpartei (SEK), die der britischen Socialist Workers Party angegliedert ist und Erbe des antitrotzkistischen Abtrünnigen Tony Cliff ist, „Asyl und Unterkunft für alle“, Schließung der Lager, die „Verbindung der Arbeiterforderungen mit der Forderung nach Asyl und Unterkunft für Flüchtlinge“ und natürlich „offene Grenzen, damit Flüchtlinge hier und in ganz Europa willkommen sind“. Eine ähnliche Position wird von der EEK (Revolutionäre Arbeiterpartei) vertreten, die einst mit Jorge Altamira von der argentinischen Partido Obrero verbunden war (die ihn im vergangenen Jahr ausgeschlossen hat). Nach frommen Gelöbnissen, „den Flüchtlingen beizustehen, um alle ihre Forderungen zu erfüllen und in Würde und Freiheit zu leben“, fordert die EEK: „Öffnung der Grenzen für die Freizügigkeit der Flüchtlinge und gleichzeitig Wohlfahrtsmaßnahmen für Gesundheit, Wohnung und Arbeit“ (*Nea Prooptiki*, 9. September). Während sie beteuert, dass solche Maßnahmen „unvereinbar mit der Regierung der Feinde des Lebens der Menschen“ – d. h. mit der Neuen Demokratie – sind, sagt sie nichts über eine Revolution zum Sturz des kapitalistischen Staates aus.

Auffallend rechts vom Großteil der griechischen Linken steht die Trotzkistische Gruppe Griechenlands (TOE), der ex-trotzkistischen Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) angeführt von der Spartacist League/U.S. Der letzte veröffentlichte Artikel

der TOE datiert vom März 2020, von dem eine „überarbeitete“ übersetzte Version in *Workers Vanguard* (29. Mai) veröffentlicht wurde, was wiederum das letzte ist, was die Welt von der SL/USA gehört hat [bis zum Zeitpunkt der Erst-Veröffentlichung dieses Artikels]. Die Hauptforderung des WV-Artikels mit dem Titel „Nieder mit dem Krieg gegen Flüchtlinge!“ ist „Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es nach Griechenland geschafft haben!“ Eine interessante und aufschlussreiche Forderung, denn der Artikel fordert ausdrücklich **nicht** Asyl für Flüchtlinge und stellt keine Forderungen im Namen der Flüchtlinge, die versuchen, nach Griechenland einzureisen. Wir haben schon früher polemisiert gegen diese „Kommunisten“ die sich gegen die Forderung nach Asyl für syrische Flüchtlinge wenden“² aber in diesem Fall wird ihre Linie in krasser Weise sichtbar.

Die TOE/IKL berichtete, dass Mitsotakis „Armeeeinheiten und Aufstandspolizei in die Grenzregion Evros entsandt hat, wo die staatlichen Streitkräfte Tränengas, Betäubungsgranaten und Wasserwerfer eingesetzt haben, um die Migranten zurückzutreiben“, und dass ein Video ein „Schiff der Küstenwache zeigte, das in der Nähe eines Flüchtlingsschlauchbootes ins Meer schoss und versuchte, es zum Kentern zu bringen, als es sich der Insel Lesbos näherte“. Ruft die IKL nun dazu auf, diese Flüchtlinge, die Gas, Granaten und Schüsse ertragen mussten, nach Griechenland einreisen zu lassen? Nein, das tut sie nicht. Oder prangert die IKL die brutale chauvinistische Repression an, die gegen die Flüchtlinge entfesselt wird, sobald sie die griechischen Hoheitsgewässer erreichen? Nein, das tut sie nicht. Machen sich diese Pseudotrotzkisten überhaupt die Mühe, die Entführungen, ausgeführt durch die griechische Regierung, von Flüchtlingen, „die es bis nach Griechenland geschafft haben“, um sie ins Meer zurück zu treiben, anzuprangern? Nein, das machen sie nicht.

Die IKL (die mit Tsipras Referenden im Jahr 2015³ einherging) prangerte erneut Forderungen nach einer Abschaffung des rassistischen Dublin-III-Abkommens an und deutete – in einem ihrer charakteristischen Strohmann-Argumente – an, dass der Widerstand gegen eine „bestimmte EU-Verordnung“ einer „stillschweigenden Unterstützung der EU“ gleichkomme. Dennoch geben sie selbst zu, dass Dublin III bedeutet, dass „Tausende von Flüchtlingen in Konzentrationslagern in Griechenland und anderswo schmachten, die auf Geheiß des deutschen Imperialismus errichtet wurden“. Und angesichts dessen, dass in ihrem Artikel eingeräumt wird, dass Gebiete in Afghanistan, Irak und Syrien, aus denen Flüchtlinge geflohen sind, „durch Kriege insbesondere der US-amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten in Schutt und Asche gelegt wurden, wodurch Millionen von Menschen gezwungen wurden, anderswo Asyl zu suchen“, fordert die IKL deshalb, dass die USA, Großbritannien oder Frankreich diese Opfer des imperialistischen Gemetzels aufnehmen? Nein, das tut sie nicht. Stattdessen behauptet sie, dass jeder „Aufruf zur ‚Öffnung der Grenzen‘ für Flüchtlinge“ „Illusionen in die griechische Bourgeoisie und in das ‚humanitäre‘ Gesicht der Imperialisten in der EU fördern“ wird.

Aber wenn man genau hinsieht, stellt sich heraus, dass die TOE mit der chauvinistischen Linie der IKL einige Probleme hatte, selbst nach vier Jahren noch, in denen sie diese Linie verkündet hat. Durch den Hinweis auf eine „revidierte“ Version des Artikels neugierig gemacht, warfen wir einen Blick auf die griechische Version auf der IKL-Website. Dort lasen wir eine Fußnote, in der es hieß:

„* In der vorherigen Fassung schrieben wir: ‚Als Marxisten haben wir die Perspektive, die multinationale Arbeiterklasse im Kampf

² Siehe unser Artikel „Strange Encounters with the ICL“, *The Internationalist* Nr. 44, Sommer 2016.

³ Siehe „The ICL on Greece: Goodbye Trotsky, Hello Minimum Program“, in *The Internationalist* Nr. 41.

gegen alle rassistischen Einwanderungsgesetze der Kapitalisten zu mobilisieren.“ Der vorstehende Vorschlag widerspricht unserer Linie im Rest des Artikels und impliziert eine Position der offenen Grenzen in Bezug auf den bürgerlichen Staat....“

Also wurde die einfache Erklärung der TOE, die dazu aufrief, die Arbeiter zum Kampf gegen alle rassistischen kapitalistischen Einwanderungsgesetze zu mobilisieren, von der IKL-Führung niedergeschmettert! „Obwohl wir gegen rassistische Gesetze sind“, wie die Fußnote fromm behauptet, beschränkt sich die leere „Opposition“ der IKL auf „diejenigen, die ins Land gekommen sind“. Während die KKE also Flüchtlinge schnell aus Griechenland herausdrängen will, würde die IKL sie nicht einmal hereinlassen! Verschiedene Marken, derselbe Sozialchauvinismus.⁴

Wie wir bereits bemerkt haben, war „damals, als die Spartacist League für den revolutionären Trotzkismus stand“, ihre Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle, die es hierher geschafft haben, eine Forderung nach gleichen Rechten für alle, und „ging einher mit Forderungen nach Asyl für Flüchtlinge aus Haiti, Mittelamerika, Sri Lanka und anderswo.“⁵ Nun hat die ex-trotzkistische IKL diese einschließende Forderung in eine Politik des Ausschlusses derjenigen verwandelt, die es nicht „hierher geschafft haben“. Die LVI erklärt, ebenso wie die damals revolutionäre IKL, dass Grenzen nicht im Kapitalismus, nicht einmal in der Zeit nach einer Revolution (die sich gegen eine Konterrevolution verteidigen muss) abgeschafft werden können, sondern nur in einer staatenlosen, klassenlosen sozialistischen Gesellschaft mit Überfluss für alle. Bis dahin versuchen wir in der Tat, die Arbeiter gegen alle rassistischen, kapitalistischen Einwanderungsgesetze zu mobilisieren, und wenn die verzweifelten Opfer der imperialistischen Plünderung vor der Tür stehen, sagen wir: „Lasst sie herein“.

Setzt die Macht der Arbeiter ein, um faschistische Angriffe zu stoppen!

Trotz heftiger Angriffe durch die Banken und kapitalistischen Herrscher wehren sich die griechischen Arbeiter. Am 24. September veranstalteten fünf Seefahrtsgewerkschaften einen 24-stündigen Streik für einen „neuen Tarifvertrag, Lohnerhöhungen und bessere Sozialleistungen für arbeitslose Seeleute“ (*ekathimerini.com*, 21. September). In derselben Woche streikten Arbeiter in der Luftfahrt gegen „unfaire Einkommensabzüge“ und legten 58 Inlandsflüge still. Am 15. Oktober hielten öffentliche Bedienstete einen 24-stündigen Streik für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten im Gesundheits- und Bildungswesen und für mehr Neueinstellungen während der Pandemie ab. Im Juni strömten Arbeiter im Krankenhauswesen in einem 24-stündigen Streik durch die Straßen von Athen, und bereits im Februar streikten Arbeiter des öffentlichen Dienstes und des Transportwesens gegen ein Rentengesetz, das „die Sozialversicherung privatisiert und Tausende junger Arbeiter dazu drängt, sich privat zu versichern“ (*Greek Reporter*, 18. Februar).

Diese Arbeitskampfmaßnahmen müssen mit dem Kampf gegen rassistische, immigrantenfeindliche Repression und nationalistischen Chauvinismus verknüpft werden. Das jüngste Gerichtsurteil gegen ehemalige Abgeordnete des Chrysí Avgí (Goldene Morgenröte) wegen „Führung einer kriminellen Organisation“ und „Beteiligung an einer kriminellen Organisation“ wurde von

weiter auf Seite 13

⁴ Wie wir bereits berichtet haben, wurden bei einer Sitzung der IKL-Führung im vergangenen Jahr zwei Mitglieder, die an der Arbeit des T.O.E. beteiligt gewesen waren, wegen des Vorwurfs „rassistischen“ Verhaltens ausgeschlossen. Siehe „Spartacist League Declares Bankruptcy“, *The Internationalist* Nr. 60, Mai-Juli 2020.

⁵ Siehe „Spartacist League vs. Refugees“, *The Internationalist* Nr. 47, März-April 2017.

Griechische Flüchtlingskrise Redux: Made in Germany

Am 9. September, einen Tag nach dem Brand, der das Flüchtlingslager Moria in Griechenland verzehrte, gingen Tausende Demonstranten in Berlin auf die Straße. Sie zogen vom Hauptbahnhof aus um ihre spontane Sympathie für die Flüchtlinge und Empörung über ihre Behandlung kundzutun. Am selben Tag gab es laut dpa Proteste von 1.800 Demonstranten in Leipzig und 1.200 in Hamburg. Einer der Redner der Berliner Demo bezeichnete Moria als „den größten Slum Europas“ (*Die Tageszeitung [taz]*, 10. September). Der Hauptlogan lautete „wir haben Platz“, ein anderer war „Leave No One Behind“ (Lasst niemanden zurück). Laut der Webseite InfoMigrants (25. November 2019) lag ein Schwerpunkt auf den Kindern, die mehr als 45 % (7.200) der geschätzten 16.000 Flüchtlinge ausmachen, die in und um das Moria-Lager auf Lesbos leben. Noch größere Demonstrationen fanden am 20. September in Städten in ganz Deutschland statt.

Die Forderungen der Demonstranten richteten sich größtenteils an Innenminister Seehofer, einen hartgesottenen Gegner von Einwanderung, und an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sie aufforderten, die Flüchtlinge mit offenen Armen aufzunehmen. Diese beiden sind jedoch direkt dafür verantwortlich, die Flüchtlinge in Lagern in Griechenland und anderswo festzuhalten, um die Zahl der Asylsuchenden, die nach Deutschland gelangen, möglichst gering zu halten. Nach Angaben der Vereinigung Seebrücke haben 170 deutsche Städte und Gemeinden angeboten, Flüchtlinge aufzunehmen, wurden jedoch von der Bundesregierung blockiert (RBB, 9. September). Während die Redner der Demos vom 9. September ein „soziales Europa“ forderten, ist die rassistische Behandlung von Flüchtlingen durch die EU ein wesentlicher Bestandteil des von Deutschland dominierten imperialistischen Bündnisses.

Schließlich kündigte Merkel an, dass etwa 2.750 Personen aufgenommen würden, darunter mehrere hundert Kinder, die medizinische Hilfe benötigen. Dies war ein Werbegag, da viele von ihnen aus anderen Teilen Griechenlands stammten und ihre Asylanträge bereits vor dem Brand in Moria genehmigt worden waren. Darüber hinaus sind die Internierungslager in Deutschland in einem schlechten Zustand und die dortigen Asylbewerber wurden von COVID-19 schwer getroffen. Das Hauptargument der Kanzlerin war die Behauptung, dass das Migrationsproblem nicht nur in der Verantwortung von Deutschland liege, sondern „eher in europäischer Verantwortung“. Dublin III und andere Vorschriften, die vorsehen, dass Flüchtlinge in die Länder zurückgeschickt werden, wo sie die EU zuerst betreten haben (wie Griechenland und Italien), wurden jedoch aufgrund des deutschen Drucks erlassen. Und nach dem im vergangenen Jahr verabschiedeten „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ wurden von September 2019 bis zum vergangenen Februar über 10.000 Flüchtlinge aus Deutschland abgeschoben, weitere 13.000 Deportationsfälle sind in Bearbeitung.

Während Rechte die Hysterie gegen Einwanderer aufpeitschten, war die Aufnahme von mehr als 1 Million Flüchtlingen im letzten Quartal 2015 nicht von „humanitärer“ Besorgnis angetrieben. Deutschlands bürgerliche Herrscher haben ein Problem. Seit Jahren befindet sich die Geburtenrate des Landes im freien Fall und hat 2015 sogar Japan überholt, um die niedrigste Geburtenrate der Welt zu erreichen. „Die sinkende Geburtenrate in Deutschland



Stephanie Loos / AFP

Tausende demonstrieren am 20. September 2020 in Berlin in Solidarität mit Flüchtlingen, die nirgendwo bleiben können, nachdem das stark überfüllte Lager Moria auf Lesbos, Griechenland, bis auf den Grund niedergebrannt war. Mit Schildern wurde aufgerufen, das Lager zu räumen, und besagt: „Wir haben Platz.“

bedeutet, dass der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter – zwischen 20 und 65 Jahren – von 61 % auf 54 % bis 2030 sinken würde“, sagte der Direktor des Hamburger Instituts für Internationale Wirtschaft (BBC, 29. Mai 2015). Laut einem Vorstandsmitglied der globalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO hätte Deutschland dadurch höhere Lohnkosten. „Ohne starke Arbeitsmärkte kann Deutschland seinen wirtschaftlichen Vorsprung auf lange Sicht nicht halten“. Als Bilder des ertrunkenen dreijährigen syrischen Flüchtlings Alan Kurdi inmitten einer Massenmigration aus Syrien die Welt erschütterten, fand Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Lösung: die sogenannte „Offene-Tür“-Politik.

Im Herbst und Winter 2015 wurden über 1 Million Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen. Viele stammten aus dem gebildeten, städtischen, nicht-islamistisch gesinnten arabischen und kurdischen Kleinbürgertum Nordsyriens, mehrheitlich sunnitische Muslime. Sie waren gegen das baathistische Militärregime von Bashar al Assad eingestellt, aber abgestoßen von den Köpfe abschneidenden Dschihadisten-Rebellen, die von der CIA und dem US-Außenministerium finanziert werden. Ein Artikel in *The Atlantic* (26. Juli 2017) analysierte „Warum Deutschlands neue Muslime weniger in die Moschee gehen“ und stellte fest, dass die jüngsten „Flüchtlinge sich von der Religion abwenden“. Als sich eine Gelegenheit bot, versuchten sie, dem Kampfplatz des Nahen Ostens zu entkommen, und machten sich auf den Weg zur relativen Stabilität und Ruhe West- und Nordeuropas. Merkel nutzte diese Flüchtlinge als Quelle billiger, qualifizierter Arbeitskräfte, um den deutschen Arbeitsmarkt zu stützen – und um einen PR-Sieg für das Vierte Reich zu erzielen und dabei die angebliche Großmut des deutschen Imperialismus zu demonstrieren.

Der Rückschlag folgte auf dem Fuß. Bei den Landtagswahlen 2016 nahm die faschistoide Alternative für Deutschland (AfD), die ihre Kampagne auf einer bösartigen Anti-Einwanderer-Plattform führte, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt drastisch zu und erhielt zweistellige Stimmenanteile. Bei den Bundestagswahlen 2017 gewann die AfD 12,6 % der Stimmen und 94 Sitze im Bundestag. In einem Text, den man mit einer Passage aus *Mein Kampf* hätte verwechseln könnte, hat der Schriftsteller Botho Strauss der reaktionären Galle Ausdruck gegeben, die überall in Deutschland abge-

sondert wurde: „Ich möchte lieber in einem aussterbenden Volk leben als in einem, das aus vorwiegend ökonomisch-demografischen Spekulationen mit fremden Völkern aufgemischt, verjüngt wird.“ (*Der Spiegel*, 2. Oktober 2015)

In einem Annäherungsmanöver an die Anhänger der AfD versuchte Merkel, die ihre umkämpfte christdemokratische Regierung retten wollte, der Türkei das „Flüchtlingsproblem“ unterzuschieben. 2016 schloß sie mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan einen Vertrag, der syrische Flüchtlinge – im Austausch zu einer wirtschaftlichen „Hilfe“ in Höhe von 3 Milliarden Euro – in der Türkei einsperren sollte. Zu dieser Zeit waren rund 3 Millionen Flüchtlinge in der Türkei gestrandet. Erdoğan war glücklich als deutscher Grenzschutzbeamter zu fungieren und im Austausch dafür den Hebel gegenüber der EU ansetzen zu können. Zur gleichen Zeit waren in ganz Europa rechtsextreme Regierungen auf dem Vormarsch, insbesondere in Ungarn und Polen, wo die Regime von Viktor Orbán und Andrzej Duda sich brutal gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aussprachen und sich der deutschen Kontrolle über den imperialistischen Block widersetzen, stattdessen in Richtung des rassistischen US-Präsidenten Donald Trump blickend.

Wir springen in das Jahr 2020 und der Türkische Präsident Erdoğan hat die Drohung, Migrantensiedlungen nach Europa „von der Leine zu lassen“, als Hebel für seine Invasion und Besetzung Nordsyriens benutzt. Ende Februar und Anfang März brachte die türkische Regierung Tausende von Flüchtlingen in Bussen an die griechisch-türkische Landesgrenze, wo griechische Grenzschutzbeamte und Soldaten Tränengas und Gummigeschosse auf Menschen abfeuerten, die versuchten, ins Land zu gelangen. Die griechische Regierung setzte außerdem Asylanträge für einen Monat aus und führte Abschiebungen im Schnellverfahren durch. Und, wie einer Seite aus dem CIA-Drehbuch entnommen, es wurden Migranten ohne Kontakt zur Außenwelt an „Black Sites“ (Geheimgefängnisse) nahe der Grenze festgehalten (*New York Times*, 10. März):

„Mehrere Migranten sagten in Interviews, sie seien gefangen genommen, ihrer Habseligkeiten beraubt, geschlagen und aus Griechenland ausgewiesen worden, ohne die Möglichkeit zu haben, Asyl zu beantragen oder mit einem Anwalt zu sprechen, im Rahmen eines illegalen Verfahrens, das als ‚Refolement‘ (Zurückweisung) bezeichnet wird. In der Zwischenzeit sagten türkische Beamte, dass in den letzten zwei Wochen

mindestens drei Migranten erschossen worden waren, als sie versuchten, nach Griechenland einzureisen.“

Die Polizei wurde von rassistischen Bürgerwehren, sowohl auf den Grenzinseln als auch entlang der Landgrenze, unterstützt, die Patrouillen und Straßensperren bildeten, um Migranten zusammenzutreiben sowie Helfer und Journalisten anzugreifen (*New York Times*, 7. März). Die Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen hat in den letzten Jahren so stark zugenommen, dass im März rund 1.000 mit Schrotflinten und Brandbomben bewaffnete Personen die Polizei in einem Armeelager auf Lesbos belagerten, um gegen Pläne zum Bau neuer Lager zu protestieren. Die Stimmung auf den Ägäischen Inseln war den Flüchtlingen gegenüber nicht immer feindlich. Als 2015 eine große Anzahl von Menschen auf Lesbos ankam, halfen die Inselbewohner, sie aus dem Meer zu holen, und spendeten aus Solidarität Kleidung und Lebensmittel. Die derzeitige Feindseligkeit ist ein direktes Ergebnis der Politik der griechischen Regierung (zuerst unter SYRIZA, jetzt ND), die Flüchtlinge auf den Inseln zurückzuhalten und gleichzeitig das Leben der Anwohner unerträglich zu machen.

Die Reaktion Deutschlands war typisch für seine Strategie, die Drecksarbeit an Griechenland zu delegieren. „Ich danke Griechenland, dass es in diesen Zeiten unser europäischer *aspid* [Schutzschild] war“, sagte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (und ehemalige deutsche „Verteidigungs“-ministerin), auf einer Pressekonferenz mit Mitsotakis (*The Guardian*, 3. März). Und weiter aus diesem Anlass:

„Sie kündigte EU-Mittel in Höhe von 700 Mio. Euro (609 Mio. GBP) für Griechenland an, einschließlich 350 Mio. Euro, die sofort für die Modernisierung der Infrastruktur an der Grenze zur Verfügung stehen. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex stellt eine ‚schnelle Einsatztruppe‘ auf, die ein Offshore-Schiff, sechs Küstenpatrouillenboote, zwei Hubschrauber, ein Flugzeug, drei Wärmebildfahrzeuge sowie 100 Grenzschutzbeamte umfasst, um 530 griechische Offiziere an Land- und Seegrenzen zu verstärken.“

Der Brand von Moria Anfang September erhöhte die Dringlichkeit für den deutschen Imperialismus und veranlasste die Europäische Kommission, ihren sogenannten Neuen Pakt zu Migration und Asyl zu veröffentlichen. Die drakonischen Bestimmungen des Pakts erleichtern es EU-Grenzländern wie Griechenland und Italien, Abschiebungen zu beschleunigen. Es schlägt „ein schnelleres Asylgrenzverfahren mit Entscheidungen innerhalb von 12 Wochen und rascher Rückführung gescheiterter Antragsteller“ vor, mit „flexiblen Optionen“ dafür, wie EU-Mitgliedstaaten z. B. „Neuankömmlinge aufnehmen, Rückführungen ‚sponsern‘ ... [oder] sofortige operationelle Hilfe leisten“ (BBC, 23. September). In einem *Foreign Policy*-Artikel vom 4. Oktober beschrieb ein bürgerlicher Kommentator den Deal treffend:

„In dem Versuch, mittel- und osteuropäische Länder zu beschwichtigen, die der Aufnahme von Asylbewerbern feindlich gegenüberstehen, schlägt die Kommission in einer orwellischen Wendung vor, dass sie ‚Umsiedlungs- und Rückkehrhilfen‘ in Anwendung bringen sollten, um die Menschen zu verteilen, denen die Einreise in ihre Herkunftsorte verweigert werde. Diese Art von Aufgabe ist normalerweise Nachtclub-Türstehern vorbehalten.“ ■

Während der chinesische Arbeiterstaat den Ausbruch eindämmte Coronavirus-Pandemie verwüstet Italien, überwältigt kapitalistisches Gesundheitswesen

Der folgende Artikel ist aus L'Internazionalista Nr. 5 (August 2020) übersetzt, die Zeitung unserer Genossen der Nucleo Internazionalista d'Italia, Sektion der Liga für die Vierte Internationale.

4. APRIL – Italien ist der Ort, an dem das neuartige Coronavirus COVID-19 Westeuropa zuerst und am härtesten traf. Das Ergebnis war verheerend und hat auf dramatische Weise die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems offenbart, das Leben der Bevölkerung zu schützen, geschweige denn eine angemessene medizinische Versorgung zu gewährleisten. Die extrem hohe Sterblichkeit (bis zum 4. April über 15.362 Tote von etwa 125.000 bestätigten Fällen)¹, vor allem unter älteren Menschen, hat das Land, in dem die Zahl der sehr alten Menschen viel höher ist als anderswo in Europa, erschüttert. Der Mangel an medizinischer Ausrüstung hat dazu geführt, dass die Ärzte infizierte Patienten einer Triage unterziehen und damit faktisch entscheiden, wen sie sterben lassen. Unter den sind die stark verspäteten Quarantänemaßnahmen in Grossstädten wie Mailand einerseits undicht und werden andererseits zur selben Zeit von der Polizei, den *Carabinieri* (paramilitärische nationale Polizei) und dem Militär andernorts mit harter Hand durchgesetzt.

Die kriminell passive Haltung der Behörden im Anfangsstadium, als es möglich gewesen wäre, die Ausbreitung des Virus wirksamer einzudämmen, erlangte traurige Berühmtheit, als der Chef der regierenden bürgerlichen Demokratischen Partei Ende Februar ein Video veröffentlichte, in dem er die Italiener drängte, „unsere Gewohnheiten nicht zu ändern,“ nur um zehn Tage später ein zweites Video zu veröffentlichen, in dem er erklärte, selbst an dem Coronavirus erkrankt zu sein. Aber die explodierende Katastrophe im Bereich der öffentlichen Gesundheit in Italien spiegelt die massiven Kürzungen im Gesundheitswesen wider, die insbesondere seit dem Ausbruch der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 2007-2008 vorgenommen wurden. In den letzten zehn Jahren wurden 37 Milliarden Euro aus der öffentlichen Gesundheitsversorgung gestrichen, 70.000 Krankenhausbetten sind verschwunden und 359 Krankenhausabteilungen wurden geschlossen. In Italien liegt die Zahl der Krankenhausbetten pro 1.000 Menschen bei 3,2, verglichen mit 6 in Frankreich und 8 in Deutschland.

Bereits vor zwei Jahren zitierte die *Nurse Times* (11. Juni 2018) die Verurteilung durch die SMI (eine italienische Ärztegewerkschaft) auf ihrem nationalen Kongress in Neapel:

„Der Einstellungsstopp gilt seit zehn Jahren, was zu einer bizarren Mischung von Arbeitsverträgen geführt hat, einige davon



Patienten auf der Intensivstation reihen sich in Krankenhauskorridoren in der Provinz Bergamo auf, März 2020.

freiberuflich, andere tage- und stundenweise, wodurch eine ganze Generation von Fachkräften ausgebrannt wurde: Die öffentlichen Bediensteten haben insgesamt etwa 10 Milliarden Euro pro Jahr verloren.

„Während des Kongresses wurden wir auch daran erinnert, dass in naher Zukunft die Pensionierung der Beschäftigten im Gesundheitswesen und ihre Nicht-Ersetzung (19.000 Allgemeinmediziner und 55.000 Fachärzte) zum Verschwinden der Gesundheitsversorgung für die Bürger führen wird.“

Mitte März wurden in der Lombardei in Norditalien, dem Zentrum der Krise, provisorische Intensivstationen in Korridoren, Operationssälen und Rehabilitationsräumen eingerichtet. Andere Krankenhausabteilungen wurden geräumt und regelmäßige Arztbesuche gestrichen. Die Provinzen Bergamo und Brescia waren so überlastet, dass die dortigen Einrichtungen keine neuen Patienten aufnehmen konnten, während sie in weiten Teilen der Lombardei kurz vor dem Zusammenbruch standen. Patienten, sowohl mit als auch ohne Coronavirus, werden in andere Teile Italiens verlegt, eine heikle Aufgabe. Ärzte, Krankenschwestern und anderes Gesundheitspersonal arbeiten seit Wochen in 12-Stunden-Schichten oder mehr und sind bereits über das Limit hinaus getrieben worden.

Der Bürgermeister von Bergamo, Giorgio Goro, sagte, dass die Kluft zwischen den Ressourcen und dem enormen Patientenstrom „die Ärzte dazu zwang, einige sehr alte Patienten nicht zu intubieren,“ was im Wesentlichen bedeutete, sie sterben zu lassen. Andere medizinische Fachkräfte erklären, dass „wir gezwungen sind, zwischen Menschen in ihren 40ern und Menschen in ihren 60ern auszuwählen.“ Die Ärzte schreien, „Es ist eine Katastrophe.“ Bei einem akuten Mangel an Kran-

kenwagen kann es Berichten zufolge bis zu einer Stunde dauern, bis auf Notrufe reagiert wird. Diese Verzögerung kann für Menschen mit Herzinfarkten und schweren Atemwegsproblemen tödlich sein. Der Mangel an medizinischem Personal ist so akut, dass sogar die fremdenfeindliche ultrarechte Regierung der faschistoiden Lega in der Lombardei dazu aufgerufen hat, chinesisches, kubanisches und venezolanisches Gesundheitspersonal zu sich zu holen, um ihnen zu helfen. Alle drei genannten Länder schicken jetzt Hilfe.

Nach der letzten Zählung sind mehr als 10.600 Krankenschwestern und Mitarbeiter im Gesundheitswesen mit dem Coronavirus infiziert worden, 77 Ärzte sind daran gestorben. Nach Angaben der Ärztegewerkschaft Anaa-Assomed nimmt die Zahl der Todesfälle unter medizinischem Personal weiter zu, und sie verurteilt die „anhaltende Unzulänglichkeit“ der persönlichen Schutzausrüstung, angefangen bei Operationsmasken. Ärzte werden „dem Virus nackt ausgesetzt,“ erklärte sie. Der regionale Gesundheitsdirektor der Lombardei, Giulio Gallera, beklagte, dass chirurgische Masken, die von den nationalen Katastrophenschutzbehörden kamen, kaum besser seien als „Toilettenpapier.“

In der Lombardei kam es aufgrund intensiver Handels- und Reisekontakte mit China, wo das Coronavirus erstmals entdeckt wurde, zu frühen Ausbrüchen. Berichte zeigen aber auch, dass das Versäumnis, einen Großteil des normalen täglichen Pendelverkehrs von über 700.000 Menschen in der Mailänder U-Bahn und in Bussen zu stoppen, dazu geführt hat, dass sich die Infektion weiterhin jeden Tag ausbreitet. Die linke Presse und sogar einige bürgerliche Medien haben Bilder von überfüllten

U-Bahn-Wagen gezeigt, in denen die Menschen buchstäblich zusammengepfercht sind. Was also außerhalb Italiens als nahezu „totale Abriegelung“ angepriesen wurde, ist in Wirklichkeit nicht dergleichen gewesen. Auch wurden bei weitem nicht genug Tests durchgeführt.

Es gibt eine Reihe weiterer Gründe, warum sich COVID-19 in der Lombardei viel weiter verbreitet hat als in anderen Teilen Italiens. Einer davon ist der Fußballtourismus mit Zehntausenden von Fans, die von Stadt zu Stadt reisen. Besonders wichtig ist jedoch die Tatsache, dass in der Lombardei, dem reichsten Teil Italiens, das Gesundheitswesen weitgehend privatisiert wurde, da es sich mehr Menschen leisten können, lange Wartelisten in öffentlichen Krankenhäusern zu umgehen. Diese privaten Kliniken vertuschten die Existenz des Coronavirus in ihren Einrichtungen, um nicht geschlossen zu werden.² Stattdessen führten sie die Krankheit als Asthma oder Alters- bzw. Atemprobleme auf. Menschen, bei denen der Verdacht auf COVID-19 bestand, wurden nach Hause in die Selbstisolierung geschickt, wo sie unwissentlich Familienmitglieder infizierten, die wiederum viele andere ansteckten. Sie wurden nicht in Isolationszentren untergebracht, die von medizinischem Personal betreut wurden, wie dies in China geschah. Dies machte einen großen Unterschied.

China: Die Überlegenheit einer Planwirtschaft

Im Gegensatz zu diesem düsteren und erschreckenden Bild der Situation im kapitalistischen Italien, wo die Coronavirus-Pandemie weiterhin unkontrolliert wütet und wo einige Szenen an Gemälde mittelalterlicher Seuchen erinnern, hatte China bis Mitte März die Pandemie weitgehend (aber nicht vollständig) eingedämmt. Die Neuinfektionen in China, die einst etwa 2.500 pro Tag betrug, gingen auf 5 bis 20 pro Tag zurück, wobei die meisten davon von Ausländern stammten, die sie von ihrem Wohnort im Ausland nach China eingeschleppt hatten. Daher stellt China jetzt diejenigen, die ins Land kommen, unter Quarantäne. Apple kündigte an, dass es weltweit alle seine Geschäfte schließen wird, mit Ausnahme der Geschäfte in China, die wieder geöffnet werden.

Chinas umfassende Mobilisierung gegen das Coronavirus war nicht perfekt, mit einer anfänglichen Verzögerung beim Erkennen der Schwere des Ausbruchs eines zunächst ² „Perché in Lombardia si muore?“ (Warum sterben die Menschen in der Lombardei? 22 März, siehe: <https://www.tpi.it/opinioni/coronavirus-perche-lombardia-si-muore-errori-fontana-commento-selvaggia-lucarelli-20200322570859/>



Die italienische Armee wurde hinzugezogen, um die Toten aus Lagerhallen in die Krematorien zu bringen.

Frühling 2021



Polizei am Kontrollpunkt in der Viale Porpora in Mailand stoppt Fahrer während des Lockdowns, März 2020.



Huoshenshan-Krankenhaus in Wuhan, China. China baute in zehn Tagen zwei riesige Krankenhäuser, um Coronavirus-Patienten im Epizentrum zu behandeln.

unbestimmten Erregers sowie einigen bürokratischen Fehlertritten. Aber sobald es zu einer nationalen Priorität wurde, setzte die ungeheure Überlegenheit einer Planwirtschaft in einem Arbeiterstaat ein, auch wenn er bürokratisch ist. China teilte rasch nicht nur Zehntausende von medizinischem Personal, sondern Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft neu ein. Es reorganisierte Krankenhäuser zur spezialisierten Versorgung akut Kranker, baute in Rekordzeit (zehn Tage, von Anfang bis Ende) zwei Krankenhäuser, verwandelte Sportarenen und Turnhallen in Isolationszentren, beschleunigte den massiven Einsatz von CT (Computertomographie)-Scans und stellte die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicher.

All dies und mehr wurde in einem Interview mit dem kanadischen Arzt Bruce Aylward dokumentiert, der die 25 Experten umfassende Mission der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leitete, die Anfang Februar für zwei Wochen nach China reiste, um ihre Behandlung des Coronavirus-Ausbruchs zu beurteilen (*New York Times*, 4. März), sowie im *Bericht der Gemeinsamen Mission der WHO und Chinas zur Coronavirus-Krankheit 2019 (Covid-19)*. Wie aus dem WHO-Bericht hervorgeht, wurde das Epizentrum der Pandemie, Wuhan, und die nahe gelegenen Städte vollständig abgeriegelt. Die Hälfte der gesamten medizinischen Versorgung wurde online abgewickelt, so dass die Menschen nicht zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen mussten. Rezepte für Arzneimittel wie Insulin oder Herzmedikamente wurden nach Hause geliefert. China produzierte 1,6 Millionen Testkits pro Tag, und die Testergebnisse wurden innerhalb von vier Stunden ausgegeben.

Andere Provinzen schickten 40.000 medizinische Mitarbeiter nach Wuhan, von denen viele freiwillig arbeiteten. Regierungsangestellte wurden neu zugewiesen. Sie lieferten Lebensmittel aus, maßen die Temperaturen oder wurden zu Kontaktverfolgern. Fünfzehn Millionen Menschen mussten Lebensmittel online bestellen. Es wurde geliefert. Die Tests waren kostenlos, und die Regierung stellte klar, dass der Staat bei Beendigung der Versicherung alles bezahlte, wenn es sich um Covid-19 handelte. Andererseits zeigt die Tatsache, dass die Bewohner städtischer Gebiete krankenversichert sind – oder auch nicht –, dass sie in China keine kostenlose Gesundheitsversorgung und Medizin mehr haben, wie es früher der Fall war, bevor die stalinistische Bürokratie „Reformen“ zur Privatisierung einführte, die unter Deng Xiaoping in den späten 1970er Jahren begonnen hatten. Heute gibt es private Kliniken, medizinische Joint-Venture-Einrichtungen wie im Westen sowie V.I.P.-Stationen in öffentlichen Krankenhäusern.

Nach dem erfolgreichen Kampf gegen das Coronavirus, der auf dramatische Weise zeigte, was eine geplante, zentral gesteuerte Wirtschaft erreichen kann, würden revolutionäre Kommunisten in China als Teil des trotzkistischen Programms für proletar-

isch-politische Revolution für ein vollständig sozialisiertes Gesundheitssystem und eine kostenlose, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle kämpfen.

Die WHO berichtete: „Angesichts eines bisher unbekanntes Virus hat China die vielleicht ehrgeizigste, agilste und aggressivste Anstrengung zur Krankheitsbekämpfung in der Geschichte unternommen.“ Auf die Frage eines Journalisten der *New York Times*, der tendenziös „fragte“: „Ist nicht all dies [die Anti-Koronavirus-Mobilisierung in China] nur möglich, weil China eine Autokratie ist?“ antwortete Aylward: „Journalisten sagen auch: ‚Nun, sie handeln nur aus Angst vor der Regierung‘, als ob es irgendein böses feuerspeiendes Regime wäre, das Babys frisst. Ich habe mit vielen Menschen außerhalb des Systems gesprochen – in Hotels, in Zügen, nachts auf den Straßen. Sie sind mobilisiert, wie in einem Krieg, und es ist die Angst vor dem Virus, der sie angetrieben hat. Sie sahen sich wirklich an der Front, um das übrige China zu schützen. Und die Welt.“

Das Ausmaß der erfolgreichen Aktionen und der Koordinierung in China gegen das Coronavirus konnte nur in einem Arbeiterstaat mit einer Planwirtschaft erreicht werden. Das strukturelle Chaos und die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft wird von der Produktion für den Profit bestimmt, was sie zu einer wirksamen koordinierten Intervention unfähig macht. Die gegenwärtige Krise zeigt auch die völlige Unfähigkeit der verschiedenen kapitalistischen Länder, irgendeine Art von gemeinsamer Anstrengung und Koordination im Kampf gegen die weltweite Pandemie zu unternehmen, da jedes Land – und oft auch verschiedene Regionen oder Staaten innerhalb eines einzigen Landes – seine eigene individuelle Politik des Handelns oder Nichthandelns verfolgt. Die Coronavirus-Krise zeigt kristallklar die dringende Notwendigkeit einer internationalen sozialistischen Planung.

Arbeiter kämpfen um ihr Leben

In der Zwischenzeit sind die Arbeitnehmer in Italien der Coronavirus-Bedrohung durch Chefs ausgesetzt, denen ihre Gesundheit und Sicherheit völlig egal ist. In ganz Ita-



Die Arbeiter von TNT in Piacenza haben am 24. März das Werk lahm gelegt.



Lieferung von frischem Gemüse an Bewohner der Quarantänezone, Wuhan, März 2020.

lien hat es eine Welle spontaner Streiks und Arbeitsniederlegungen gegeben, da sich die Beschäftigten weigern, ohne Schutzkleidung und -ausrüstung und ohne sichere Bedingungen zu arbeiten. Der Spruch „Wir sind keine Lämmer, die zur Schlachtbank geführt werden sollen“ hat sich bei den Streikenden durchgesetzt. Der Druck aus den Reihen in den Fabriken und an den Arbeitsplätzen war so groß, dass die Gewerkschaftsbürokraten der CGIL-CISL-UIL sich beeilten zu versuchen, die Situation zu beruhigen, indem sie am 14. März eine Vereinbarung mit den Bossen und der Regierung „zum Wohle des Landes“ unterzeichneten, um sicherzustellen, dass „Italien nicht dichtgemacht wird.“ Dieses Abkommen löste nur sehr wenig, da es die Sicherheit in das Ermessen der Unternehmensleitung stellte. Mehrere Autofabriken und andere Werke der FCA (Fiat Chrysler) wurden für eine gewisse Zeit geschlossen, angeblich um sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen, während die Spannungen weiterhin hoch sind.

Dann kam es zu weiteren Streiks, einschließlich weitreichender koordinierter Streiks am 18. und 25. März, insbesondere bei den Kurierdiensten von TNT, SDA, DHL und anderen Logistikstandorten. Die von Teilen der Arbeiterbewegung ausgehende Drohung mit einem unbegrenzten Generalstreik zwang die Regierung und die Unternehmen, weitere Produktionsschließungen vorzunehmen. Es gab auch Arbeitsniederlegungen bei Amazon für sichere Arbeitsbedingungen, wodurch die Lieferung in eine Krise geriet. Gewerkschafts- und Arbeitssicherheitskomitees müssen im Falle unsicherer Arbeitsbedingungen die Produktion stilllegen. Wir fordern vollen Lohn für all diejenigen, die aufgrund dieser Krise arbeitslos geworden sind.

Der Nucleo Internazionalista d'Italia, Sektion der Liga für die Vierte Internationale, übersetzte und veröffentlichte den Aufruf „Für Arbeiteraktion in der Coronavirus-Krise“ von Class Struggle Workers – Portland. Auch in den sozialen Medien rief die NId'I auf zu „Tests für alle am Arbeitsplatz!“, „Kein Verlass auf diejenigen, denen das Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter gleichgültig ist“ und „Für Gewerkschafts-/Arbei-

terkontrolle bei Anwesenheit von Ärzten!“

Unterdessen trafen am 12. März chinesische Experten und Ärzte in Rom ein, zusammen mit 31 Tonnen Material zur Bekämpfung des Virus. Dazu gehörten Beatmungsgeräte, Infektionsanzüge, chirurgische Anti-Virus-Masken und andere Schutzausrüstungen sowie Medikamente und Plasmaproben für die Forschung. Weiteres Material wird bald eintreffen. Laut Berichten bemüht sich die chinesische Regierung, 1.000 Beatmungsgeräte, mehr als 2 Millionen chirurgische Masken (darunter 100.000 Hightech-Geräte), 20.000 Schutzanzüge und 50.000 Tupfer für Coronavirus-Tests zu schicken. Dieses Material wird viele Leben retten. Luigi Di Maio, der italienische Außenminister, begrüßte die Ankunft der chinesischen Ärzte, Experten, Ausrüstungen und Hilfsgüter mit den Worten: „Das ist es, was wir als Solidarität bezeichnen“ (*la Repubblica*, 13. März). Während es eine bittere Ironie ist, dass dies von einem Minister dieser niederträchtigen bürgerlichen Regierung kommt, stehen sein Kommentar und die positive Berichterstattung in den Medien im Gegensatz zu den heftigen antikommunistischen Attacken gegen China in den USA.

Inmitten der Coronavirus-Krise gab es jedoch landesweit einige physische und verbale Angriffe gegen Chinesen und andere mit asiatischer Herkunft. Fast 300.000 Chinesen leben in Italien, 23.000 von ihnen in Prato, einer kleinen Stadt außerhalb von Florenz. Sie schufteten meist in Ausbeuterbetrieben und leben im Schatten, wenig integriert. Die SI Cobas (Basistgewerkschaften) haben versucht, sich dort zu organisieren, und es gab Arbeiterdemonstrationen, aber gleichzeitig gab es auch einige tätliche Angriffe auf die ersten Gewerkschaftsmitglieder. Die chinesische Gemeinde in Prato stellte vor dem landesweiten Lockdown alle Aktivitäten ein. Infolgedessen ist in dieser Gemeinde kein einziger Fall von COVID-19 bekannt geworden, auch nicht nach der Rückkehr von 2.500 Personen aus China nach den Ferien zum Mondneujahrs-Fest (*La Nazione*, 21. März).

Die beispiellos erfolgreiche Mobilisierung in China gegen das Coronavirus und jetzt Chinas Hilfe für Italien und die Weitergabe seiner wertvollen wissenschaftlichen Forschung an die internationale Gemeinschaft zeigen den enormen Vorteil einer Planwirtschaft gegenüber kapitalistischer, profitorientierter Anarchie und Chaos. Während verschiedene pseudotrotzkistische Gruppen, Sozialdemokraten, Anarchisten, Bordigisten, Feministen und verschiedene andere die antikommunistischen Angriffe der imperialistischen Mächte auf China wiedergeben, stehen wir vom Nucleo Internazionalista d'Italia/LVI für die bedingungslose militärische Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates China gegen den Imperialismus und für die proletarisch-revolutionäre Mobilisierung gegen interne Kräfte der Konterrevolution, die die Errungenschaften der chinesischen Revolution von 1949 bedrohen, während wir für sozialistische Revolution in Italien und international kämpfen. ■

Nur Revolution kann Gerechtigkeit bringen!

Wann wird es ein Ende haben?

Der rassistische Polizei-Lynchmord an

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Revolution Nr. 17, August 2020. Er wurde zuerst veröffentlicht in Other Voices auf disobedientbodies.com.

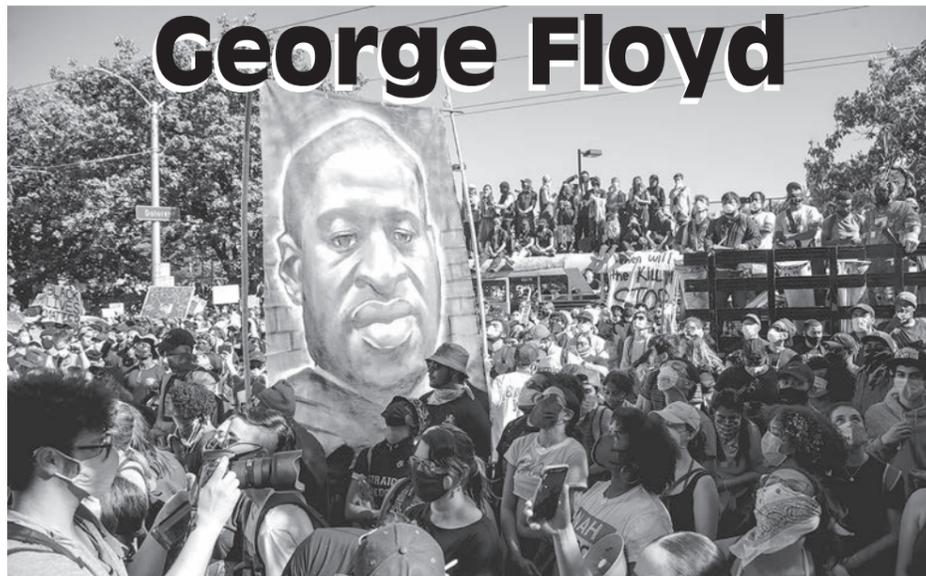
Von Gordon Barnes

NEW YORK CITY, 3. Juni 2020 – Inmitten der beispiellosen Covid-19 Pandemie wurden die Vereinigten Staaten heimgesucht von landesweiten Protesten gegen rassistische Polizei-Brutalität und Polizei-Morde. Jede Nacht hören wir die Helikopter über uns; täglich gibt es neue Bilder von Polizeigewalt, Repressionen, Ausgangssperren, Verhaftungen und die Drohung der Verhängung des Kriegsrechts.

Wenn Klugschwätzer und Politiker die anhaltenden Proteste verunglimpfen, dass sie „nichts damit zu tun haben“ würden, Gerechtigkeit für George Floyd erlangen zu wollen, versuchen sie, die zahllosen Tausenden (darunter auch mich) zu diffamieren, die Tag für Tag in Wut und Empörung die Straßen füllen. Aber soviel ist wahr: Bei den Protesten geht es nicht nur um den rassistischen Lynchmord an George Floyd durch die Polizei von Minneapolis. Es geht um die alltägliche Verrohung und Gewalt, die im amerikanischen Kapitalismus endemisch ist. Schwarze Menschen als unterdrückte Rassen-/Farbkaste – in die US-Wirtschaft integriert, aber am unteren Ende der Gesellschaft gewaltsam abgesondert – erlitten und erleiden ein überproportional hohes Maß an Gewalt, die von den Polizeikräften im ganzen Land ausgeübt wird. Diese historische Wahrheit hat, in Verbindung mit dem Coronavirus und der Wirtschaftskrise, die zusammen unverhältnismäßige und horrende Opferzahlen unter den Schwarzen fordern, zu einer explosiven Situation sozialer Gärung geführt.

Der Mord an Floyd war der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, als er kurz nach dem Polizei-Mord an Breonna Taylor und dem rassistischen Selbstjustiz-Mord an Ahmaud Arbery (durch einen Ex-Polizisten und seinen Sohn) geschah. Die Morde an Floyd, Taylor und Arbery sind neue Kapitel in einer düsteren Bilanz von Todesfällen von Schwarzen, verübt durch die Hand des kapitalistischen Staats und rassistischer Bürgerwehren, und sie wurden zu Katalysatoren für die gegenwärtige Rebellion. Sie sind nicht einzigartig, sondern vielmehr erschreckend routinemäßig, wobei frühere Wellen in den Jahren 2011, 2014 und 2015 die öffentliche Aufmerksamkeit erreichten, während sie doch in Wirklichkeit die ganze Zeit über stattfinden.

Dass George Floyd wiederholt „Ich kann



Tausende junger Demonstranten beginnen ihren Marsch am 3. Juni 2020 vor der Mission High School in San Francisco und fordern Gerechtigkeit für George Floyd (im Portrait), der von der Polizei von Minneapolis ermordet wurde.

nicht atmen“ rief, während Derek Chauvin nonchalant sein Leben auslöschte, weckt erschreckende Erinnerungen an Eric Garners letzte Worte, als ein Beamter der NYPD (New Yorker Polizeibehörde) ihn 2014 zu Tode würgte. Damals wie heute folgte ein massiver Aufschwung der Unzufriedenheit. Was jetzt anders ist, ist die Tatsache, dass sie vor dem Hintergrund einer tiefgehenden Wirtschaftskrise stattfindet, die durch die Pandemie ausgelöst wurde. Während die Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft für alle sichtbar offengelegt werden, von den Polizei-Morden über die Unfähigkeit und Unzulänglichkeit des Gesundheitswesens bis hin zur Produktionsanarchie des Kapitalismus, müssen wir uns fragen: Warum geschieht dies weiterhin, wie kann es beendet werden, und was hält die Zukunft für uns bereit, wenn sich diese Proteste weiter entwickeln?

Warum, trotz der Protestwellen und der wiederholten „Reformversprechen“, ermordet die Polizei fortwährend Schwarze? Die Liste ihrer Namen ist endlos. Während die Demonstranten sie skandieren, fügen einige von uns hinzu: „Es hört nie auf“. Warum wird die Liste von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag länger? Einfach gesagt, ist das ein Auswuchs der Funktion der Polizei. Aus den Sklavenpatrouillen im Süden der USA als professionalisierte Gewalt entstanden, dient die Polizei der herrschenden Elite und schützt ihr Eigentum und ihre Gesellschaftsordnung. Das ist die grundlegende Rolle der Polizei im Kapitalismus. Und heute ist diese Klasse, deren Eigentum und Reichtum im-

mer von der Unterwerfung und der Macht, diese aufrecht zu erhalten, abhing, diejenige, die das Sagen hat. Buchstäblich. Kein Bündel von Maßnahmen wird die soziale Rolle und Funktion der Polizei verändern, und kein Maß an „moralischem Zureden“ oder „Ausbildungen zur Beseitigung von Vorurteilen“ wird sie dazu bringen, irgendwie egalitär oder nicht repressiv zu sein, denn Repression ist ihre Aufgabe und die Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheit und Ausbeutung ihr eigentlicher Zweck.

Jetzt zeigen Polizisten und sogar berichtigte Polizeichefs bei einigen Protesten vermeintliche „Solidarität“ mit den Demonstranten, indem sie mit den Demonstranten niederknien. Es sollte jedoch niemanden überraschen, wenn dieselben Polizeibeamten die Demonstranten nur wenige Stunden nach der Schau verprügeln und festnehmen, wie es bereits wiederholt geschehen ist. Die zahlreichen rassistischen Ausgangssperren werden von eben dieser Polizei durchgesetzt. (Ja, die Ausgangssperren sind rassistisch; sie sind juristische Maßnahmen, um Proteste gegen rassistischen Terror zu unterdrücken. Hier in New York hat der „fortschrittliche Demokrat“, Bürgermeister Bill de Blasio, eine Ausgangssperre ab 20 Uhr verhängt, die von der Polizei genutzt wird, um die Demonstranten zusammenzutreiben.) Die Repression gegen die anhaltenden Proteste war hart – unter anderem wurden Fahrzeuge in die Demonstranten hineingefahren.

Trump hat das Feuer weiter angefacht, mit dem Kriegsrecht gedroht und mit berittenen Polizisten und Tränengas Demonst-

ranten vom Weißen Haus vertreiben lassen, damit er mit der Bibel in der Hand vor einer nahe gelegenen Kirche für ein Foto posieren konnte. Mitveranstalter der Horrorshow ist der mutmaßliche Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, Joe Biden, der vorschlug, die Polizei solle Unbewaffneten „ins Bein“ statt in die Brust schießen. Ist es besser, zu sterben, indem man aus der Oberschenkel-Arterie verblutet, oder schneller zu sterben, indem man eine Kugel (und wie ich Polizisten kenne, werden es wahrscheinlich Dutzende oder Hunderte sein) in die Brust bekommt? Die einfache Antwort lautet: weder noch.

In der Zwischenzeit hat der Ex-Kandidat und Biden-Unterstützer Bernie Sanders eine Liste von „Polizei-Reformen“ vorgeschlagen, darunter seine gefährliche Forderung, Sozialarbeiter, Rettungssanitäter usw. zu einer „Ergänzung [der] Strafverfolgung“ zu machen.

So wie frühere Polizeireformen – von mehr Rassenvielfalt über zivile Überprüfungsausschüsse bis hin zu Bodycams und Ausbildungen zur Beseitigung von Vorurteilen – die Funktion der Polizei nicht verändert haben, während die Liste derer, die sie töten und verstümmeln, immer länger wird, so werden es auch die aktuellen Reformvorschläge nicht tun. Wie viele Demonstranten und Kommentatoren feststellen, ist das Thema systemisch. Ich halte es heute für entscheidend, jungen antirassistischen Demonstranten zu helfen, zu durchdenken, was das bedeutet. „Systemisch“ bedeutet, dass es in der Natur dieses Systems liegt, fortwährend rassistische Unterdrückung zu erzeugen. Dieses System ist der Kapitalismus. Rassistische Polizeigewalt kann nicht innerhalb der Grenzen des bereits bestehenden kapitalistischen Systems beendet werden. Dies wurde immer wieder durch das Auf und Ab von Morden und Protesten im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte demonstriert. Und es hat sich mit jeder neuen Folge von „Polizeireformen“, die nichts zur Beendigung der Morde oder zur Linderung der ständigen rassistischen Verrohung beigetragen haben, erneut gezeigt.

Demokratische Partei – Hindernis auf dem Weg zur Befreiung der Schwarzen

Im Mittelpunkt all dessen, und was im gegenwärtigen Zyklus des leidenschaftlichen Protests erneut zu geschehen droht, steht die Kanalisierung des Widerspruchs in die Demokratische Partei. Ja, es ist die Demokratische Partei, die älteste und erfahrene kapitalistische Partei der Welt, die sich als das zentrale Hindernis für die Befreiung der



Bürgerliche Maskerade: Die Demokraten im Kongress, angeführt von der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, knien mit afrikanischem Kente-Tuch, 8. Juni. In den Großstädten der USA sind die Demokraten die Chefs der rassistischen Killer-Cops.



Demonstranten gegen Polizeibrutalität setzen sich in New York City auf die Straße, 3. Juni. Jede Stimme für die Demokraten ist Unterstützung für die kapitalistische Partei, die unmittelbar für die Entfesselung der rassistischen Polizeirepression verantwortlich ist.

Manuel Balce Ceneta / AP

Spencer Platt/Getty Images

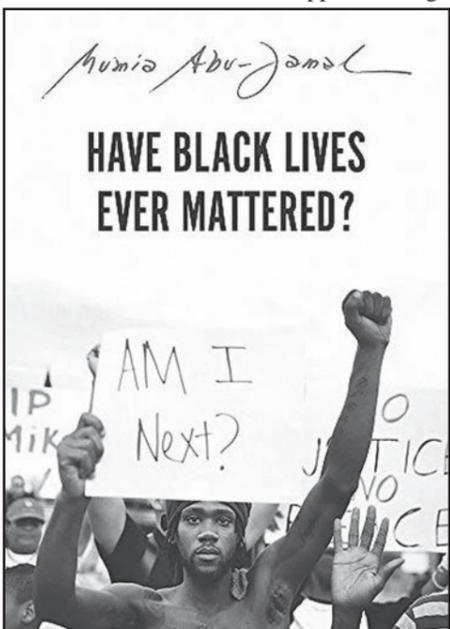


Demonstration in New York am 25. Juli 2020, die die Besetzung von Portland, Oregon, durch Bundesagenten anprangert. Diese versuchten, die dortigen Massenproteste gegen den rassistischen Polizeiterrror zu unterdrücken, die seit dem Polizeimord an George Floyd zwei Monate zuvor in Minneapolis täglich fortgeführt worden waren.

Schwarzen erwiesen hat und sich auch in Zukunft als solches erweisen wird.

Der rassistische und frauenfeindliche Chef-Fanatiker im Weißen Haus schürt schamlos Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit. Doch auch die Demokraten halten die Gesellschaftsordnung aufrecht, die den Rassismus systemisch macht, haben ihre rassistischen Repressionskräfte aufgebaut und setzen sie gegen die Unterdrückten ein. Demokratische Bürgermeister kontrollieren weitgehend die städtischen Zentren in diesem Land und ihre Polizeikräfte. Es sind diese demokratischen Bürgermeister, die die verschiedenen Ausgangssperren und Razzien der Polizei eingeführt haben, und eine Reihe von Gouverneuren der Demokratischen Partei haben zusammen mit ihren republikanischen Mitbrüdern die Nationalgarde eingesetzt.

Schwarze Mitglieder der Demokratischen Partei, wie Lori Lightfoot und Keisha Lance Bottoms, die Bürgermeister von Chicago bzw. Atlanta, haben wiederholt bei solchen drakonischen und rassistischen Maßnahmen eine Vorreiterrolle gespielt. Letztere wurde in einer Ansprache von dem Rapper Killer Mike unterstützt, der in einem „Kill Your Masters“-T-Shirt vor diesen Herrschaften fortfuhr auf dem Bauch herum zu kriechen. Während die Politiker mit doppelter Zunge



Cover des 2017 erschienenen Buches von Mumia Abu-Jamal, *Have Black Lives Ever Mattered?* (Hat das Leben von Schwarzen jemals gezählt?). Mumia ist der bedeutendste Klassenkriegsgefangene in den USA, der seit 1981 aufgrund von abgekarteten Anklagen als Rache für seine Berichterstattung über rassistische Polizeirepression in Philadelphia inhaftiert ist.

sprechen und den Mord an Floyd anprangern und gleichzeitig die Demonstranten wegen „Gewalt“ verurteilen, ist klar, auf wessen Seite die Demokraten stehen. Es ist die Demokratische Partei, die versucht, eine rassistische Waffenkontrollgesetzgebung voranzubringen, die das entscheidende Recht auf Selbstverteidigung (zentral in der Fürsprache und Praxis der schwarzen Freiheitspioniere Ida B. Wells, Robert F. Williams, den Deacons for Defense, den Black Panthers und vielen anderen) einschränken würde. Und wie bereits in aller Deutlichkeit gesagt wurde, kann man sich offensichtlich nicht auf die Polizei verlassen, wenn es um den Schutz vor weißen Rassisten und Faschisten wie dem Ku-Klux-Klan geht, mit denen sie in der tödlichen Geschichte dieses Landes so oft Hand in Hand gegangen ist.

Trump hat auf Twitter angedroht, „wenn die Plünderung beginnt, beginnt die Schießerei“. Ist es überraschend zu erfahren, dass Obama die Demonstranten während der Ausbrüche von Polizeigewalt in den Jahren 2014 und 2015 als Gangster und Kriminelle bezeichnet hat? Nicht, wenn wir verstehen, was „systemische Rassenunterdrückung“ wirklich bedeutet und wie sie parteiübergreifend im kapitalistischen Amerika gehandhabt wird. Damals wie heute waren es die Demokraten, die die militarisierte Polizei und die Nationalgarde gerufen haben. Während Trump und sein Medienchor gegen „Anarchisten“ und antifaschistische Aktivisten wettete, um reaktionäre und rassistische Gegenreaktionen anzustacheln, drohen eine Reihe von demokratischen Bürgermeistern und Gouverneuren mit der Gefahr von „Agitatoren von außerhalb“. Als Vorwand für Repressionen führen sie Vandalismus und die Zerstörung von Eigentum an, wie sie es bis zum Erbrechen tun, wann immer diese Krisenherde ausbrechen.

Das Leben schwarzer und brauner Menschen ist für die herrschende Klasse nicht im Geringsten von Bedeutung (ebenso wenig wie das Leben armer weißer und arbeitender Menschen oder anderer, die für ihr Profitssystem „essentiell“, aber entbehrlich sind). Amerikas bedeutendster Klassenkriegsgefangener, der ehemalige Black Panther Mumia Abu-Jamal, stellte die Frage im Titel seines kürzlich erschienenen Buches, „Have Black Lives Ever Mattered?“. Heute, angesichts der massiven Empörung über die Ermordung von George Floyd und angesichts der täglichen Unterdrückung, der so viele Schwarze ausgesetzt sind, sind beeindruckende 54 % der Amerikaner der Meinung, dass es gerechtfertigt war, dass Protestierende ein Gebäude des Polizeireviere in Minne-

apolis überrannt und niedergedrückt haben.

Auf welcher Seite stehen wir? Das ist nicht schwer zu beantworten. Hier gibt es nur eine Seite zu wählen, entweder die Seite des Unterdrückers oder die der Unterdrückten. Die Demokratische Partei ist keine Lösung. Was für eine echte Befreiung der Schwarzen nötig ist, ist nicht nur eine Erhebung, sondern ein Umsturz des kapitalistischen Systems. Heute spricht so mancher Liberal- und Sozialdemokrat von der „Demontage der weißen Vorherrschaft“ und der „Entkolonialisierung der Räume“, durch „Kontrolle der Privilegien“ und andere rituelle Phrasen, um durch eine Kombination aus moralischem Zureden und Erweckung von Schuldgefühlen einen Wandel zu behaupten, während man gleichzeitig damit fortfährt, Leute in die Demokratische Partei zu treiben. Diejenigen, die „Wokeness“ (liberaler Ausdruck für Wachheit, Bewusstheit) signalisieren mit einem Verweis auf Malcolm X (und im gleichen Atemzug mit MLK [Martin-Luther King]) und ihn damit zu einer harmlosen Ikone machen, versäumen bequemerweise zu erwähnen, dass er jeglichen Gehorsam und Unterstützung für die Demokratische Partei ausdrücklich verurteilt und sie als eine Säule des Rassismus gegeißelt hat. Und wenn er Recht hatte, als er betonte, dass „man keinen Kapitalismus ohne Rassismus haben kann“ – und er hatte Recht damit – dann muss die Bedeutung dessen den jungen Demonstranten heute bewusst gemacht werden.

Die Rassen-Unterdrückung muss zerschlagen, zerbrochen, grundlegend besiegt und mit den Wurzeln ausgerissen werden. Dies kann nur durch eine soziale Revolution erreicht werden. Angesichts der Tatsache, dass sich jetzt so viele, viele zum ersten Mal, an Protesten beteiligen, halte ich es für entscheidend, den nachdenklichsten Menschen zu helfen, die Bedeutung eines revolutionären Programms für die Freiheit der Schwarzen, für der Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution, verständlich zu machen.

Denn Proteste, die die Straße überfluten, reichen nicht aus, so inspirierend sie auch sein mögen. Die auffälligsten Aspekte der Proteste hier in New York City, wo ich lebe, sind die multirassistische Zusammensetzung, die Anzahl der Jugendlichen (viele der Protestierenden sind in den späten Teenager-Jahren oder ihren frühen 20ern) und der weitgehend unorganisierte – d. h. spontane – Charakter der Demonstrationen. Selbst angesichts der allgegenwärtigen Bedrohung durch Covid-19 strömten Tausende auf die Straßen, um gegen die Ermordung von Floyd und so vielen anderen zu protestieren, und auch gegen die systemische Gewalt gegen

gen Schwarze, die in der US-Gesellschaft so zentral ist. Auf eine Art und Weise, die manchmal den Charakter eines Rituals hat, skandieren sie unter anderem die inzwischen populären „offiziellen“ Losungen „Keine Gerechtigkeit, kein Frieden“, „Black Lives Matter“ und „Hände hoch, nicht schießen“. Und aus Berichten im ganzen Land geht hervor, dass dieser Trend nicht nur in NYC zu beobachten ist, da die Proteste inzwischen auf alle US-Bundesstaaten übergegriffen haben. Die Demonstrationen haben sich so weit ausgebreitet, dass die Nationalgarde in über der Hälfte der Staaten mobilisiert wurde.

Arbeiterstreiks gegen rassistische Unterdrückung

Die unorganisierte und spontane Natur dieser Proteste ist ein Teil dessen, wo wir ihre Grenzen finden. Entsetzte, bis auf die Knochen geschockte und von Wut über den mutwilligen Mord an Schwarzen erfüllte Demonstranten vergießen offensichtlich keine Tränen über das Privateigentum von Unternehmen. Aber keine noch so große Menge zerbrochenen Glases kann den rassistischen Status quo über bloße politische Anpassungen und Basteleien und ein weiteres Einstreuen von „schwarzen Gesichtern in hohen Stellen“ hinaus verändern, wenn das, was gebraucht wird, auf der Ebene des Sozialen liegt. Um die Rassenunterdrückung zu überwinden, die Teil der Grundlage des amerikanischen Kapitalismus ist und schon immer war, muss die Macht der multirassistischen Arbeiterklasse mobilisiert werden. Die Arbeiterklasse in diesem Land, mit ihrer großen und strategisch wichtigen schwarzen und immigrierten Komponente, ist die einzige soziale Kraft, die in der Lage ist, diese gewaltige Aufgabe zu bewältigen. Und immer wieder, angefangen mit dem Kampf zur Zerschlagung der Sklaverei, haben die Freiheitskämpfe der Schwarzen an der Spitze des Klassenkampfes in diesem Land gestanden. Teil dieser Geschichte – oft „begraben“, und es ist wichtig, sie auszugraben und weit und breit zu kommunizieren – ist der Kampf für Arbeiter-Verteidigungsgruppen gegen rassistischen Terror und sind die Hafenschließungen der Gewerkschaft an der Westküste für Mumias Freiheit (gemeinsam mit Arbeitern in Brasilien), gegen den Polizeimord an Oscar Grant (dargestellt im Film *Fruitvale Station*) und gegen den imperialistischen Krieg im Irak und in Afghanistan.

Gerade jetzt ist es dringend notwendig, dass die Arbeiterbewegung ihre Macht im laufenden Kampf zum Tragen bringt. Im Barclays Center in Brooklyn wurde ich Zeuge dieses Potenzials im kleinsten Maßstab, als ein Busfahrer der MTA sich weigerte, Personen zu befördern, die die Polizisten verhaftet hatten (nachdem sie sie mit Knüppeln geschlagen hatten). Am 29. Mai erklärte der mächtige New Yorker Ortsverband der Transportarbeitergewerkschaft, dass „die Busunternehmen nicht für die NYPD arbeiten“ und „sich weigern sollten, verhaftete Demonstranten zu transportieren“. Auch in Minneapolis weigern sich die Busfahrer, die Drecksarbeit der Polizei zu erledigen, und nun ist die Gewerkschaft für Transitverkehr in Washington, D.C. dem Beispiel gefolgt. Was jetzt mehr denn je nötig ist, sind Arbeiterstreiks gegen rassistische Unterdrückung, gegen Ausgangssperren und die Androhung des Kriegsrechts; die Häfen zu schließen, den Transport von Gütern und die Ernte von Nahrungsmitteln einzustellen, das Funktionieren des Transits zu beenden, mit anderen Worten, das System zu lähmen.

Solche Streiks gegen rassistischen Terror, bei denen die Macht der Arbeiter an den Orten der Produktion, des Transports und der Kommunikation eingesetzt wird, würden die immer noch weitgehend kleinbürgerliche und jugendliche Protestbewegung mit der Arbeiterklasse verbinden, die in dieser Gesellschaft alles am Laufen hält. Die Jugend allein hat nicht die gesellschaftliche Macht,

dieses rassistische System zu stürzen, ebenso wenig wie die Schwarzen für sich allein, aber diejenigen, deren Arbeit es am Laufen hält und es zum Stillstand bringen kann, haben sie. Doppelt unterdrückt, in Städten überall in den USA sind schwarze Arbeiter in strategischen Sektoren der kapitalistischen Wirtschaft konzentriert. Heute gibt es ein enormes Potenzial dafür, dass sie in Zusammenschluss mit ihren Klassenschwestern und -brüdern, Immigranten, Latinos, Asiaten, Weißen, Ureinwohnern Amerikas die Führung des gegenwärtigen antirassistischen Kampfes übernehmen, der in Verbindung mit der Wirtschaftskrise und den verheerenden Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeiter und Armen dieses Land erschüttert. Mit ihren Händen an den Hebeln der sozialen Macht haben Arbeiter, viele von ihnen Schwarze, die Fähigkeit und die nötige Macht, diesem rassistischen System entgegenzutreten und es tatsächlich zu stürzen.

Auch hier ist die Frage der Führung entscheidend. Viel zu lange haben offizielle „Anführer“ mittels der Demokratischen Partei Schwarze, Latinos, Immigranten und die Arbeiterklasse als Ganzes an diese Gesellschaftsordnung gekettet. Wenn wir die Freiheitskämpfe der Schwarzen hier und anderswo bis zur haitianischen Revolution von Toussaint L'Ouverture zurückverfolgen, sehen wir, dass die revolutionäre Führung der Schlüssel ist. Das erfordert dringend eine revolutionäre Arbeiterpartei. Ihre Notwendigkeit ist hier und jetzt dringender denn je.

Klassenkampf der Arbeiter ist notwendig, damit die Welle der Unzufriedenheit nicht wieder in die Sackgasse gerät, sich auf die Demokraten zu verlassen, um eine Situation zu beheben, die sie weder beheben wollen noch können. Die herrschende Klasse hat mit der Verhaftung der Polizisten, die für den Mord an Floyd verantwortlich sind, einige Schafe geopfert (um das Gesicht zu wahren). Aber wie radikale Studenten der Internationalist Clubs an der City University von New York (an der ich arbeite) während der letzten Welle von Protesten gegen Polizeibrutalität feststellten, „Es gibt keine Gerechtigkeit im rassistischen kapitalistischen Amerika.“ Nur 1 % der Polizisten, die unbewaffnete Zivilisten töten, werden verurteilt, und das mit mageren Strafen. Der Polizist, der Oscar Grant 2009 ermordet hat, erhielt zwei Jahre für einen Mord im Stile einer Hinrichtung. Nur drei der sechs, die Freddie Gray 2015 in einer „rauen Fahrt“ das Genick brachen, wurden angeklagt, nicht einer verurteilt. Die Liste setzt sich fort.

Menschen mit dem Blick von außen auf die Proteste, haben ihren Beitrag geleistet, indem sie in den sozialen Medien Beiträge verfasst haben, die aber größtenteils in der Kakophonie der Online-Politik verloren gehen, oder indem sie an verschiedene Organisationen gespendet haben, oft durch Kautionsfonds. Während diese Kautions-

Hafenstreik gegen rassistischen Terror bringt die Westküste der USA zum Stillstand

Übersetzt vom Blog „Revolutionaries in the Class Struggle“ der Internationalist Group und Revolutionary Internationalist Youth, der bei igclassstruggle.blogspot.com/, bzw. www.internationalist.org zu finden ist.

In einer imponierenden Machtdemonstration haben die 38.000 Hafenarbeiter der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) am 19. Juni 2020 (Jahrestag zum Gedenken der Aufhebung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten in 1865) aus Protest gegen Polizeibrutalität und systematischen Rassismus alle 29 Häfen an der Westküste der USA zum Stillstand gebracht. In der San Francisco Bay Area strömten Tausende durch den Hafen von Oakland, dem Aufruf der ILWU Local 10 folgend, die den Hafen wegen Polizeiterror wiederholt bestreitet hat, von der Ermordung von Oscar Grant (2010) über Freddie Gray (2015) bis hin zum rassistischen Polizeimord an George Floyd in Minneapolis am 25. Mai.

Die Internationalist Group schickte ein Team aus Los Angeles und Portland zur Teilnahme am Marsch durch die Bay Area. Becca Lewis von IATSE (Bühnenarbeiter) Local 28 und Class Struggle Workers – Portland wurde von *The Nation* interviewt wegen ihres Plakats, das „Polizisten raus aus den Gewerkschaften“ forderte. Diese Forderung ist in letzter Zeit immer populärer geworden und wird auch von anderen Gewerkschaftern erhoben. Die Liga für die Vierte Internationale kämpft seit Jahren dafür, dass Polizisten (und Sicherheitsbeamte) aus den Gewerk-



Tausende marschierten am 19. Juni durch den Hafen von Oakland, Kalifornien. Die Kräne standen still als die Arbeiter gegen rassistischen Polizeiterror streikten.

schaften ausgeschlossen werden, wir haben diese Forderung in dem 1996 von unseren brasilianischen Genossen geführten Kampf für den Ausschluss der Polizei aus der Stadtarbeitergewerkschaft in der Stahlstadt Volta Redonda durchgesetzt.

Der heutige Streik der Häfen an der gesamten Küste ist ein erster Schritt, um die Macht der Arbeiter zusammen mit Afroamerikanern, Latinos, Immigranten und allen Unterdrückten gegen die rassistische Unterdrückung zu mobilisieren, ohne die der

US-Kapitalismus nicht überleben kann. Die Internationalist Group ruft zu Arbeitstreiks gegen rassistischen Polizeiterror auf. Während Liberale und Pseudosozialisten versuchen, Politiker der Demokratischen Partei dazu zu bewegen, die Polizei zu „reformieren“ und „der Polizei Geldmittel vorzuenthalten“, besteht die IG darauf, dass die Polizei nicht reformiert werden kann, und die „Demokraten sind die Bosse der rassistischen Killerbullen“ und „nur Revolution kann Gerechtigkeit bringen“. ■

fonds wichtig sind, vor allem angesichts der rassistischen Rasterfahndungen nach Ausgangssperren an verschiedenen Orten, machen viele der anderen Organisationen, an die die Menschen spenden, Lobbyarbeit bei den Demokraten und sind mit ihnen zumindest teilweise in der gescheiterten Strategie verbunden, irgendwie „soziale Gerechtigkeit“ durch eines der beiden Hauptorgane der rassistischen kapitalistischen Herrschaft in den USA zu bewirken. Die Demokraten versuchen bereits, die Unzufriedenheit mit dem System in den Wahlkampf der kapitalistischen Parteien zu lenken, der dazu beiträgt, die schrecklichen Realitäten dieser Gesellschaft am Leben zu erhalten. Mit Doppelzüngigkeit und Doppelmoral haben sie gerade den USA Freedom Act neu autorisiert, der Trump mehr polizeiliche Befugnisse einräumt. Sie sind, mit Trump und den Republikanern, die vielköpfige Hydra, im Wesentlichen dasselbe Ungeheuer mit unterschiedlichen Köpfen.

Die Politik des kleineren Übels wird im gegenwärtigen Augenblick nicht ausreichen,

da die Zivilgesellschaft zunehmend brüchig wird und das Gespenst des Bürgerkriegs wieder einmal kein Hirngespinnst ist. Der Bürgerkrieg wurde zu Recht als die Zweite Amerikanische Revolution bezeichnet. Mit der maßgeblichen Beteiligung von 180.000 schwarzen Truppen besiegte sie die südliche Sklavenhalter-Gesellschaft, aber die nördliche Bourgeoisie verriet das Versprechen auf die Freiheit der Schwarzen.

Heute wird eine Dritte Amerikanische Revolution notwendig sein, um die Unterdrückung der Schwarzen zu beenden, aber das wird nur dann der Fall sein, wenn es sich um einen Krieg zwischen sozialen Klassen handelt. Die beiden großen Fraktionen der herrschenden Klasse, Demokraten und Republikaner, sind sich uneins darüber, wie sie den endlosen Krieg der Ausbeuter gegen Schwarze, Immigranten und die Arbeiterklasse insgesamt führen sollen. Mit einer Wahl im November bereiten sich beide auf einen verschärften Konflikt mit China vor, wobei Biden sich im Säbelrasseln tatsächlich rechts von Trump positioniert – zwei rassistische Imperialisten in der Tat.

Vor diesem Hintergrund, inmitten des Lärms von Polizeisirenen und Megaphonen, des Dröhnens von Hubschraubern und der Kadenz tausender Demonstranten, müssen wir erinnern: „Nur Revolution kann Gerechtigkeit bringen!“ ■

Griechenland...

fortgesetzt von Seite 7

Linken verschiedener Tendenzen weithin begrüßt. Anführer von Chrysi Avgí, darunter der „Neo“-Nazi-Gründer Nikolaos Michaloliakos, wurden zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil war der Höhepunkt eines jahrelangen Prozesses, der mit der brutalen Ermordung des griechischen antifaschistischen Rappers Pavlos Fyssas im Jahr 2013 durch das Chrysi Avgí-Mitglied Giorgos Roupakias begann. Roupakias wurde des Mordes für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt, während 15 weitere als Komplizen verurteilt wurden. Dazu wurden fünf Faschisten wegen versuchten Mordes an drei ägyptischen Fischern im Jahr 2012 verurteilt,

und vier weitere wurden eines Angriffs auf Mitglieder der KKE-Gewerkschaft PAME im Jahr 2013 für schuldig befunden.

Kriminelle Mörder sind sie mit Sicherheit, und faschistische Organisationen sind eine tödliche Bedrohung für alle Unterdrückten. Aber während die ND-Regierung aus ihren eigenen Gründen hinter Chrysi Avgí her sein mag, die bei den Wahlen im vergangenen Jahr alle Parlamentsabgeordneten verloren hat, wird die Bourgeoisie die Faschisten in Reserve behalten. Andere rassistische ultrarechte Gruppen sind aufgetaucht, darunter Elliniki Lysi (Griechische Lösung), die bereits zehn Parlamentsabgeordnete hat. Darüber hinaus handelt es sich bei den Anklagen wegen Führung und Beteiligung an einer „kriminellen Organisation“ um Verschwörungsgesetze, die gegen die Linke und die Arbeiterbewegung eingesetzt werden können und werden, wie es die RICO-Gesetze (Racketeer-Influenced Criminal Organization) gegen Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten waren. Derart weit gefasste und vage formulierte Gesetze würden zweifellos gegen Arbeiterverteidigungsgarden eingesetzt werden. Die Arbeiterklasse muss ihre eigene Macht hervorbringen, um die faschistische Bedrohung zu besiegen, und sich nicht an den kapitalistischen Staat richten.

Die Coronavirus-Pandemie und die sich entfaltende globale wirtschaftliche Depression haben den Zerfall des imperialistischen Kapitalismus beschleunigt. Heute braucht Griechenland dringend klassenkämpferische Aktionen gegen die fremdenfeindliche und faschistische Reaktion. Doch die griechische Pseudolinke und insbesondere die stalinistisch-reformistische KKE haben ihre Unterstützer jahrzehntelang im Sumpf der bürgerlichen Politik versenkt, und tun dies auch weiterhin. Um die ständig zunehmende Repression gegen Flüchtlinge und Immigranten und die fortgesetzten Angriffe auf die Arbeiterklasse zu bekämpfen, ist die dringendste Aufgabe die Bildung einer wirklich leninistisch-trotzkistischen Arbeiterpartei, die den Kampf für internationale sozialistische Revolution zur endgültigen Abschaffung der kapitalistischen Barbarei anführen kann. ■



Kontingent der Internationalisten bei New Yorker Juneteenth-Demonstration gegen rassistische Polizeirepression, 19. Juni, mit einem Banner mit der Aufschrift „Die Polizei kann nicht 'reformiert' werden“ und dem Aufruf zu „Schwarzen-Befreiung durch sozialistische Revolution“.

In der Coronavirus-Krise

Klassenkämpferische Arbeiter Portlands rufen zu Arbeiteraktionen auf

Unsere Genossen von Class Struggle Workers – Portland, im amerikanischen Bundesstaat Oregon, haben am 18. März 2020 den folgenden Aktionsaufruf an die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen veröffentlicht:

In der gegenwärtigen Coronavirus-/Wirtschaftskrise werden die Werktätigen – insbesondere diejenigen, die von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck leben – in unerträgliche Situationen gedrängt. Viele sind gezwungen, quälende Entscheidungen zu treffen, wenn es darum geht, zur Arbeit zu gehen, oft mit unzureichenden Sicherheits- und Arbeitsbedingungen. Diejenigen, die in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, sind auf sich allein gestellt. Diejenigen, die am wenigsten in der Lage sind, sich selbst zu schützen, stehen vor dem finanziellen Ruin, belastet mit Arztrechnungen, die ihre Mittel übersteigen.

In dieser Krise ruft Class Struggle Workers Portland (CSWP) die Gewerkschaften und alle Arbeiter auf, in der neuartigen Coronavirus-Krise (COVID-19) Folgendes zu fordern:

- Alle Arbeiter, die aufgrund des Virus arbeitsunfähig sind – einschließlich derjenigen, die der Meinung sind, dass ihre fortgesetzte Anwesenheit am Arbeitsplatz ihre Gesundheit gefährdet – sollen für alle versäumten Zeiten bis zur Rückkehr an den Arbeitsplatz in voller Höhe bezahlt werden, ohne dass ihr Arbeitgeber Straf- oder Disziplinarmaßnahmen ergreift.

- Alle Arbeiter, die ihre Arbeit fortsetzen, sollen mit der gesamten erforderlichen Persönlichen Schutzausrüstung (PSA) versehen sein, die von den Arbeitern selbst festgelegt wird. An allen Arbeitsplätzen sind sofortige Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, einschließlich häufiger Hygienepraktiken, Handwascheinrichtungen und physischer Trennung, soweit dies zu ihrem Schutz erforderlich ist.

- Die Gewerkschaften müssen die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitglieder und anderer Personen energisch verteidigen, auch in den Bereichen, die als wesentliche Dienstleistungen eingestuft wurden. Die Gewerkschaften der Beschäftigten in den Versorgungsbetrieben sollten ankündigen, dass sie sich weigern, Dienstleistungen aufgrund von Nichtzahlung für die Dauer der Krise abzuschalten.

- Alle Tests und medizinischen Behandlungen sollten kostenlos und auf Anfrage verfügbar sein.

Das derzeitige Gesetz von Portland über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gestattet den Beschäftigten lediglich, 40 Stunden bezahlter Abwesenheit pro Jahr anzusammeln. Da viele Unternehmen in Oregon angewiesen wurden, für mindestens vier Wochen zu schließen, ist die Situation für diese Arbeitnehmer schrecklich. Ohne sofortige Hilfe können sie nicht nur ihre Wohnung, sondern auch ihre



Klassenkämpferische Arbeiter Portlands (CSWP)

Krankenversicherung verlieren. Es sollte unbegrenzt Krankengeld auf höchstem Niveau geben. Dasselbe sollte für diejenigen gelten, die Familienmitglieder pflegen müssen.

Die Gewerkschaften müssen fordern, dass die Werktätigen nicht wegen der Schließung von Unternehmen und Dienstleistungen aufgeopfert werden. Alle sind betroffen. Die Schulen in Portland werden geschlossen, die Lehrer werden weiterhin bezahlt, aber anderes Schulpersonal wird nicht bezahlt. Wir protestieren gegen diesen Skandal und fordern, dass alle Mitarbeiter bezahlt werden.

In Seattle fordert die Teamsters-Gewerkschaft, dass alle Fahrer von Uber und Lyft 1.000 Dollar pro Woche als Entschädigung für verlorene Arbeit erhalten. Dies sollte eine Forderung an Arbeitgeber und Regierungen im ganzen Land sein. Die CSWP sagt: statt vager Aufforderungen zur Unterstützung müssen die Gewerkschaften sofort damit beginnen, sich zu organisieren und die *volle Bezahlung aller Arbeiter zu fordern, die durch das Virus Ausfallzeiten erlitten haben.*

Die Gewerkschaften sollten auch die Führung bei der Bildung von *Gesundheits- und Sicherheitsausschüssen* übernehmen, die in jedem Betrieb gewählt werden müssen, gebildet aus gewerkschaftlich organisierten und Nicht-organisierten, um sicherzustellen, dass alle Sicherheitsmaßnahmen für alle Beschäftigten durchgesetzt werden und dass alle notwendigen Ausrüstungen zur Verfügung stehen. Die Gewerkschaften sollten alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass auch nicht organisierte Arbeiter Zugang zu jedem Schutzmittel erhalten. Es sollte keine Arbeit ausgeführt werden, bevor diese grundlegenden Sicherheitspraktiken nicht vorhanden sind.

Die Schließung von Schulen hat die Familien der Werktätigen und Familien mit

niedrigem Einkommen und insbesondere die Frauen enorm belastet, da sich jemand um die Kinder kümmern muss. Arbeiterorganisationen müssen *kostenlose, qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen für alle, die sie benötigen*, fordern, einschließlich organisierter Bildungsdienste.

Die Tatsache, dass jeder ein Zuhause haben muss, ist während einer Pandemie noch offensichtlicher und dringender. Eine kämpferische Arbeiterbewegung würde mit Mietern und Obdachlosenorganisationen zusammenarbeiten, um *Räumungen zu stoppen, unbewohnte Wohnungen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Zweitwohnungen der Reichen zu übernehmen* und Hotels zu besetzen, um *Obdachlosen Wohnraum zu bieten*, anstelle der enormen Gewinne für Spekulanten und Preistreiber.

Viele der Verletztesten in dieser Krise sind Immigranten, die nicht nur Einkommensverlusten, mangelnder medizinischer Versorgung und dem Schultzug ihrer Kinder ausgesetzt sind, sondern auch der allgegenwärtigen Gefahr der Abschiebung. Jetzt nutzt das ICE [Immigration and Customs Enforcement, die Einwanderungspolizei] in Kalifornien, New York und anderswo, die Coronavirus-Ausgangssperre, um weitere Razzien und Verhaftungen durchzuführen. Die Gewerkschaften müssen fordern: *Stoppt die Razzien und Abschiebungen! Schließung der Haftanstalten für Einwanderer (Konzentrationslager) – Befreit die Häftlinge, damit sie zu ihren Familien und Gemeinden zurückkehren können! ICE raus aus Portland!*

Die herrschenden Parteien nutzen diese Krise aus, wobei die Demokraten einerseits in einem zynischen Versuch, in einem Wahljahr zu punkten, Hysterie schüren, während Trump ein Bild von sich selbst twittert, wie

er Geige spielt, während Rom brennt, die Krise ausnutzt, um die Angst vor „Ausländern“ zu schüren und 1,5 Billionen Dollar an die Wall Street kostenlos verteilt.

Die Arbeiterklasse braucht eine Partei, die für kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, volle Bezahlung für alle Arbeiter, die wegen des Virus arbeitslos, versetzt oder krank sind oder aus anderen Gründen nicht arbeiten können, und sofortige Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Arbeiter, die noch zur Arbeit gehen müssen, kämpfen kann. Die dringende Notwendigkeit für eine internationale revolutionäre Arbeiterpartei könnte nicht klarer sein, während sich die Pandemie ausbreitet.

Eine in den Massen verankerte, kämpferische Arbeiterbewegung mit einer klassenkämpferischen Führung würde an den Arbeitsplätzen *Arbeiterkommissionen* einrichten, die über geeignete Maßnahmen entscheiden würden, einschließlich, wenn nötig, der Schließung der Produktion, ohne Lohninbußen, oder ihrer Fortsetzung unter den erforderlichen Schutzmaßnahmen.

Letztendlich braucht es eine Planwirtschaft, die in der Lage ist, die Produktion und die Verteilung von medizinischer Ausrüstung, Sicherheitsausrüstung und Grundbedarf für einen großflächigen Ausbruch umzulenken, wobei die Arbeitsplätze unter dem Aspekt der Sicherheit für die Arbeiter als zentrale Priorität organisiert werden müssen, um eine Pandemie wirksam zu bekämpfen. Das heißt, einen Kampf zu führen, um dieses kapitalistische System des profitorientierten Chaos, der Inkompetenz, des Rassismus und der Ausbeutung zu beenden und eine Arbeiterregierung zu errichten.

Wenn das Leben und die Existenzgrundlage so vieler Arbeiter und Unterdrückter in der Schwebe sind, ist der einzige Weg nach vorn der Klassenkampf. ■

Neukölln...

fortgesetzt von Seite 4

nur ihres völkisch-faschistischen „Flügels“ – mit Nazis der NPD feststellen, von ganz oben im Kriminalamt bis nach unten im Revier und auf der Straße. Dies ist umso wichtiger, weil sowohl die bürgerlichen Medien und Politiker als auch die reformistische Linke die AfD mit dem verharmlosenden Etikett „Rechtspopulisten“ bezeichnen (in Gegenüberstellung zu „Linkspopulisten“ wie die Wagenknecht'sche Aufstehen-Bewegung?). Dass es vielmehr eine Arbeitsteilung zwischen der faschistoiden AfD und den regelrechten Faschisten gibt, wird hier im Bezirk bestätigt.

Man sieht auch die Verkettung von anti-kommunistischem und ausländerfeindlichem

Terror. Alles spricht dafür, dass es dieselben Faschisten sind, die Brandanschläge gegen linke Politiker verüben und Schaufenster von arabischen Cafés einschlagen. Beide Arten sind von der Polizei durch Razzien gegen Shishabars und Verbote von linken Demos angestachelt. Die Nazi-Hetze gegen Juden geht weiter, und ist mit ständigen Aggressionen gegen Immigranten und Menschen von nahöstlicher und afrikanischer Herkunft gesteigert. Die nationalistische Hysterie verbreitet sich gleichzeitig mit – und als Konsequenz des – Verfalls des verfaulenden, vom Nationalstaat bedingten, Kapitalismus. Das imperialistische Bündnis der Europäische Union kann das nicht überwinden, wie das Fiasko der COVID-Bekämpfung beweist. Nur der Kampf für die *Sozialistischen Vereinigten Staaten*

Europas bietet einen Ausweg.

Die kapitalistische Klasse und ihr Staat halten die Faschisten im Bereitschaftszustand, um diese als Speerspitze für rassistische Spaltungen unter den Unterdrückten und der Arbeiterklasse zu entfesseln, um aufkeimenden Widerstand gegen ihre ökonomischen und sozialen Austeritätspläne, ihre imperialistischen Kriege und Verteilungskämpfe um Weltmärkte und Ausbeutungssphären im Inneren des Landes zu zerschlagen. Gleichzeitig dient die Volksfrontpolitik der Reformisten, die sich zu ihrer Rettung an den bürgerlichen Staat richten, dazu, die Massen vom Klassenkampf abzuhalten. Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* von 1938 feststellte, „Die ‚Volksfronten‘ auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite, dies sind die letzten politischen

Reserven des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution“.

Druck auf den bürgerlichen Staat auszuüben, dass er vor den Nazis schützt, entwertet die Arbeiterklasse, Appelle an den Staat für ein Verbot der Nazis stärkt den unterdrückten Staatsapparat nur weiter – schärfere Gesetze und Verbote werden vor allem zur Unterdrückung von Linken, Immigranten und der ganzen Arbeiterklasse in Anwendung gebracht. Die Internationalistische Gruppe kämpft stattdessen für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen. Der Kampf gegen die Faschisten erfordert eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei, um den Kampf für eine sozialistische Revolution anzuleiten, die allein in der Lage ist, die braune Pest ein für alle Mal zu beseitigen. ■

Brasilien: Kandidatur der Arbeitermacht gegen die kapitalistische Herrschaft

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung einer Sonderbeilage der Vanguarda Operária (Oktober-November 2020), die von der Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, Sektion der Liga für die Vierte Internationale, veröffentlicht wurde.

Am 16. Oktober lehnte das regionale Wahlgericht des brasilianischen Bundesstaates Rio de Janeiro die unabhängige Kandidatur von Carlos Alexandre Honorato (Cerezo) für das Amt des Bürgermeisters von der Stahlstadt Volta Redonda ab, sowie die von Geraldo Ribeiro zum stellvertretenden Bürgermeister. Cerezo ist Sprecher der Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LQB), des Klassenkampfkomitees (CLC) und der Union der Arbeiterklasse des Südens von Rio de Janeiro (UCTSF), während Geraldo ebenfalls der UCTSF, CLC und LQB angehört.

Das Wahlgericht verweigerte den Wählern daher die Möglichkeit, für diese Kämpfer der Arbeiterklasse zu stimmen, die unabhängig von den registrierten Parteien kandidieren. Wir haben gegen dieses antidemokratische Urteil des TRE-RJ (Regionales Wahlgericht für Rio de Janeiro) Berufung eingelegt und setzen unsere Kampagne fort. Bei einer Ablehnung rufen wir auf, den Stimmzettel leer abzugeben.

Trotz der Ablehnung des kapitalistischen Justizsystems, die Kampagne des revolutionären Kampfes gegen die autoritäre bonapartistische Regierung von Jair Bolsonaro [brasilianischer Präsident], gegen den konservativen rechten Flügel und die reformistische Volksfront-Linke wird fortgesetzt. Wir veröffentlichen im Folgenden das Kampfprogramm der *Candidatura do poder operário contra o domínio capitalista* (Kandidatur der Arbeitermacht gegen die kapitalistische Herrschaft).

Volta Redonda kann und muss eine Hochburg der Arbeitermacht im nationalen und internationalen Kampf für die Emanzipation der Arbeiter und aller Unterdrückten sein!

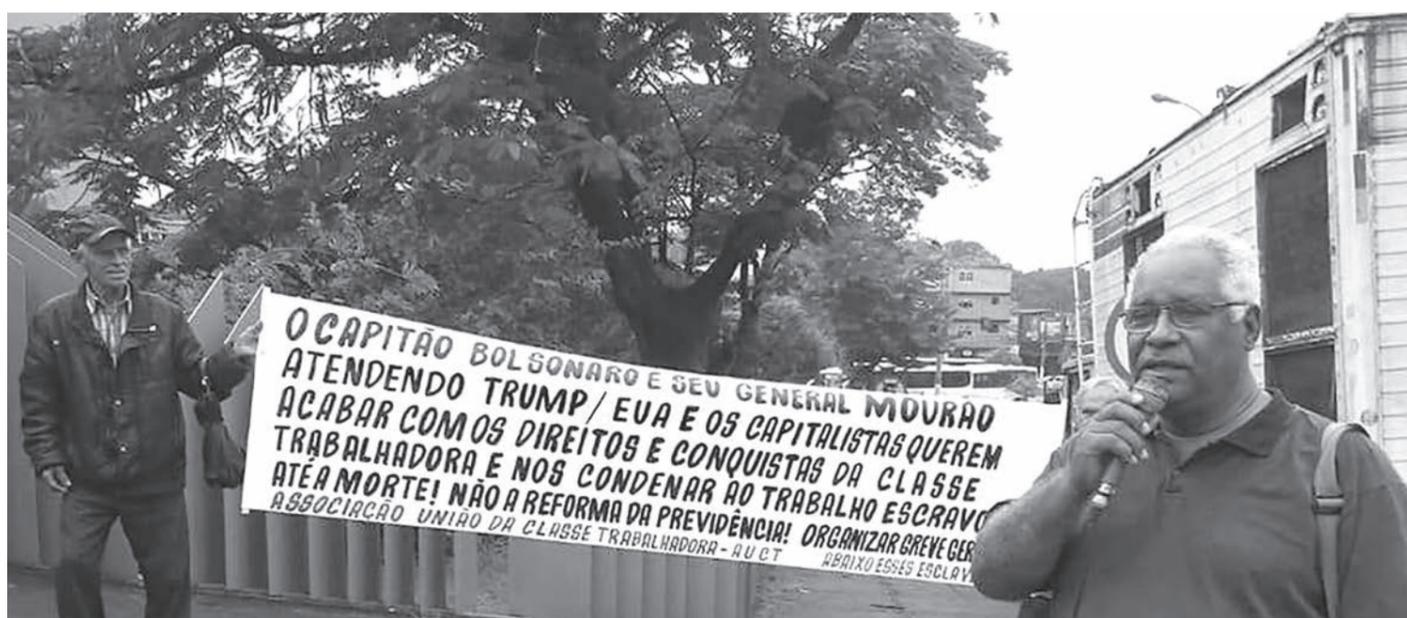
Gegen die Verachtung für das Leben von Arbeitern und Armen inmitten der COVID-19-Pandemie fordern wir **kostenlose und schnelle COVID-19-Tests für alle, jetzt**, und den sofortigen **Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems, um eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung für alle Kranken zu gewährleisten, unter der Kontrolle der Arbeiter und von medizinischen Fachkräften geführt.**

Gegen die Armutslöhne und die betrügerischen und völlig unzureichenden Wohlfahrts-„bolsas“ (Stipendien), sowohl von der Partido dos Trabalhadores [die Arbeiterpartei, die Brasilien von 2003 bis zur Absetzung der Präsidentin Dilma Rousseff in 2016 regierte] als jetzt auch von Bolsonaro, fordern wir **eine kräftige Erhöhung des monatlichen Mindestlohns auf mindestens das Niveau der DIEESE** [Gewerkschaftliche Abteilung für Statistik und Studien], **d.h. 4.342,57 R \$ [685 EUR] für alle**, und **eine gleitende Skala der Löhne**, die an die Inflation angepasst werden muss.

Angesichts der ständigen Morde an der Bevölkerung (insbesondere der Schwarzen) durch die Polizei und die Milizen fordern wir: **Militärpolizei, Militärfeuerwehr und alle bewaffneten Dienste raus aus den Slumbezirken (morros e favelas), sowie Polizei jeglicher Art raus aus den Gewerkschaften.**

Angesichts der Beseitigung der Arbeitsplatzstabilität („Prekarität“), einschließlich sklavenähnlicher Jobs und der außer Kontrolle geratenen Erhöhung der Arbeitszeit und Beschleunigung, fordern wir **eine Sechs-Stunden-Schicht ohne Lohnverlust, unbefristete Verträge für alle Arbeiter und gewerkschaftliche Kontrolle über die Einstellung.**

Gegen die Versuche, die öffentliche Bil-



Carlos Alexandre Honorato (Cerezo) spricht während des Generalstreiks im April 2019 am Eingang des CSN-Stahlwerks.

dung zu zerstören und Lehrer mit dem Gesetz „Schule ohne Parteien“ zu würgen, fordern wir, dass die **Schulen von Räten aus Lehrern, Schülern, Eltern und Schularbeitern unter gewerkschaftlicher Führung kontrolliert werden.**

Gegen die Korruption und Privatisierung von Petrobras, die hauptsächlich vom „neoliberalen“ Jobkiller FHC [Fernando Henrique Cardoso, Präsident von Brasilien von 1995 bis 2002] und seinen Schergen in anderen Parteien vorangetrieben wird (wie bei CSN geschehen, sowie beim Bergbaugiganten Vale do Rio Doce, der mit krimineller Fahrlässigkeit eine ganze Stadt, Brumadinho [im Bundesstaat Minas Gerais], unter einer Schlammlawine aus Mineralabfällen begrub). Nach diesen Privatisierungen fanden weitere Raubprivatisierungen statt, darunter der Telefongesellschaft und andere. Wir fordern die **volle Verstaatlichung der Öl- und Energieindustrie** und die **Auferlegung von Arbeiterkontrolle durch die Ölarbeiter über die Produktion – Kochgas soll an die Bevölkerung für R\$ 1 pro Liter verkauft werden.**

Gegen die Schikanierung der superausgebeuteten Einwandererbevölkerung, insbesondere der Peruaner, Bolivianer und Haitianer, kämpfen wir für **volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten** und gegen **jede Beteiligung Brasiliens an imperialistischen Aggressionen und Besetzungen**, heute gegen Venezuela und in der Vergangenheit gegen Bolivien und Haiti.

Die derzeitige Regierung von Bolsonaro und seine Nachahmer auf staatlicher und kommunaler Ebene stellen eine **bonapartistische Gefahr** dar, drohen einen polizei-militärischen „starken Staat“ aufzuerlegen, der eine Bedrohung für die demokratischen Rechte, die Existenz der Arbeiterbewegung und das Leben von Schwarzen, Indianern, Slumbewohnern, Homosexuellen und allen Unterdrückten darstellt.

Der Aufstieg des bonapartistischen Regimes zur Macht wurde jedoch durch eine 14-jährige Regierungszeit der von der Arbeiterpartei (PT) angeführten Volksfront vorbereitet, die unter den Regierungen von Lula und Dilma Arbeiterrechte angriff und den Polizeiapparat stärkte (Bildung der Nationalen Sicherheitskräfte, Stationieren von „Polizeibefriedungseinheiten“ in den favelas von Rio de Janeiro) und die Lüge verbreitete, eine „neue Mittelklasse“ geschaffen zu haben.

Heute bietet sich die konservative Bourgeoisie des „Centrão“ [„breites Zentrum“, bezieht sich auf ihren traditionell rechten Flügel] zusammen mit wichtigen Sektoren des kapitalistischen Staatsapparats (dem „Justizsystem“ und anderen) als „Alternative“ zum Bolsonarismus an. Die Überreste

der Volksfront wollen sich diesen „Putschisten“ von gestern in einer Mega-Koalition der Klassenzusammenarbeit im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus anschließen.

Gegen alle bürgerlichen Parteien, Politiker und Allianzen versucht unsere Kandi-

datur, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu initiieren, um für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu kämpfen, um den Kapitalismus im Rahmen von sozialistischer Revolution und den Sozialistischen Vereinigten Staaten von Lateinamerika zu enteignen. ■

Weder wie es früher war, noch wie es jetzt ist Die Arbeiterklasse an die Macht!



Geraldo Ribeiro (rechts) mit Arbeitern, bei einem Protest gegen die Weigerung des öffentlichen Gesundheitssystems, ihren Lohn pünktlich zu zahlen. Die Kandidatur der Arbeitermacht forderte die Beendigung der Privatisierung des Gesundheitswesens, die Übernahme der Krankenhäuser durch die Arbeiter unter der Leitung von medizinischen Fachkräften und kostenlose COVID-19-Schnelltests für alle.

Wir, die dieses Dokument unterzeichnen, sind keine Wahlfetischisten; wir sagen, es ist entscheidend, jederzeit in allen Fragen zu kämpfen, die die Interessen der Arbeiterklasse betreffen. Auf der Grundlage dieses täglichen Kampfes machen sich diejenigen von uns, die diesen Weg gegangen sind, den Satz des deutschen Dichters Bertold Brecht zu eigen: „Unverzichtbar sind diejenigen, die ihr ganzes Leben lang kämpfen.“

Vereinigt die Kämpfe von der Stadt bis hin zur nationalen und internationalen Ebene

Cerezo ist Metallarbeiter und der Arbeitermacht-Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Volta Redonda bei den Wahlen im November 2020. Er hat eine lange Geschichte des Kampfes für die Verteidigung der Arbeiterklasse hinter sich, der lange vor dem großen Streik von 1988 beim nationalen Stahlproduzenten CSN beginnt. Cerezo war einer der Aktivisten, die für ihre führende Rolle im Streik und bei der Besetzung von CSN im Jahr 1990 auf eine „Todesliste“ der

Armee gesetzt wurden.¹ Sein Stellvertreter Geraldo, unser Kandidat für den Vizebürgermeister, war drei Jahrzehnte lang ein Kommunalarbeiter und führte den Kampf an, die Polizei aus der Gewerkschaft der kommunalen Arbeiter zu vertreiben.² Er spielte auch eine führende Rolle bei Kämpfen um das PCCS (Gehaltstabelle für öffentliche Angestellte) und anderen Forderungen gegen die Angriffe der Regierung, als die Verwaltung der Volksfront unter dem Bürgermeister Paulo Baltazar [1993] das Rathaus übernahm und versuchte, fast 3.000 Arbeiter zu entlassen, ein Angriff, den der Kampf erfolgreich rückgängig machen konnte.

Die Kandidatur der Arbeitermacht hält daran fest, dass es entscheidend ist, die einfachsten

¹ Siehe „Army Death List Targeted Brazilian Worker Militants“, *The Internationalist* No. 8, Juni 2000. Erbaut 1941 in Volta Redonda mit Unterstützung der USA, war das Companhia Siderúrgica Nacional (CSN), Lateinamerikas größter Stahlproduzent, bis zu seiner Privatisierung im Jahr 1993 in Staatsbesitz.

² Siehe *Class Struggle and Repression in Volta Redonda, Brazil* („Klassenkampf und Unterdrückung in Volta Redonda, Brasilien“), Broschüre der Internationalist Group, Februar 1997.

Kämpfe in Volta Redonda mit den komplexen auf nationaler und internationaler Ebene zu verbinden, um die Interessen der Unterdrückten zusammenzubringen, die systematisch durch kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung zermalmt werden. Ein Schlüsselbeispiel dafür ist die COVID-19-Pandemie, wo wir alles tun müssen, um unser Leben zu retten. Es ist irrwitzig, dass Gesundheitspersonal, das sein Leben riskiert, nicht einmal pünktlich bezahlt wird. Es wird wie Spielzeug behandelt von Präsident Jair Bolsonaro, dessen absurde Leugnung der Pandemie vom Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro, Wilson Witzel, fortgeführt wird. Beide wurden des Missbrauchs öffentlicher Mittel, die zur Bekämpfung der Pandemie verwendet werden sollten, beschuldigt, und zwar in Zusammenarbeit mit dem derzeitigen Bürgermeister von Volta Redonda und „Pastor Everaldo“ [von der Versammlung der Kirche Gottes], der notorisch Stimmen an die großen politischen Parteien verkauft.

Wir fordern die sofortige Schaffung *ausreichender Löhne, pünktlich gezahlt, und sichere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigte im Gesundheitswesen; Verkürzung des Arbeitstages ohne Lohnverlust; sofortige Einstellung derjenigen, die die Eignungsprüfungen bestanden haben; sofortige Enteignung des CSN-Zentralbürogebäudes* (das zur Zeit leer steht und für reine Immobilienspekulation verwendet wird) und dessen *Umwandlung in ein Feldkrankenhaus zur Bekämpfung von COVID-19* und anderen tödlichen Krankheiten.

Die kapitalistische Gesellschaft befindet sich weltweit in einer tiefen Krise. Wir müssen die Arbeitslosigkeit bekämpfen, um Arbeit und Schutz für alle zu bieten, einschließlich der Künstler aus vielen Teilen Lateinamerikas, die in unsere Stadt gekommen sind; und wir müssen gegen die Unterdrückung und die Angriffe auf die Rechte und Eroberungen der Arbeiter und Unterdrückten in Brasilien und anderen Teilen Lateinamerikas kämpfen, indem wir die Verbindung mit dem Fall von George Floyd und den massiven antirassistischen Protesten in den Vereinigten Staaten herstellen.

Hier in Volta Redonda, der „Stahlstadt“, hat das Proletariat eine Tradition, die Bourgeoisie zu bekämpfen, aber die Volksfront war immer ein Hindernis für diesen Kampf. Angesichts großer Gefahren ist es heute dringend erforderlich, die Macht der Arbeiterklasse zu stärken, zu mobilisieren und mit einem klassenkämpferischen Programm auszustatten. Um dies zu erreichen, ist es entscheidend, die Lehren aus diesen Kämpfen zu ziehen, um mit der Volksfront-Politik und jeder Art von Klassenzusammenarbeit zu brechen, die zu schrecklichen Niederlagen geführt haben.

Wir sind keine Wahlfetischisten: Unsere Kandidatur unterscheidet sich grundlegend von allen anderen. Wir von der Kandidatur der Arbeitermacht *lehnen es ab, auch nur einen Real* [brasilianische Währung] *für die Kampagnenfinanzierung vom Staat zu akzeptieren*. Wir würden *nicht* von den Sesseln des Rathauses aus regieren, basierend auf dem Apparat des bürgerlichen Staates, der uns immer unterdrückt. Im Gegenteil, *wir kämpfen darum, Arbeiterräte in den Fabriken und in den proletarischen Vierteln als Grundlage für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden*. Ziel unserer Kampagne ist es, diese Organisationsarbeit voranzutreiben und das Klassenbewusstsein zu fördern, um ein revolutionäres und internationalistisches Programm zur Befreiung der ausgebeuteten Massen vorzulegen.

In Übereinstimmung mit diesen Punkten ist der sechsstündige Arbeitstag, der in unserem Programm enthalten ist, Teil dieser großen Tradition des Kampfes. Der Beginn der brasilianischen bürgerlichen „Demokratie“ war durch die militärische Unterdrückung gekennzeichnet, die 1988 gegen die Arbeiterbesetzung von CSN entfesselt wurde, als wir den Sechs-Stunden-Tag gewannen. Später kämpften wir darum, es gegen die Bourgeoisie und die Ausverkäufe der Gewerkschaftsbürokratie zu verteidigen. Mit einem Klassenkampfprogramm bekämpften wir die Privatisierungen,



Kampagne der Kandidatur der Arbeitermacht im Busdepot von Volta Redonda, um gegen die politisch motivierte Entlassung des Busfahrers Jamaica (im Vordergrund) zu protestieren. Transparente fordern ein Ende der Entlassungen, die Verstaatlichung des öffentlichen Verkehrssystems und kostenlosen öffentlichen Verkehr.

insbesondere bei CSN und der FEM (Fabrik für Metallkonstruktionen), und die Massenentlassungen. Wir haben gegen den Widerstand der Volksfrontregierung gekämpft und Amnestie für die CSN-Streikenden gewonnen.

In der Gesundheitsfrage, die jetzt inmitten der COVID-Krise von zentraler Bedeutung ist, kämpfen wir dafür, *die Privatisierung des Gesundheitswesens zu beenden, die durch Verträge mit „sozialen Organisationen“ vorangetrieben wird*, ein zentrales Thema bei dem derzeit laufenden Amtsenthebung-Prozess des Gouverneurs Witzel von Rio. Mit dem gleichen Schwerpunkt auf dem Schutz der Gesundheit der Arbeiter, wie auf unseren Plakaten, in Broschüren und anderen Veröffentlichungen gezeigt, haben wir bei CSN die gegen die Arbeiterklasse gerichteten und rassistischen Lügen des Unternehmens über Leukopenie widerlegt.³ Wir waren an vorderster Front im Kampf um die Wiedereinstellung der 6.000 „Mückenvernichter“ in Rio.⁴ Wir haben gegen die Verschmutzung der Stadtteile der Arbeiterklasse und der Armen gekämpft, insbesondere in den Stadtteilen Volta Grande I, II, III und IV, und gegen die schrecklich ungesunden Arbeitsbedingungen für Stadtarbeiter.

Das Comitê de Luta Classista (Klassenkampfkomitee) und die Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, zu denen Cerezo und Geraldo gehören, haben mit aller Macht gegen die Stadtregierungen von Baltazar, Antônio Neto, Gothardo Netto und Samuca Silva, gekämpft, um das Rathaus dazu zu bringen, die volle Lohnskala für Kommunalarbeiter zu bezahlen. Wir kämpfen auch dafür, dass CSN die Teuerungszulagen auszahlt, wozu sie verpflichtet ist und jetzt bezahlt werden sollen. Es ist insbesondere wichtig, darauf hinzuweisen, dass es gleichzeitig notwendig war, gegen die pseudo-linken Parteien PT, PSOL, PCdoB, PSTU und PCO zu kämpfen,⁵ mal wegen ihrer Versäumnisse, mal ihrer Sabotage oder manchmal ihrer offenen Opposition in diesen Kämpfen.

Gegen rassistische Diskriminierung und die Unterdrückung von Frauen führten wir die Verteidigung der Stadtarbeiterin Regina Célia an und führten – einer Repressionskampagne der Polizei und der Volksfront zum Trotz

³ Von dieser Krankheit, bei der die weißen Blutkörperchen reduziert sind, sind viele Stahlarbeiter betroffen, weil sie Benzolgas ausgesetzt waren, das in den Koksöfen erzeugt wird. Firmenbeauftragte behaupteten, es sei eine „schwarze Krankheit“. Siehe „Brazilian Metal Workers Struggle Against Racism“ (Kampf brasilianischer Metalarbeiter gegen Rassismus) in der Broschüre *Class Struggle and Repression in Volta Redonda, Brazil*.

⁴ Diese schlecht bezahlte, größtenteils schwarze Belegschaft nahm teil an der Kampagne von Rio de Janeiro gegen das Dengue-Fieber.

⁵ Für weitere Informationen zu den hier genannten Gruppen, siehe: The Electoralist Campaigns of the Brazilian Left („Die elektoralistische Wahlkampagne der brasilianischen Linken“), *The Internationalist* Nr. 53, September-Oktober 2018. Die PT ist die reformistische Arbeiterpartei der ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und Dilma Rousseff; PSOL, die Partei des Sozialismus und der Freiheit, ist eine ebenso reformistische Abspaltung von der PT; PCdoB, ehemals maoistische, jetzt sozialdemokratisierte Kommunistische Partei Brasiliens; PSTU, Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei, Teil der Internationalen Arbeiterliga (LIT), bekannt für pro-imperialistische Positionen; PCO (Partido da Causa Operária), ein Satellit der PT, der früher mit der argentinischen Partido Obrero verbunden war.

– *den historischen Kampf von 1996 für den Ausschluss der Polizei aus der Gewerkschaft. Einer dieser Stadtpolizisten war verantwortlich für die Ermordung des schwarzen Kindes Ernane da Silva Lúcio am 22. Oktober 1995. Heute wird die Forderung nach Polizisten raus aus den Gewerkschaften* von antirassistischen Protestierenden in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern vorgebracht.

Ein internationalistischer Kampf gegen die Unterdrückung

Wir brachten zum ersten Mal den Fall von Mumia Abu-Jamal, einem in den USA inhaftierten *ehemaligen* Black Panther, nach Brasilien und ganz Südamerika und organisierten den ersten Streik der Welt für seine Freiheit, durch die Bildungsgewerkschaft des Bundesstaats Rio de Janeiro im April 1999, ein Beispiel, das sich in die USA ausweitete.⁶

Wir kämpfen unnachgiebig gegen die Kampagne, die der Yankee-Imperialismus, Bolsonaro und Co. gegen Kuba und China durchführen. Unsere Forderung, brasilianische Truppen aus Haiti zu vertreiben, wurde von der Bildungsgewerkschaft in Rio angenommen. Wir haben auch Solidaritätsaktionen mit dem mutigen Streik der mexikanischen Lehrer im Jahr 2016 organisiert.

Unter dem roten Banner der internationalen Arbeiterklasse kämpfen wir dafür, das große Motto umzusetzen: Arbeiter der Welt, vereinigt euch! Unser Programm ist der einzige Weg, um dem Kapitalismus ein Ende zu setzen. Es lebe der Sozialismus! Es ist die einzige Lösung, die *die Menschheit vor der Barbarei retten kann*. ■

⁶ Am Tag nach dem Streik in Brasilien im April 1999 bestreikte die International Longshore and Warehouse Union alle Westküstenhäfen in den USA für 10 Stunden und forderte Mumias Freiheit. (Siehe „Brazilian Workers Mobilize for Freedom for Mumia Abu-Jamal“ (Brasilianische Arbeiter mobilisieren für die Freiheit für Mumia Abu-Jamal) und „ILWU West Coast Port Shutdown Showed Labor’s Power in Fight to Free Mumia“ (ILWU Stilllegung von Häfen an der Westküste zeigte die Macht der Arbeiter im Kampf für die Befreiung von Mumia), *The Internationalist* Nr. 8, Juni 2000.)

IG-Metall...

fortgesetzt von Seite 5

gesellschaftlichen Umwälzung sein, die zu einer sozialistischen Revolution führt.

Ein Übergangsprogramm für sozialistische Revolution

Die Pläne für die faktische Stilllegung des Daimler-Werks Marienfelde finden nicht abgesehen von der allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands statt. Bis zu einem Viertel der Belegschaft der Berliner Fabrik besteht aus Arbeitern „mit Migrationshintergrund“ (wie es derzeit in der Beamtensprache heißt), viele davon mit türkischer und polnischer Herkunft. Bundesweit sind eingewanderte Arbeiter, z.B. kürzlich angekommene osteuropäische Vertragsarbeiter oder syrische Flüchtlinge, immer noch am unteren Rand der Gesellschaft ausgegrenzt. Der Kampf für ihre Rechte ist eine Kernfrage des Klassenkampfes. Es geht darum, die gewerkschaftliche Eingliederung der am meisten ausgebeuteten Sektoren der deutschen Arbeiterklasse zu erzielen. Dafür sind die Forderungen nach *vollen Staats-*

bürgerrechten für alle Immigranten und ihre Familien, zusammen mit *Asyl für Flüchtlinge*, die vor den imperialistischen Verwüstungen fliehen, sowie für *Arbeiteraktionen gegen Abschiebungen*, von grundsätzlicher Bedeutung. Dies ist besonders für die gewerkschaftliche Organisation von Unternehmen wie Amazon, oder morgen Tesla, der Fall.

Die verschiedenen pseudotrotzkistischen Sozialdemokraten und diverse Stalinisten agieren als Druckmittel auf die Gewerkschaftsbürokratie (meist verbunden mit der SPD und der Linkspartei, in der viele dieser Opportunisten aktiv sind). Im Gegensatz dazu ruft die Internationalistische Gruppe, die deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale, dazu auf, eine *revolutionäre Klassenopposition* in den Gewerkschaften aufzubauen, basierend auf einem Übergangsprogramm, um die pro-kapitalistische Bürokratie zu vertreiben und für eine Arbeiterregierung zu kämpfen – für eine sozialistische Revolution in ganz Europa. Eine solche Opposition würde den nationalen Chauvinismus bekämpfen und sich dem Imperialismus auf ganzer Linie widersetzen, einschließlich der imperialistischen (deutsch dominierten) Europäischen Union und der imperialistischen Besetzung Afghanistans, während sie China, einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat, gegen imperialistische Bedrohungen, Wirtschaftskrieg und Konterrevolution verteidigt.

In der Autoindustrie braut sich ein großer Kampf zusammen. Die Arbeitsplatzsicherheit und die Existenzbedingungen der Arbeiter werden in Frage gestellt und die Bühne ist bereitet für einen Showdown – der Kampfgeist der multiethnischen deutschen Arbeiterklasse wird neu entfacht. Wir brauchen eine multiethnische Avantgarde-Arbeiterpartei um den Defensivkampf zu einer proletarischen Gegenoffensive voranzutreiben, die alle Unterdrückten anführt, um dem Kapitalismus ein Ende zu setzen. Den Kern dieser Partei aufzubauen, im Kampf um die Wiederschmiedung von Trotzki’s Vierter Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution, das ist die dringende Aufgabe, die vor uns liegt. ■

Freiheit für Assange...

fortgesetzt von Seite 2

aber verantwortungsbewusste Presse“ auf Regierungsgeheimnissen sitzen geblieben – wie die *Times* es mit der Rolle der USA beim Sturz der Regierung von Jacobo Arbenz in Guatemala im Jahr 1954 tat und mit den Vorbereitungen für John F. Kennedys gescheiterte Invasion der Schweinebucht (Playa Girón) in Kuba im Jahr 1961 – oder hausierte mit Lügen der Regierung, wie der von den nicht existierenden „Massenvernichtungswaffen“ im Irak, um die US-Invasion 2003 zu rechtfertigen.

Marxisten verteidigen entschieden das Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß dem Ersten Verfassungszusatz gegen die Versuche des US-Imperialismus, es einzuschränken oder zu unterdrücken. Wenn die Regierung Informanten am Weitergeben von Informationen hindern könnte, und die Presse am Drucken, hätten wir nie von dem schrecklichen Massaker in My Lai in Vietnam erfahren, das von dem mutigen investigativen Journalisten Seymour Hersh aufgedeckt wurde (der auch die Fälschungen der Regierung von Barack Obama über die Verwendung von chemischen Waffen in Syrien aufdeckte). Gerade wegen der Aufdeckung imperialistischer Verbrechen durch Wikileaks wird Julian Assange heute und seit einem Jahrzehnt gnadenlos verfolgt.

Doch die britische Richterin, Vanessa Baird, hat *nicht*, während sie (vorerst) die Auslieferung von Assange stoppte, auch nur *einen* der juristischen Einwände unterstützt, wonach die Verfolgung des Wikileaks-Gründers die Pressefreiheit verletzen würde. Im Gegenteil, sie verteidigte das angebliche Recht der US-Regierung, ihre Geheimnisse geheim zu halten, mit der Begründung, dass Assanges Aktionen in Großbritannien gegen die verschiedenen Official Secrets Acts [Offizielle Geheimhaltungsgesetze] verstoßen hätten. Stattdessen

Die Polizei: Bestandteil oder Feind der Arbeiterbewegung?

Von Mumia Abu-Jamal

Der folgende Artikel, verfasst im März 1996 von Mumia Abu-Jamal, dem berühmtesten Klassenkriegsgefangenen der USA, der damals aus der Todeszelle des Bundesstaats Pennsylvania sprach, ist leicht korrigiert aus Spartakist Nr. 123 (Juni/Juli 1996) nachgedruckt. Der Artikel diente damals als Beitrag zur Kampagne unserer brasilianischen Genossen, die Polizei von den Arbeitergewerkschaften zu ausschließen. Dieser historische Kampf wurde im Rahmen brüderlicher Beziehungen in enger Abstimmung mit der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) geführt, als diese noch auf dem Boden des revolutionären Trotzkismus stand. Als aber diese Kampagne ihren Höhepunkt im Juni 1996 erreichte, am Vorabend der entscheidenden Sitzung der Kommunalarbeitergewerkschaft, in der die Abstimmung über die Entfernung der Polizei stattfinden sollte, hat die IKL plötzlich diese Beziehungen abgebrochen und die Genossen im Stich gelassen. Diese drastische Kehrtwendung wurde im Zusammenhang mit dem Ausschluss führender Genossen der IKL unternommen, die vorher ihre lateinamerikanische Arbeit angeleitet hatten.

Trotz dieses Verrats der IKL, eine wahre Desertion unter Beschuss, haben die brasilianischen Genossen den Kampf weiter zu Ende geführt und daraufhin die Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, jetzt Sektion der Liga für die Vierte Internationale, gegründet. Als Strafe für ihr Bestehen auf dem Klassenprinzip, dass die Polizei keineswegs Arbeiter sind, sondern die bewaffnete Faust der Kapitalisten, ernteten sie eine großangelegte Repression der Bourgeoisie und der Volksfront (mit Kollaboration einiger Linken). Insgesamt wurden neun Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet, mitsamt einer polizeilichen Durchsuchung ihres Büros. In ihrer Kandidatur der Arbeitermacht bei den Wahlen von November 2020 (siehe S. 12) hebt die LQB diesen Kampf für die Ausgrenzung der Polizei hervor. Aber der Großteil der brasilianischen Linken beharrt heute noch auf ihrer schändlichen Verteidigung der Bullen.

Seinerseits sitzt Mumia Abu-Jamal immer noch im Gefängnis (nach 39 Jahren!), obwohl das Todesurteil 2011 aufgehoben wurde. Der

Grund: seit seiner Jugendzeit ist der ehemalige Black Panther Zielscheibe einer Hasskampagne der Polizeibruderschaften (die sich fälschlicherweise als Gewerkschaften ausgeben), aufgrund einer erfundenen Anklage wegen Mordes, an dem Abu-Jamal vollkommen unschuldig ist. Heute wie damals ruft die Liga für die Vierte Internationale zu Arbeiteraktionen auf, um Freiheit für Mumia endlich zu erzielen.

„Autorität kommt nie ohne Hass.“

– Euripides

Im großen Staat Brasilien, der den Löwenanteil Südamerikas ausmacht, ist die Frage der Funktion der Polizei der Kernpunkt der Arbeiterkämpfe um die Macht, das Leben der Werktätigen zu verbessern.

In Volta Redonda, einem Industriezentrum nahe Rio de Janeiro, ist diese Frage zentral aufgetaucht mitten in einem internen Machtkampf unter führenden Arbeitern des öffentlichen Dienstes.

Am 13. März 1996 wurde eine Sitzung der Kommunalarbeitergewerkschaft SFPMMVR durch die weltweit berüchtigte und mörderische Militärpolizei überfallen, die schwerbewaffnet versuchte, mit Schrotflinten einen Disput unter den Arbeitern „beizulegen“. Anwesende berichteten, dass diese überraschende Reaktion nur Augenblicke später stattfand, nachdem der als „Motorzinho“ bekannte wichtige Agent des SFPMMVR-Sekretärs Artur Bonizete Fernandes einen wohlüberlegten physischen Angriff auf den SFPMMVR-Vorsitzenden Geraldo Ribeiro verübt hatte, einen kämpferischen Gewerkschafter.

Das Gefährliche und noch nie Dagewesene an dieser Situation ist die Herbeirufung der Bullen: Wer tat das? Und warum?

Aus allen Berichten geht klar hervor, dass der Gewerkschaftsvorsitzende Ribeiro sie nicht gerufen hat, und als sie auftauchten, sagte er ihnen, alles sei unter Kontrolle. Später hörten einige Arbeiter, wie Polizisten in Zivil darüber sprachen, dass Artur (der Gewerkschaftssekretär) jedem von ihnen 10 Real (17 D-Mark) schulde, sie aber befürchteten, vielleicht nicht bezahlt zu werden, da sie „zu spät“ dran waren (zu spät wofür, fragt man sich?).

In jedem Fall ist die Einladung der Polizei, und noch ominöser dieser Polizeieinheit, mitten in einen internen Gewerkschaftsdisput eine wirklich schreckliche Entwicklung.

Diese Einheit, die Militärpolizei, ist als Todesschwadron bekannt, die ihre mörderische Spezialausbildung an den schwarzen, braunen und armen Slum-Kindern der Favelas und Straßen

Rios praktiziert. Sie sind (wie die Polizei in Philadelphia) Experten darin, kleine Kinder zu töten.

Im Zentrum des Konflikts von Luta Metalúrgica (LM – Metallarbeiterkampf) und der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes steht eine Frage, die jetzt weltweite Implikationen hat – was ist die Rolle der Polizei? Sind sie einfach Arbeiter, wie Glasbläser, Müllarbeiter oder Angestellte?

Oder sind sie Agenten der reichen und besitzenden Klassen – der Herrschenden?

Man kann versucht sein, ersteres anzunehmen, denn arbeiten sie nicht, wie andere auch, für Lohn?

Erst wenn man sich die Natur dieser Arbeit ansieht, vom Standpunkt historischer und gegenwärtiger Ereignisse, kommt letzteres zum Tragen.

Geschichtlich hat die Polizei immer den Status quo geschützt, selbst wenn dieser „Status“ böse und repressiv war. Während der Bürgerrechtsära [in den 60er Jahren in der USA] war es die Polizei, die diejenigen, die – friedlich! – für Bürgerrechte kämpften, prügelte, blutig schlug und verhaftete. Die Bundespolizei beschattete, belauschte, sabotierte und, in den Worten des FBI, „neutralisierte“ diejenigen, die heute geehrte Veteranen jenes Kampfes



Mumia Abu-Jamal

Lou Jones

sind, wie Reverend Martin Luther King (Junior & Senior!), den Nationalisten Malcolm X und den Gründer der Black Panthers, Dr. Huey P. Newton. Die Polizei half Propagandisten des weißen Herrenmenschtums bei vielen ihrer rassistischen Kampagnen.

Ähnlich ist die Polizei in Brasilien Organisator der Repression gewesen, von der Zerschlagung von Organisationen der Bevölkerung und Gewerkschaften bis zu der ruchlosen Ermordung brasilianischer Straßenkinder im Sold der Geschäftsleute. Wenn der Status quo ungerecht ist, der Ungleichheit dient und repressiv ist, wie kann irgendjemand ihn schützen?

In diesem Zusammenhang muss man die Einladung der ruchlosen Militärpolizei in die Belange der Gewerkschaft als das böse Omen „sehen“, das es wirklich ist, und wenn man dies sieht, muss man es verurteilen und scharf dagegen protestieren.

Der Vorsitzende Ribeiro und sein Verbündeter Alexandre Honorato „Cerezo“ von Luta Metalúrgica [jetzt Liga Quarta-Internacionalista do Brasil] rufen zu Protesten auf gegen die Anwesenheit und die Provokationen der Polizei in Gewerkschaftsangelegenheiten.

Das zentrale Prinzip: *Polizei, Hände weg von den Gewerkschaften!*
31. März 1996

entschied die Richterin, dass die Bedingungen in US-amerikanischen „Supermax“-Gefängnissen so unmenschlich sind, dass Assange Selbstmord begehen würde. Sie erläuterte die schrecklichen Sonderverwaltungsmaßnahmen (SAMs) im Bundesgefängnis ADX Florence in Colorado, in das Assange geschickt werden sollte, und eine Reihe seiner Insassen haben sich tatsächlich das Leben genommen.

Es sollte auch besonders erwähnt werden, dass Chelsea Manning, die die vernichtenden Informationen, die Wikileaks veröffentlichte, beschafft hatte, als sie Geheimdienstanalytiker im Irak war, nach dem Spionagegesetz vor Gericht gestellt und zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Was sie beschaffte, war massiv und von unschätzbarem Wert und lieferte grausame Berichte über mörderische US-Aktionen im Irak und in Afghanistan sowie genaue Details darüber, wie die US-Herrscher ihre Marionetten kontrollieren und ihre imperialistischen Verbündeten ausspionieren. In einer seiner letzten Amtshandlungen als Präsident hat Obama 2017 ihre Strafe vorzeitig beendet, doch 2019 wurde sie für ein Jahr zurück ins Gefängnis geworfen, weil sie sich mutig geweigert hatte, in geheimen Verfahren der Grand Jury gegen Assange auszusagen. Inzwischen wurde auch Edward Snowden wegen „Spionage“ angeklagt, weil er enthüllt hat, wie die US-Behörden die US-Bevölkerung massiv ausspioniert haben. Snowden war gezwun-

gen, in Russland Asyl zu suchen, nachdem die USA ihn 2013 daran gehindert hatten, Asyl in Ecuador zu aufzunehmen.

Die ecuadorianische Regierung von Rafael Correa gewährte Assange 2012 in ihrer Londoner Botschaft Asyl und verwies auf seine Verteidigung der Meinungsfreiheit und die Gefahr für „sein Leben, seine Sicherheit oder persönliche Integrität“, nachdem ein schwedischer Staatsanwalt die Auslieferung für eine Befragung in einem Rahmen einer erfundenen Beschuldigung wegen Vergewaltigung gefordert hatte.¹ Die schwedische Auslieferungsforderung wurde 2017 fallen gelassen, aber dann drohte Assange die Auslieferung an die USA, wo die Trump-Regierung die Anklage gegen ihn vorbereitete. Unter dem Druck Washingtons sagte Correas Nachfolger Lenin Moreno im Jahr 2018, er wolle Assange aus der Botschaft entfernen, und im April 2019 lud der ehemalige Linke Moreno, in einem Akt lakaienhafter Unterwerfung unter den Imperialismus, die britische Polizei in die Botschaft ein, um ihn zu verhaften. Am selben Tag enthüllten die USA die geheime Anklage gegen Assange aus dem Jahr 2018 wegen „Verschwörung zur Begehung von Computereingriffen“ (später zu Spionage eskaliert).

¹ Die berechtigte Furcht war, dass Assange, sollte er nach Schweden ausgeliefert werden, wo sozialdemokratische Regierungen regelmäßig in CIA-Operationen mitgearbeitet haben, von Polen bis Syrien, wahrscheinlich in die USA ausgeliefert würde. Siehe: „Free Julian Assange! Drop All Charges!“ *The Internationalist* Nr. 32, January-February 2011.

So ist Julian Assange seit einem Jahrzehnt eingesperrt, ob im Asyl in einer Botschaft oder in einem britischen Gefängnis, und versucht außerhalb der Reichweite des US-Imperialismus zu bleiben. Wie wir 2010 geschrieben haben: „Wir dürfen uns keine Illusionen machen: Julian Assange ist in echter Gefahr, bedroht von denselben imperialistischen Kriegsverbrechern, die Bradley [jetzt Chelsea] Manning in einem Militärgefängnis festhalten. Hände weg von Julian Assange und WikiLeaks!“² Einige von Assanges Verteidigern sowie einige Medien und Unterzeichner des Briefes an das Justizministerium vom 8. Februar hegten die Hoffnung, dass die neue Regierung der Demokraten Trumps Auslieferungssuchen und möglicherweise sogar die Anklage fallen lassen würde. Aber in Bezug auf Personal und Politik ist die Biden-Regierung sehr wohl eine Fortsetzung von Obamas Regierung, die mehr Whistleblower strafrechtlich verfolgt hat als alle früheren US-Regierungen zusammen (8 von 14 Fällen).

Das Schicksal von Julian Assange hängt in der Schwebe. Der Gründer und Herausgeber von Wikileaks, der das imperialistische Ungeheuer tief verwundet hat, befindet sich in den Klauen des kapitalistischen „Justizsystems“. Ob er jemals wieder frei kommen wird, ist unklar. Selbst wenn die US-Berufung abgelehnt wird, bedeutet dies für Assange (der immer noch im berüchtigten britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh festgehalten wird)

² Siehe „Defend PFC Bradley Manning!“ *The Internationalist* Nr. 31, Summer 2010.

kaum Freiheit. „Er müsste den Rest seines Lebens damit verbringen, über die Schulter zu schauen, und es wäre nicht sicher, Großbritannien zu verlassen“, sagte ein ehemaliger Leiter der Auslieferungsabteilung des Crown Prosecution Service (*Guardian*, 4. Januar). Erinnern wir uns daran, dass die Nixon-Regierung, nachdem die Strafverfolgung von Daniel Ellsberg fallengelassen worden war, einen „Ellsberg-Neutralisierungsvorschlag“ vorlegte, dem zufolge ein Dutzend CIA Gusanos (Exil-Kubaner) Helfer ihn bei einer öffentlichen Kundgebung „völlig außer Gefecht setzen“ sollten.

Die Internationalistische Gruppe fordert: *Keine Auslieferung, Freiheit für Julian Assange und das Fallenlassen aller Anklagen gegen ihn sowie gegen Edward Snowden.* Sie und Chelsea Manning wurden wegen Spionage angeklagt, gerade wegen ihrer „Verbrechen“, einen kleinen Teil der schmutzigen Tricks, der blutigen Subversionen und der mutwilligen Gemetzeln, die von den US-Spionageagenturen und anderen Komponenten des US-imperialistischen Ungeheuers unter dem Deckmantel der offiziellen Geheimhaltung durchgeführt werden, der Öffentlichkeit preisgegeben zu haben. Die wirklichen Verbrecher sind die Spionagemeister und Kriegstreiber in Washington, die den Rachezug gestartet haben gegen diese Verfechter unseres Rechts – eures Rechts – zu wissen, was die größten Massenmörder der Welt, die Regierung der Vereinigten Staaten, machen. ■

Kapitalismus...

fortgesetzt von Seite 1

alle schwören: Null Toleranz. Aber fast immer bleiben die rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen, Pro-Nazi Beamten. Und ganz oft wird der Whistleblower, der den Skandal aufgedeckt hat, versetzt oder entlassen.

Letzten Sommer gab es den Fall des geheimen KSK (Kommando Spezialkräfte), einer Eliteeinheit der Bundeswehr, die mit NATO-Truppen auf dem Balkan und in Afghanistan eingesetzt wurde. 2017 tauchten Berichte über eine Party auf, bei der Mitglieder der Einheit zu faschistischer Musik den Hitlergruß zeigten. Aufgrund von Hinweisen Anfang 2020 durchsuchte der MAD (Militärischer Abschirmdienst) schließlich die Wohnung eines Oberstabsfeldwebels (der seit drei Jahren unter Beobachtung stand), wo sie Nazi-Literatur fanden und ein Arsenal an Waffen, Sprengstoff sowie ein riesiges Versteck mit gestohlener Munition aus Armeebeständen aushoben. Der Oberstabsfeldwebel wurde verhaftet, KSK-Kommandant Markus Kreitmayr erklärte die Affäre für „schockierend“, eine Untersuchungskommission wurde eingesetzt und es wurde bekannt, dass der MAD gegen 20 KSK-Soldaten wegen rechtsextremer Verbindungen ermittelte.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer kündigte die „Operation Eisener Besen“ an, um den Schlamassel zu bereinigen. In Rekordzeit wurde ein Bericht abgegeben, es wurde öffentlich verkündet, dass 48.000 Schuss Munition (inzwischen auf 85.000 erhöht) aus den Beständen der Spezialkräfte fehlten, dazu 62 Kilo Sprengstoff. Am 30. Juni verkündete Kramp-Karrenbauer, dass eine der vier Kompanien des KSK aufgelöst werde und die Spezialkräfte bis Oktober Zeit hätten, sich zu reorganisieren – als „letzte Chance“. *Der Spiegel* (4. Juli) titelte: „Braune Hotspots“. Doch im November erklärte ein „Zwischenbericht“ des Generalinspektors der Bundeswehr, der Großteil der fehlenden Munition sei auf „Fehlzahlungen“ oder „unsachgemäße Buchführung“ zurückzuführen.

Dennoch gibt es immer wieder neue Enthüllungen. Im September wurden 29 Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen, die meisten aus Essen, suspendiert, weil sie in fünf verschiedenen Nazi-Chat-Gruppen Hakenkreuze, Hitler-Bilder und Zeichnungen von Immigranten in einer Gaskammer verbreitet hatten. Ebenfalls im September wurde der Leiter des MAD entlassen, weil er es versäumt hatte, Extremisten im Militär zu erkennen. Im Oktober veröffentlichte der Verfassungsschutz einen 98-seitigen Bericht, der mehr als 1.400 Fälle von mutmaßlichen Nazis und Faschisten („Rechtsextremisten“) bei Militär, Polizei und Geheimdiensten auflistet. Innenminister Horst Seehofer beharrte darauf, dass es „kein strukturelles Problem“ gäbe, aber der von ihm vorgelegte Bericht erklärte, dass die Präsenz hochqualifizierter rechtsextremer Offiziere eine „erhebliche Gefahr für Staat und Gesellschaft“ darstelle.

Dann, pünktlich zum Jahreswechsel 2021, kam die Nachricht, dass eine deutsche Faschistenbande von einem Polizeiwaffenhersteller – diesmal allerdings einem österreichischen – mit schwerer Maschinengewehrmunition beliefert wurde. Es geht nicht nur um fehlende Munition und faschistische Unterwanderung. Eine Reihe von Personen hat Morddrohungen mit der Unterschrift „NSU 2.0“ erhalten, die auf Informationen aus Polizeidatenbanken zurückgehen. Zu den Betroffenen gehören die Anwältin Seda Basay-Yildiz, eine Vertreterin der Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, der Nazi-Terrorgruppe, die zwischen 2001 und 2007 mindestens neun Immigranten ermordete, und der Journalist Deniz Yücel. Die Urheber der Morddrohungen sind noch unbekannt, aber die Affäre führte zur Entdeckung eines Netzwerks, an dem Dutzende von Polizisten beteiligt sind.

Dazu kommt der ganze Komplex mit den

rechten Überlebenskünstlern, den sogenannten „Preppern“. Dieser umfasst Polizei und Angehörige der Heeresreserve und reicht bis in das KSK hinein. Marko G., ein Scharfschütze bei einem Spezialeinsatzkommando der Polizei von Mecklenburg-Vorpommern, leitete eine „Nordkreuz“-Prepper-Chatgruppe, die sich auf den „Tag X“ vorbereitete, an dem die gesellschaftliche Ordnung zusammenbricht. Zu der Gruppe gehörte ein Rechtsanwalt und Kriminaloberkommissar, der davon sprach, an diesem Tag linke Unterstützer von Immigranten „zu sammeln und umzubringen“. Sie hatten bereits Dutzende von Leichensäcken gekauft (und weitere geordert), Feindeslisten erstellt und 40.000 Schuss Munition gehortet. Mehrere dieser Chatgruppen wurden von einem gewissen „Hannibal“ – dem KSK-Soldaten André S. – moderiert, der auch Uniter anführte, eine paramilitärische Gruppe von Elitesoldaten, Polizisten und Sicherheitsleuten („Der Feind im Innern“, *Der Spiegel*, 8. August 2020).

Dann gibt es noch „Franco A“, einen Armeoffizier, der verdächtigt wird, als Flüchtling getarnt, eine Provokation vorbereitet zu haben, der an Uniter-Treffen teilgenommen hat und bei der Wiederbeschaffung einer Waffe, die er im Wiener Flughafen versteckt hatte, festgenommen wurde. Er hatte detaillierte Auskundschaftungen durchgeführt, um die Ermordung der prominenten jüdischen antirassistischen Aktivistin, Anetta Kahane, vorzubereiten. Seine antisemitischen Ansichten (er sagte, das Alte Testament sei eine Blaupause für die Weltherrschaft der Juden, „die größte Verschwörung in der Geschichte der Menschheit“), seine Anprangerung der Einwanderung als Vorbereitung eines „Völkermords“ durch Verwässerung der „Rassenreinheit“ und seine offen pro-nazistischen Sympathien waren in einer Magisterarbeit niedergelegt, die von Beamten der französischen Militärakademie in Saint-Cyr, die er besuchte, bemängelt wurde. Aber die Bundeswehrbeamten gaben ihm nur einen Verweis und machten sich nicht die Mühe, den MAD zu informieren.

Die neueste Enthüllung (von NDR und WDR) ist, dass das Kommando des KSK Anfang letzten Jahres Mitglieder der Eliteeinheit aufforderte, gestohlene Munition „ohne Konsequenzen für den betroffenen Soldaten“ zurückzugeben. Zehntausende Schuss Munition landeten in den „Amnestiekisten“, weit mehr als vermisst gemeldet worden waren (*tagesschau*, 21. Februar). Aber auch danach noch wurden riesige Waffen- und Munitionsbestände im Besitz von rechtsextremen und faschistischen Mitgliedern von Militär und Polizei gefunden.

Die allgegenwärtige Gleichgültigkeit und regelrechte Sabotage bei der Untersuchung dieser Fälle ist der Grund, warum die alleinige Schuldzuweisung an Innenminister Seehofer für die Verweigerung einer Untersuchung des deutschen Polizeirassismus ein Alibi für den bürgerlichen Staat darstellt. Es stellt sich heraus, dass es auch faschistische Zellen im Verfassungsschutz gibt, z.B. in Nordrhein-Westfalen (wo sie zuständig waren für die Überwachung... der Faschisten). Und sie genossen Schutz von den höchsten Ebenen des Staatsapparates. Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen wurde schließlich zum Rücktritt gezwungen, weil er die rassistischen Pogrome in Chemnitz verteidigt hatte. Jetzt ist der CDU-Innenminister von Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, raus, weil er offen für eine Koalition mit der faschistoiden Alternative für Deutschland (AfD) geworben hat. Und der CDU-Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern ist raus, weil er persönlich eine Waffe aus dem dortigen „Prepper“-Netzwerk gekauft hat.

Wie wir in der letzten Ausgabe von *Permanente Revolution* (Nr. 4, Winter 2019) festgestellt haben, nähert sich das Programm der Mehrheit der deutschen Bourgeoisie dem der AfD an. So forderte Friedrich Merz, einer der Hauptkandidaten im Kampf um die Nachfolge Merkels, einen absoluten Aufnahmestopp für weitere Flüchtlinge und zog die ranzige faschistische propagandistische Parole aus dem Ärmel, es gebe einen direk-



John Macdougall / AFP

Rechte Demonstranten in Berlin schwenken die Fahne des deutschen Kaiserreichs vor dem Reichstagsgebäude, 29. August 2020.

ten Zusammenhang zwischen der Zahl der Flüchtlinge und der Zahl der deutschen Arbeitslosen (*Die Welt*, 16. Dezember 2020).

Reichsflagge vor dem Bundestag

Am 30. August, während Tausende von Demonstranten Unter den Linden gegen die Coronavirus-Lockdowns marschierten, stürmte eine kunterbunte Bande von Reaktionären und „Reichsbürger“-Faschisten, die die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreichs als Hakenkreuzersatz schwenkten, zum Sitz des Bundestages im Reichstagsgebäude in Berlin. Es war eine internationale Blamage für das (CDU-SPD) GroKo-Regime, auch wenn eine Handvoll Polizisten genügte, um sie zu vertreiben.

Zuvor, am 1. Mai 2020, wurde eine Anti-Lockdown-Demonstration auf dem Rosa-Luxemburg-Platz erlaubt, während die Polizei in derselben Nacht die „Revolutionäre 1. Mai“-Demo von mehreren Tausend in Kreuzberg brutal angriff, einschließlich Dutzender Verhaftungen, weil sie gegen das Verbot großer Versammlungen während des Corona-Lockdowns verstoßen habe. Bezeichnenderweise wurde das Verbot linker Proteste vom rot-rot-grünen Senat in Berlin durchgesetzt, während in vielen Städten 1. Mai-Demonstrationen erlaubt waren.

Dies ist ein immer wiederkehrendes Muster. Die Querdenker-Bewegung ist zwar heterogen und umfasst ein Spektrum von Exzentrikern und Spinnern, die von der bürgerlichen Presse gerne als „hart links“ bezeichnet werden, aber sie wird zunehmend von einer Reihe antisemitischer Reaktionäre und offener Faschisten durchdrungen. Angesichts der gesamten Geschichte der polizeilichen Duldung rassistischer einwanderungsfeindlicher, flüchtlingsfeindlicher Mobilisierungen, bis hin zu tatsächlichen Pogromen (wie in Chemnitz 2018), ist die Haltung der Polizei gegenüber „Querdenkern“ nicht überraschend. In Leipzig durften die Anti-Lockdown-Demonstranten am 8. November Amok laufen; in Berlin wurden zehn Tage später die Wasserwerfer der Polizei, die blenden und sogar töten können (z. B. Günter Sare, Frankfurt/Main 1985), eingesetzt, um die Demonstranten sanft zu besprühen.

Auf der Liste der vorgeblich aus Gründen der Volksgesundheit verbotenen Veranstaltungen stehen u.a. ein versuchtes Gedenken an das faschistische Massaker ein halbes Jahr zuvor in Hanau, eine Gedenkveranstaltung zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels im Ruhrgebiet, und eine Demonstration in Frankfurt/Main im April für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer, die von der Polizei brutal angegriffen wurde. Kürzlich wurden Parteiversammlungen der faschistoiden AfD in Braunschweig erlaubt, doch Mobilisierungen von Antifaschisten wurden weiterhin aus Gründen der „öffentlichen Gesundheit“ untersagt.

Die partiellen Stop-and-Go-Lockdowns durch kapitalistische Regierungen, zusammen mit einem Krankenhaussystem, das den Zusammenbruch durch das Hinausschieben von Aufnahmen und frühzeitiges Hinausdrängen

von Patienten vermeidet, waren völlig unzureichend, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen. Aber während wir uns den Reaktionären entgegenstellen, die notwendige Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit ablehnen, und wir auf den Erfolg Chinas bei der Mobilisierung der Ressourcen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus verweisen, sind revolutionäre Marxisten dagegen, bürgerliche Regierungen aufzufordern, politische Proteste einzuschränken oder zu verbieten. Was auch immer die angegebenen Gründe sein mögen, wir wissen aus Erfahrung – und der Natur des kapitalistischen Staates – sehr wohl, dass solche Maßnahmen weit mehr gegen Linke und Revolutionäre eingesetzt werden als gegen mörderische Faschisten.

Provokationen der Polizei

Die Welle antirassistischer Proteste, die die USA nach dem Polizeimord an George Floyd im Mai 2020 überrollte, hatte auch Auswirkungen in Europa. Proteste prangerten rassistische Polizeigewalt in Frankreich und das kolonialistische Erbe Großbritanniens und Belgiens an. In Deutschland war das Echo jedoch recht kurzlebig, da ein parteiübergreifender Konsens, einschließlich der „linken“ Sozialdemokraten von Die Linke, die Vorstellung zurückwies, dass es so etwas wie strukturelle rassistische Polizeigewalt gibt. Das alles ist Teil des Bestrebens der „staatstragenden“ Parteien, mit polizeistaatlichen Methoden den Repressionsapparat in Erwartung von Revolten der unterdrückten „Habenichtse“ gegen die vermögenden „Wohlhabenden“ zu verstärken.

Schon früh provozierte die Polizei in Stuttgart eine Revolte, um zu zeigen, dass sie die unverzichtbaren Ordnungshüter sind. Am 20. Juni 2020 schikanierten Polizisten einige Jugendliche und durchsuchten einen 17-Jährigen vor der Staatsoper nach Joints. (Noch vor wenigen Jahren versprachen die Grünen, damals in der Regierung, den Konsum von Cannabis zu „entkriminalisieren“). Es kam zu Schlägereien, Polizeiautos und einige Geschäfte wurden verwüstet. Die Situation sei „völlig außer Kontrolle“, behauptete die Polizei. Am nächsten Tag schrien die bürgerlichen Medien unisono, dies sei eine „nie dagewesene Dimension von Gewalt“. Das ist Unsinn. Im Jahr 2010 entfesselten Stuttgarter Polizisten eine Orgie der Gewalt gegen Demonstranten, die gegen die Ersetzung des historischen S21-Bahnhofs protestierten, schlugen und besprühten Jugendliche mit Pfefferspray und erblindeten einen Mann effektiv mit einer Polizeiwasserkanone.

Diesmal war die Polizei (und die *Bild Zeitung*) enttäuscht, dass sich unter den Verhafteten so viele deutsche Staatsbürger befanden. Also führten sie durch, was als „Stammbaumforschung“ bekannt wurde, um festzustellen, ob ihre Eltern oder sogar Großeltern aus dem Nahen Osten oder Nordafrika stammen könnten! Der CDU-Sprecher im Bundestag, Mathias Middelberg, warnte vor „unangemessenen Parallelen“ zwischen

deutschen und US-amerikanischen Polizisten: „Die ideologische Stimmungsmache gegen unsere Polizei muss ein Ende haben“ (*Neue Osnabrücker Zeitung*, 23. Juni 2020). Nicht zu übertreffen ist Dietmar Bartsch, Chef der Linkspartei-Bundestagsfraktion, der zwar die Stammbaumforschung als „rassistisch“ kritisierte, aber gleichzeitig twitterte, er verurteile „widerliches Verhalten“ und „rücksichtslose Gewalt“ gegen die Polizei (*Spiegel Online*, 24. Juni 2020)!

Nicht nur in Stuttgart, der wohlhabendsten Stadt in Deutschland, dem reichsten Land Europas, haben die Behörden zu einem solchen Racial Profiling gegriffen. Ende Oktober, als das Coronavirus durch den Berliner Bezirk Neukölln fegte, posierte dessen stellvertretender Bürgermeister Falko Liecke (CDU) für Fotos vor einem Sportwagen (einem gelben Lamborghini auf der Sonnenallee), der mit Aufklebern von gefälschten Einschusslöchern geschmückt war. Dieser schwachsinnige Stunt war ein Requisite in einem CDU-Wahlkampf, der versprach, „kriminelle Clans“ von den Straßen Berlins zu fegen. Dies ist Teil einer jahrelangen Kampagne gegen sogenannte „arabische Clan“, die sich in Polizeirazzien in Einwanderervierteln im Rheinland und im Ruhrgebiet sowie in Berlin niederschlägt.

Nicht nur die CDU und die rassistische Springer-Presse lechzen nach Blut, auch der Großteil der deutschen „Qualitätsmedien“ ist mit von der Partie. Und die Repression wird von der SPD in einer Koalition mit der CDU in Städten wie Essen und von der Koalition aus SPD, Grünen und Die Linke in Berlin ausgeübt. Als die Pandemie ausbrach, kündigte die Berliner Polizei an, dass die Repression gegen die „Clans“ nicht nachlassen würde – und das hat sie auch nicht. Verschiedene Großfamilien, vor allem Libanesen – und nicht nur Araber, sondern auch Türken oder Kurden – wurden als kriminelle Banden abgestempelt. Und da die Familien Namen wie Chahrour tragen, die unter Libanesen etwa so häufig sind wie Schmidt und Müller unter Deutschen, und da fast jeder Verwandtschaftsgrad ausreicht, gibt es Tausende von potenziellen Verdächtigen. Sie gelten als schuldig, nach einem Prinzip, das der Sippenhaftung im Dritten Reich ähnelt.

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse!

Besonders seit sie an der Regierung der Hauptstadt beteiligt ist, hat die Linkspartei dem bürgerlichen Staat und seiner Polizei immer wieder ihre Treue geschworen. So wird in einer gemeinsamen Erklärung der rot-rot-grünen Koalitionsparteien in Berlin vom September 2019 zur „Stärkung der Polizei“ und zum „systematischen Ausbau der Sicherheitsbehörden“ aufgerufen. Die seltsame Doppellogik, die damit verbunden ist, zeigte sich in einem Artikel in *Neues Deutschland* (30. Dezember 2020). Die Überschrift lautet: „Kein Verlass auf den Staat“, während im Text „weiterer Druck für die Entnazifizierung der Behörden“ gefordert wird. Doch jedes Vertrauen auf die Polizei gegen die faschistische Bedrohung, selbst nach einer fingierten Kampagne der „Entnazifizierung“, wie sie in Westdeutschland nach dem Fall des Dritten Reiches 1945 durchgeführt wurde, ist letztlich selbstmörderisch. Was vielmehr notwendig ist, ist die Mobilisierung der Arbeiter und Unterdrückten angesichts der Angriffe durch die faschistisch verseuchten „Sicherheitsorgane“.

Von den Gruppen, die eine gewisse Verbindung zum Trotzkismus beanspruchen, fordert Solidarität,¹ eine der beiden Nachfolgegruppen der Sozialistischen Alternative Voran innerhalb der Linkspartei, ebenfalls, sich nicht auf den bürgerlichen Staat zu verlassen – um dann einen detaillierten Plan zu

¹ Nach einer 2018-19 erfolgten Spaltung des von Peter Taaffe gegründeten und geführten Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) ist in Deutschland die Sozialistische Organisation Solidarität – SOL mit Taaffes Rumpf-CWI verbunden; die Sozialistische Alternative – SAV ist mit der Internationalen Sozialistischen Alternative verbunden.

Rassistischer Anschlag gegen die multiethnische Arbeiterklasse Halle – Hanau: Für Arbeiterverteidigung gegen Nazi-Terror

Am 19. Februar versammelten sich Tausende in Städten in ganz Deutschland – bis zu 10.000 in Berlin – anlässlich des ersten Jahrestags des Massakers in Hanau (Hessen), um an die von einem faschistischen Mörder niedergeschossenen Opfer zu erinnern. Die Menge wiederholte ihre Namen: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüç, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov. Während die Generalstaatsanwaltschaft von einem „fremdenfeindlichen Motiv“ sprach, wurden die meisten Opfer in Deutschland geboren. Aber für die Behörden und chauvinistischen Anhänger einer „deutschen Leitkultur“ waren sie alle „Ausländer“.

In der Nacht vom 19. auf den 20. Februar 2020 ermordete ein Schütze neun Menschen in einer Shisha-Bar und in einem Kiosk in der hessischen Stadt Hanau, bevor er nach Hause ging und seine Waffe gegen seine Mutter und dann sich selbst richtete. Dies war ein gezielter Amoklauf – der Mörder trompetete seine rassistischen Motive in einem Text hinaus, den er vor dem Angriff auf seine Website hochgeladen hatte. Ganze Völker aus Asien, Afrika und dem Nahen Osten müssten „vollständig beseitigt“ und die Bevölkerung Deutschlands „halbiert“ werden, sagte er.

Das Massaker in Hanau war der dritte Angriff von Faschisten in Deutschland innerhalb von neun Monaten und der mit der höchsten Zahl an Todesopfern. Walter Lübcke, ein christdemokratischer Politiker, der rassistische Angriffe auf Flüchtlinge angeprangert hatte, wurde am 2. Juni 2019 in seinem Haus in der Nähe von Kassel in Hessen ermordet. Dann, am 9. Oktober 2019, wurden in der ostdeutschen Stadt Halle zwei Menschen getötet, als der faschistische Massenmörder versuchte, gewaltsam in eine Synagoge einzudringen. Nur eine Woche vor dem Massaker in Hanau hatte die Polizei ein Dutzend Faschisten (einschließlich eines Polizisten) festgenommen, die Angriffe mit halbautomatischen Waffen auf Gläubige in Moscheen in zehn deutschen Bundesländern geplant hatten.

Diejenigen, die bei diesem rassistischen Massenmord starben, waren keine „Ausländer“. Sie waren ein Querschnitt der Arbeiterklasse in dieser Industriestadt. Da-

skizzieren, sich auf den bürgerlichen Staat zu verlassen. „Für eine wirkliche Kontrolle der Polizei!“ verkündet ein Artikel (18. Oktober), der mit der tödlichen Illusion hausieren geht, die Bullen würden sich von einem „unabhängigen“ Gremium aus Gewerkschaftern, Migranten, Sozialarbeitern und anderen Sektoren der Bevölkerung untersuchen und dann einstellen und entlassen lassen. Nach den Hanauer Morden (siehe Kasten) griff Solidarität kurzzeitig die Idee von Proteststreiks auf und fragte in ihrer typischen verlogenen-naiven Art:

„Oder warum eigentlich nicht mal die Arbeit aus Protest gegen rechten Terror niederlegen? Gegen die RAF in den 1970ern und nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 waren ja auch (symbolische) Arbeitsniederlegungen möglich.“

–SOL Flugblatt vom 20. Februar 2020

Was für eine Aussage! Der DGB zeigte seine Empörung über die Ermordung des Großindustriellen und Ex-SS-Hauptsturmführers Schleyer 1977 mit einer Arbeitsniederlegung und erneut nach dem 11. September, der zur imperialistischen Invasion/Besetzung Afghanistans, einschließlich durch die Bundeswehr, führte. Beide Arbeitsniederlegungen waren Loyalitätserklärungen gegenüber der kapitalistisch-im-



Internationalisten bei der Berliner Kundgebung, ein Jahr nach dem Massenmord in Hanau. Nur sozialistische Revolution kann die braune Pest ausrotten.

runter waren eine schwangere Romni-Frau, Roma-Männer aus Bulgarien und Rumänien, ein Bosnier und ein Deutsch-Afghane. Die vier als „Türken“ bezeichneten Personen waren tatsächlich Deutsche kurdischer Herkunft, was die Bekundung von Anteilnahme durch Bundeskanzlerin Merkel gegenüber dem türkischen „starken Mann“ Erdoğan, der einen blutigen Krieg gegen Kurden führt, ziemlich verfehlt erscheinen lässt.

Diese war die neueste in einem Zyklus faschistischer Gräueltaten in Deutschland, der mit dem versuchten Mord an der Kölner Bürgermeisterin Henriette Reker im Jahr 2015 begann. Das Massaker zerstörte auch die selbstgefälligen Zusicherungen des hessischen CDU-Innenministers Beuth im Landtag, seine Polizei schütze „jeden unter Bedrohung“, Versicherungen, die von den Grünen wiederholt wurden. Während die Grünen seit sechs Jahren in Koalition mit der CDU in der Landesregierung sind, hat sogar die pro-Grüne *Tageszeitung taz* (27. Februar 2020) die Passivität der Partei verurteilt, die Vertuschung der NSU-Morde durch die hessischen Behörden nicht zu untersuchen. Die hessische Polizei ist nicht nur von Nazis verseucht, die faschistischen Schläger wurden ermutigt, Gewerkschafter 2018 am helllichten Tag in Hanau anzugreifen.

Was die Sozialdemokraten angeht, so hat der ehemalige SPD-Chef Sigmar Gabriel eine Verurteilung des rechten „Feindes der Demokratie“ getwittert, aber im nächsten Atemzug

verurteilte er aus heiterem Himmel „linke Chaoten“, die „auf Polizisten eindreschen“ und „immer wieder hohe Sachschäden verursachen.“ Und auch wenn die bürgerliche Presse die Propaganda der faschistischen AfD für die Morde verantwortlich machte, ging sie dem nicht weiter nach. Wie könnte sie auch, wenn sich die wahnsinnigen Vorstellungen des Hanau-Mörders über biologisch minderwertige Rassen kaum von den Bestsellern des ehemaligen SPD-Bankiers und rassistischen Ideologen Thilo Sarrazin unterscheiden? Und der Mörder hatte dasselbe Ziel ausgewählt wie die CDU, die SPD, die Polizei und ein Großteil der bürgerlichen Presse: die Shisha-Bars.

Ein Wandgemälde unter der Friedensbrücke in Frankfurt a. M. mit Porträts der neun Opfer trägt die Bildunterschrift „Niemals vergessen, Hanau – 19.02.2020“, eine Botschaft, die bei den ersten Jubiläumsmärschen auf handgefertigten Schildern wiederholt wurde. Was ist mit „Nie wieder?“ haben wir uns gefragt. Aber natürlich ist sich jeder in diesem Land bewusst, dass solche rassistischen Morde weiterhin vorkommen werden. Wie der *Tagesspiegel* (19. Februar) titelte: „Nie wieder?“ Von wegen – in Deutschland hört es nie auf.“ Bis zu einer sozialistischen Revolution, die den kapitalistischen Sumpf beseitigen wird, der der Nährboden ist, aus dem der mörderische faschistische Abschaum herausgekrochen ist. ■

perialistischen Ordnung. Ein deutlicheres Bekenntnis zur grundsätzlichen politischen Identität von Solidarität mit den antikomunistischen DGB-Spitzen kann man sich kaum vorstellen.

Solidarität und all die anderen Organisationen, die aus der Labour-loyalen Tradition der britischen Militant-Gruppe hervorgegangen sind, behaupten, dass Polizisten Arbeiter seien und nicht die angeheuerten Schützen der Bosse. Die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO)² täuscht nur sich selbst (und andere), wenn sie Solidarität auffordert, sich ihrer Forderung anzuschließen, die Polizei-„Gewerkschaften“ aus dem DGB zu entfernen. Darüber hinaus fordert RIO, Seehofer zu feuern, wie sie zuvor die Absetzung von Maaßen gefordert hat, als ob das auch nur den geringsten Unterschied machen würde. Im Sommer 2020 spielte RIO mit Forderungen „für die Abschaffung der Polizei, wie sie die progressiven Teile der Bewegung in den USA schon lange fordern“ (*Klasse gegen Klasse*, 10. Juli 2020). Zum grundlegend reformistischen Charakter dieser Forderung siehe „Abschaffung der

² RIO ist international verbunden mit der irreführend benannten Trotzlistische Fraktion, die sich Ende der 1980er Jahre von der pseudo-trotzkistischen Strömung von Nahuel Moreno abgespalten hat.

Polizei“ – Unter dem Kapitalismus?“ *The Internationalist* Nr. 60, Mai-Juli 2020. Aber schon im Herbst begnügte sich RIO damit, eine „unabhängige“ Untersuchung rassistischer Polizeiübergriffe zu fordern, ihre „militantere“ Variante der ständigen Forderungen der Linkspartei nach parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (*Klasse gegen Klasse*, 23. Oktober 2020).

Die Internationalistische Gruppe hat schon immer dazu aufgerufen, „Stopp die Faschisten durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!“ Wie wir 2019 geschrieben haben:

„Die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland wird zunehmend geschwächt, aber ihre Macht bleibt intakt. Die Hauptsache ist die Führung. Wir brauchen eine massenhafte Mobilisierung der Arbeitermacht, um die Faschisten, ihre uniformierten Beschützer und ihre kapitalistischen Hintermänner zu bezwingen, als Teil eines Kampfes für den Aufbau einer Arbeiterpartei, die für die internationale sozialistische Revolution kämpft, um die blutige Herrschaft des Kapitals zu stürzen und ihre Machthaber hinweg zu fegen.“

–„Handelskrieg bedeutet Krieg gegen die Werktätigen“, *Permanente Revolution* Nr. 4, Winter 2019. ■

Coronavirus und Kapitalismus

Der folgende Artikel ist eine erheblich gekürzte Übersetzung aus The Internationalist Nr. 59, März-April 2020. Der vollständige Artikel ist auf der Internetseite <http://www.internationalist.org/coronavirus-und-kapitalismus-2003.html> zu lesen.

29. MÄRZ 2020 – Seit Anfang des Jahres 2020 ist die Welt von der Pandemie, bekannt als neues Coronavirus oder COVID-19, in eine beispiellose Krise gestürzt worden. Nachdem es zuerst in Wuhan, China, aufgetreten ist, wurde es nach einigen anfänglichen Fehlritten im Großen und Ganzen von der chinesischen Regierung durch außergewöhnliche Maßnahmen unter Kontrolle gebracht. Beijing schaffte es, die Ausbreitung zu begrenzen, indem differenzierte Ebenen von Einschränkungen der Bewegung von Menschen zwischen Provinzen und innerhalb von Städten durchgeführt wurden, die 400 -700 Millionen Menschen betrafen – die größte Quarantäne der Geschichte. Das hat die Infektionen und Todesfälle deutlich reduziert: die Anzahl der Fälle wurde auf etwas über 80.000 begrenzt, und die Todesfälle auf 3.300, fast ausschließlich in der Provinz Hubei, wo die Krankheit erstmalig auftrat.

Aber jetzt rast COVID-19 durch die kapitalistische Welt, verwüstet ganze Regionen wie Norditalien, hauptsächlich wegen der Weigerung der politischen und medizinischen Verantwortlichen, breit zu testen und Quarantäne zu verhängen, solange die Anzahl der Infizierten relativ klein war. In den Vereinigten Staaten hat jetzt mindestens die Hälfte der Bevölkerung Ausgangssperre. In New York City, das jetzt das Epizentrum der weltweiten Coronavirus-Pandemie ist, ist die Anzahl der dokumentierten Fälle in zehn Tagen um 600 % extrem angestiegen. Die Szenen in einigen Intensivstationen, wie dem Elmhurst Hospital in Corona, Queens, wo 13 Menschen an einem Tag starben, werden als „apokalyptisch“ beschrieben.

Quer durch die USA ist der Großteil der Wirtschaft stillgelegt. Viele der Jobs sind für immer weg, weil kleine Betriebe haufenweise zumachen. Andererseits müssen viele Arbeiter (besonders in der Logistik) ohne entsprechende Schutzausstattung weiter arbeiten. Unterdessen wird der größte Anteil des 2 Billionen „Rettungs“-Paketes dazu verwendet, die großen Firmen wie Boeing zu subventionieren, während die Arbeiter ein paar Brotkrümen über das Arbeitslosengeld abbekommen – und Millionen Immigranten erhalten nichts außer zunehmende Drohungen und Repression. Während in der zentral geplanten chinesischen Wirtschaft ein zeitweiser Stillstand möglich ist, werden die Verwüstungen unter dem Kapitalismus erheblich größer ausfallen.

Unter diesen katastrophalen Bedingungen pochen Kommunisten darauf, dass der Klassenkampf weitergeht, und die Notwen-



Hunderte standen am 25. März stundenlang im Regen im stark von Immigranten bewohnten Bezirk Corona, Queens, New York, um im Zelt vor der Notaufnahme vom Elmhurst-Krankenhaus auf Coronavirus getestet zu werden. Einige wurden nie angeschaut. Von denjenigen, die positiv testeten, wurden die meisten nach Hause geschickt. Die Ärzte beschrieben die Szene im Krankenhaus als „apokalyptisch“.

digkeit einer revolutionären Führung ist dringender denn je. Wir geben unten, gekürzt und bearbeitet, die Präsentation des Genossen Abram Negrete aus einer Telekonferenz der marxistischen Studiengruppe in New York am 19. März wieder.

Die Herangehensweise an die Coronavirus-Krise kann mit großer Aufmerksamkeit auf den finanziellen und ökonomischen Aspekten, den medizinisch/epidemiologischen Aspekten, dem barbarischen Irrsinn und der Absurdität bürgerlicher Politik erfolgen, und den vielen anderen Blickwinkeln. Aber ich möchte zunächst einige Gedanken darlegen, die, wie ich glaube, den meisten von uns nicht neu sind, die aber gerade jetzt eine besondere Dringlichkeit und besondere Relevanz haben; und zwar wegen der extrem machtvollen und entscheidenden Art und Weise, in der die gegenwärtige Situation die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben, entlarvt.

Ich meine, am besten beginne ich die Rede mit einem kürzlich angekommenen Brief eines kubanischen Wissenschaftlers, der in einem Institut arbeitet, das eine weltweite Spitzenposition in der medizinischen Wissenschaft einnimmt. Sein Bruder, der im gleichen Institut arbeitet, war in den frühen 1990ern eng involviert in das epidemische Nervenleiden, das bekannt wurde als „Cuban Optical Neuropathy Epidemic“. Es handelte sich um den plötzlichen Ausbruch einer mysteriösen Blindheit. Die Kubaner heilten es durch eine außergewöhnliche Kombination von medizinischer Wissenschaft und den Vorzügen einer geplanten Wirtschaft. Er schreibt: „das grundlegende Prinzip umfasste allgemeine Gesundheitsvorsorge, ausgedehnte Tests und Behandlung, und nicht Kosten.“

„Das ist die Philosophie hinter den gegenwärtigen Vorbereitungen auf die Pandemie, ba-

sierend auf dem Familienarzt und unserem Gesundheitswesen“, ein System, das sie in Kuba haben, und das sich offensichtlich von dem unterscheidet, was wir in einem profitgierigen kapitalistischen Land wie den USA haben. Er zitiert Jose Marti [den kubanischen Freiheitskämpfer], der sagte, dass unser Vaterland die Menschheit ist, und fährt fort: „Viele meiner Freunde arbeiten an der Erforschung des Coronavirus. Sie testen Interferon und andere Wirkstoffe. Kuba hilft anderen Ländern Interferon zu bekommen. Tatsächlich produzieren wir Interferon Alpha-2B“. Das ist ein Medikament, das sich als recht effektiv für die Behandlung der Symptome des Coronavirus, einschließlich COVID-19, erwiesen hat. Er schreibt weiter:

„Tatsächlich wird Interferon Alpha-2B in einer gemeinsam betriebenen Fabrik in Beijing hergestellt. Es ist eines der Medikamente, das in China für die Behandlung benutzt wurde. Kubanische Wissenschaftler arbeiten aktuell außerdem an einem Impfstoff, aber das wird wohl noch mehr Zeit brauchen. Betreffend China, ich habe China [wo er forscht], einige Tage bevor sich die Epidemie ausbreitete, verlassen, weil ich zu dieser Zeit in Kuba arbeiten sollte. Ich bin mit meinem Labor in China in Verbindung geblieben. Wir organisieren die Arbeit remote, bis sich die Situation bessert. Ich finde die chinesischen Maßnahmen bewundernswert und heroisch. Der Ehemann meiner Assistentin ist ein Arzt, der wegen der Epidemie in eine andere Region gegangen ist, um dort zu arbeiten.“

„Die Reaktion von China und Kuba zeigt, dass ein öffentliches Gesundheitssystem mit durchgängiger Abdeckung die einzige Hoffnung für die Menschheit ist. Kapitalismus ist keine humane Gesellschaft, nicht nur, weil Kapitalismus Krieg und Leiden für den Profit weniger propagiert, sondern Kapitalismus sorgt noch nicht einmal für den Schutz vor Krankheiten für die Mehrheit der Menschen. Die Armen und Benachteiligten sind sicherlich diejenigen, die die Hauptlast dieser Pandemie tragen werden. Trotzdem ist, wie üblich, Kritik an China verbreitet, und jetzt auch an Kuba. Als Marxist verstehe ich, dass der Blick auf die Welt immer bestimmt wird durch die Klasse, egal wie die Realität aussieht. Das ist die Basis für das Versagen vieler Regierungen in dieser Krise.“

Das ist keine offizielle Erklärung, sie kommt von einem Wissenschaftler, und es versteht sich von selbst, dass seine politischen Ansichten nicht die gleichen sind wie unsere. Wir haben unsere eigene Sicht und eigene Positionen. Aber es ist unvorstellbar, dass eine bürgerliche Regierung ein Institut gründen oder einen Wissenschaftler hervorbringen könnte, der die Anstrengungen des Landes in solcher Form präsentieren und einen solchen Brief schreiben könnte. Die gegenwärtige Kampagne von Hass und Propaganda und Dämonisierung gegen Kuba und China unterstreicht die Notwendigkeit der bedingungslosen militärischen Verteidigung dieser Länder.

Ich denke, dass er auf seine eigene Art und Weise einige der wesentlichen Punkte dargelegt hat, die wir, wenn wir kritisch denken, heute jungen Leuten erklären müssen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auch auf die letzte Nacht herausgegebene Erklärung von Class Struggle Workers – Portland richten. Das ist eine Gruppe von Gewerkschaftern, Arbeiter in der Gewerkschaft der Baugewerke-Maler, in IATSE, das ist die Gewerkschaft der Bühnenarbeiter, die Eisenarbeiter und andere Gewerkschaften, die brüderlich mit der Internationalist Group – die als US-Sektion der Liga für die Vierte Internationale den revolutionären Trotzkismus repräsentiert – zusammenarbeiten und Initiativen wie „Hard Hats for Gay Rights“, „Portland Labor Against the Fascists“ und vieles mehr angeleitet haben. Sie haben die Malergewerkschaft Local 10, in ihrer Stadt überzeugt, während der letzten Wahlen einen Antrag anzunehmen, der die Arbeiterbewegung aufruft, mit der Demokratischen Partei zu brechen und für eine klassenkämpferische Arbeiterpartei zu kämpfen.

In dieser Krise, in der Arbeiter sehr gefährlichen Bedingungen ausgesetzt sind, haben die Genossen in Portland eine sehr wichtige Erklärung herausgegeben „Für Arbeiteraktion in der Coronavirus Krise“ (siehe Seite 14). In dieser Erklärung haben sie eine Reihe von sehr konkreten, spezifischen, klassenkämpferischen Forderungen für die Arbeiterklasse aufgestellt, für die Verteidigung von Immigranten, für die Vertreibung der ICE (Ausländerpolizei) aus Portland, für den Einsatz der Macht der Arbeiterklasse um Razzien und Abschiebungen Einhalt zu gebieten, für den Kampf für kostenlose Kindertagesstätten auf höchstem Niveau für alle, die sie benötigen, was jetzt sehr wichtig ist, und viele andere Forderungen.

Wenn es eine Krise gibt, besonders eine unerwartete (zumindest für die meisten), eine furchtbare und erschreckende Krise, dann ist das wie ein Röntgenstrahl oder ein Blitz, der plötzlich die Realität zeigt, die die Menschen nicht immer sehen. Viele junge Leute innerhalb und um unsere Organisation herum wurden politisch zur Zeit der Massenproteste gegen die rassistischen Polizeimorde an Schwarzen in dieser Gesellschaft. Natürlich, für schwarze Menschen in dieser Gesellschaft war das nicht neu, es waren keine „Neuigkeiten“, und es war keine Überraschung für sie, das herauszufinden – sie wussten immer, in dieser rassistischen Gesellschaft kann es ein Todesurteil bedeuten, schwarz zu sein, so ziemlich in jedem Augenblick.

Ein weiterer großer, schrecklicher Schock für viele junge Leute in dieser Gesellschaft war es, als sie kürzlich die veröffentlichten Bilder von in Käfigen eingesperrten Kindern sahen und von Kindern, eingesperrt in „Jhieleras“ oder „ICE Boxen“, einer Form von sensorischer Deprivation unterworfen, und Folter, Bestrafung und Terrorisierung an der Grenze. Auch das ist nichts Neues – es hat nicht mit Trump angefangen, das fand schon unter Obama statt. Aber es konfrontierte viele Jugendliche ganz direkt mit der Realität von Grausamkeit und Sadismus der Gesellschaft, in der sie leben, und mit der Notwendigkeit das zu verstehen. Natürlich versucht die Demokratische Partei, damit zu mobilisieren und das als Waffe einzusetzen, um in heuchlerischer, ganz zynischer Weise Stimmen für die Partei des „Abschiebungs-Oberbefehlshaber“ Obama zu bekommen.

Ich glaube wir werden einige dieser Beispiele zur Aufklärung benötigen, wenn wir in der kommenden Periode mit Leuten sprechen, denn wir werden das ABC des Marxismus einer ganzen Menge von Leuten beibringen, wenn wir unsere Arbeit richtig machen. Einige Leute wurden früher politisiert, während der großen Finanzkrise, die 2007-08 ausbrach, als die spekulative finanzielle Blase aus fiktivem Kapital platzte, und damit auch die Blase der Illusion von „Wohlstand und Stabilität“. Millionen flogen aus
weiter auf Seite 22



Das Gesicht der Barbarei. Der Kühlcontainer hinter dem Elmhurst-Krankenhaus am 25. März dient als vorübergehende Leichenhalle für die große Anzahl von Menschen, die an der Coronavirus-Pandemie sterben. 13 starben an jenem Tag in dieser Anstalt. Das kapitalistische Gesundheitswesen und bürgerliche Politiker können die medizinischen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere (aber nicht nur) der Armen und Unterdrückten, nicht befriedigen.

Trump baut auf Polizei und Faschisten, die Demokraten buhlen um die Pentagon-Generäle Repressionenwahlen 2020 in den USA

Der nachstehende Artikel ist eine gekürzte Übersetzung aus The Internationalist Nr. 61, September-Oktober 2020.

30. OKTOBER 2020 – Der US-Kapitalismus steckt in einem Haufen Schwierigkeiten, und wie üblich zahlen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten den Preis dafür. Jetzt droht es, noch viel schlimmer zu werden. Das Land wird von einer tödlichen Seuche heimgesucht, der schlimmsten seit einem Jahrhundert, die sich weiter verschärft. Die Wirtschaft befindet sich in einer neuen Depression, der tiefsten seit den 1930er Jahren, mit langfristigen Folgen, die gerade erst beginnen, spürbar zu werden. Eine Explosion der Empörung über rassistische Polizeibrutalität brachte in der größten anhaltenden Protestbewegung der US-Geschichte täglich Millionen auf die Straßen, während die Orgie der Polizeimorde unvermindert weitergeht. Die herrschende Klasse ist nach einem gescheiterten Amtsenthebungsverfahren erbittert zerstritten, während die US-Gesellschaft über so gut wie alles zutiefst polarisiert ist. Und jetzt stehen wir am Vorabend einer Wahl, die leicht – sogar wahrscheinlich – Wochen turbulenter Unruhen und vielleicht eine Verfassungskrise auslösen könnte, wie es sie seit 1876 nicht mehr gegeben hat.

Von diesen vielen Krisen ist die unmittelbarste die Wahl, nicht nur um das Amt des Präsidenten, sondern auch über die Kontrolle des Kongresses. Präsident Donald Trump peitscht das Land mit Brandreden auf, die mit rassistischen Appellen gespickt sind, mit Aufrufen an faschistische Schlägertrupps und Lobgesängen auf mordwütige Polizisten, während er Horden von Antifa-Demonstranten heraufbeschwört, die in weiße Vorstädte einfallen. Der Ober-Rassist schwört, dass er nur verlieren kann, wenn die Wahl manipuliert wird, und weigert sich zu sagen, dass er sein Amt abgeben würde. Währenddessen rekrutieren republikanische Agenten bewaffnete „Wahlbeobachter“, um die Wähler einzuschüchtern, vor allem in schwarzen und hispanischen Gebieten, und republikanische Anwälte bereiten sich darauf vor, Briefwahlzettel zu verwerfen und die Stimmentzählung zu behindern. Unterdessen hat Walmart, das Plünderungen und zivile Unruhen voraussieht, als „Vorsichtsmaßnahme“ Waffen und Munition aus den Verkaufsräumen seiner Geschäfte abgezogen.

Als Antwort auf Trumps „Law and Order“-Kampagne ruft der demokratische Fahnenträger Joe Biden dazu auf, „Randaliern“ ins Bein zu schießen (er hat es gerade wiederholt), während seine Mitkandidatin Kamala Harris damit prahlt, Kaliforniens früherer „Top-Cop“ gewesen zu sein. Biden & Co. scheinen durch die Kampagne schlafzuwandeln, veranstalten keine Massenkundgebungen, keine Haus-

Trump lässt sich nicht mit den Demokraten bekämpfen



Kontingent der Internationalisten auf der 1. Mai-Demo in New York City, 2018.

Haus-Werbung, ermutigen zu Briefwahlen, verlassen sich auf riesige Werbespots, während Trump die sozialen Medien dominiert. Die Demokraten gehen davon aus, dass die Wut über Trumps Leugnung von COVID-19 und die Abscheu vor dem rassistisch-frauenfeindlichen Präsidenten ausreichen wird, um zu gewinnen. Sie wenden sich an Menschen, die sich danach sehnen, „zu dem zurückzukehren, was früher einmal war“, ohne etwas für die Arbeiterinnen und Arbeiter anzubieten, die sich noch immer nicht von der Depression nach dem Crash von 2008 erholen haben.

Die Abscheu vor dem einwandererfeindlichen, frauenhassenden, faschistenliebenden weißen Rassen im Weißen Haus, der sich zur Wiederwahl als Präsident der konföderierten Sklavokratie stellt, ist völlig gerechtfertigt. Trumps Sieg ist eine Bedrohung für die gesamte schwarze Bevölkerung der USA, auch wenn ihn zynische Millionäre wie 50 Cent und Ice Cube unterstützen. Aber die Demokraten, die Partei, die jeden größeren Krieg des US-Imperialismus angeführt hat, von der atomaren Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis über die Bombardierung Vietnams mit Napalm bis hin zu Barack Obamas Tötungslisten mit Drohnenangriffen im Nahen Osten, sind ebenso die Feinde der armen, unterdrückten und arbeitenden Menschen und umso gefährlicher, weil viele Illusionen in sie hegen.

Als revolutionäre Marxisten – Verfechter der Politik von W.I. Lenin und Leo Trotzki, den Führern der bolschewistischen Revolution von 1917 – sagen wir den Massen die Wahrheit. Und die Wahrheit ist, dass weder Republikaner noch Demokraten die schreck-

lichen Geißeln beseitigen wollen oder können, die das verfallende kapitalistische System von Krieg, Armut und Rassismus, das sie vertreten, über uns gebracht hat. Die Arbeiter und Unterdrückten sollten weder den Demokraten, Republikanern noch irgendeiner anderen kapitalistischen Partei oder kapitalistischen Politikern eine Stimme geben.

Gleichzeitig, ohne den bürgerlichen Parteien irgendwelche politische Unterstützung zu geben, kämpfen klassenbewusste Arbeiter gegen alle Angriffe auf demokratische Rechte, wie wir sie heute erleben.

Wahlkampf: Ein Festival der Reaktion

Der Wahlkampf war ein Festival der Reaktion, bei dem sich die beiden Hauptparteien des US-Imperialismus in die Fahne hüllten, Demokraten und Republikaner gleichermaßen dazu aufriefen, „hart gegen China vorzugehen“, und miteinander darum wetteiferten, die repressiven Kräfte des kapitalistischen Staates zu bejubeln. Doch aus Furcht vor weiteren vier Jahren Trump und seiner Bande von Allround-Reaktionären stehen Millionen von jungen Menschen, Afroamerikanern, Latinos, Frauen und viele Gewerkschaftsmitglieder stundenlang an frühzeitig geöffneten Wahllokalen Schlange, um eine Stimme für Biden-Harris abzugeben, während sich die Hardcore-Trumpanhänger auf den 3. November konzentrieren. Jetzt ist es soweit, und jeder konzentriert sich auf den Wahltag ... und die Tage und Wochen des Tumults, die wahrscheinlich darauf folgen werden.

Trump rechnet damit, dass er sich auf die Einwanderungspolizei ICE und andere Kräfte des Heimatschutzministeriums (Grenzschutz, Bundesschutzdienste, US-Marschalls) verlassen kann, die als seine Privatpolizei in andere Hoheitsgebiete vordringt wo die Bundesstaaten das Vorrecht haben. Außerdem ist sein Generalstaatsanwalt William Barr eifrig damit beschäftigt, die örtliche Polizei im ganzen Land in Stellung zu bringen. Szenarien sind nicht schwer vorzusehen: „Sicherheits“-Kräfte, die von republikanischen PACs (politische Aktionskomitees) autorisiert wurden, provozieren zusammen mit rechten Milizen und Faschisten während der Abstimmung oder in den nächsten Tagen Zusammenstöße; die örtliche Polizei geht hart gegen Demonstranten vor; die Regierung erklärt eine zivile Unordnung gemäß § 18 US-Gesetzbuch, Abschnitt 231, und setzt das US-Militär ein, um „von Demokraten regierte Städte“ abzuriegeln, wie er es im Juni angeordnet hatte. Oder Plan B, oder C, oder D.

Doch die Antwort der Demokratischen Partei ist der Rückgriff auf denselben Repres-

sionsapparat, den Friedrich Engels (und nach ihm Lenin) als die besonderen Formationen bewaffneter Menschen (Polizei, Militär) und ihrer Hilfskräfte (Gerichte, Gefängnisse) definiert hat, die das Herz des kapitalistischen Staates bilden. Vergesst nie, wie wir betont haben, dass auch wenn Polizeikräfte von New York über Minneapolis bis nach Portland, Seattle und anderswo sich daran ärgern, in den Städten überall im Land gilt: „Die Demokraten sind die Chefs der rassistischen Killerpolizei“. In der Zwischenzeit hat Biden gesagt, dass er, falls Trump sich weigert zu gehen, von den Chefs des Pentagon und dem Geheimdienst erwartet, dass sie ihn „mit der gebotenen Eile aus dem Weißen Haus eskortieren“. Wir hören also Putschgerede auf beiden Seiten. Aber bis jetzt ist es nur Gerede, wir werden sehen, was als nächstes kommt.

Trump ist ein Ausreißer, der versucht, ein autoritäres Regime zu installieren, während Biden mit seinem ganzen Gerede über „Anstand“ und Zivilität auf den Kern der imperialistischen US-Macht setzt, um seinen Sieg zu sichern. Proud Boys Schlägertrupps müssen mit Arbeitermacht gestoppt werden, aber die weitaus größere strategische Bedrohung, die von den Demokraten ausgeht, wird durch das Arsenal veranschaulicht, das Afghanistan, Irak, Syrien, und davor Vietnam und Korea unter ihrem Kommando (sowie dem der Republikaner) verwüstet hat.

Während wir uns der Endphase nähern, haben viele Linke und „progressive“ Gewerkschafter geschworen, auf die Straßen zu gehen, um „den Trump-Coup zu vereiteln“. In den meisten Fällen handelt es sich wahrscheinlich um Pro-Biden-Demonstrationen. Revolutionäre Marxisten hingegen werden nicht für den Sieg eines der bürgerlichen Anwärter kämpfen, sondern für die Verteidigung demokratischer Rechte mittels eines scharfen Klassenkampfes, der auf die Errichtung von Organisationszentren der Arbeitermacht abzielt.

Revolutionäre Führung ist der Schlüssel

Heute müssen authentische Trotzisten bereit sein, auf Klassenbasis, politisch unabhängig und gegen alle bürgerlichen Parteien zu mobilisieren, um für die Verteidigung demokratischer Rechte zu kämpfen und sich der Unterdrückung durch den kapitalistischen Staat, der sowohl von Demokraten als auch Republikanern vertreten wird, zu widersetzen. Im Konkreten werden Linke, die auf den Straßen gegen einen Versuch des Trump-Regimes, die Volksabstimmung zu annullieren, mobilisieren, Repressionen durch Polizeikräfte ausgesetzt sein, die unter dem Kommando demokratischer Bürgermeister und Gouverneure stehen und die sowohl von Biden als auch von Trump überschwänglich unterstützt werden. Als revolutionäre Marxisten müssen wir eindeutig klarstellen, dass wir uns dem Versuch widersetzen würden, eine autoritäre Regierung mit außergesetzlichen Mitteln einzusetzen, aber wir fordern nicht, dass Biden das Amt übernehmen soll, von dem aus er die Werktätigen unterdrücken wird, indem er seinen Kumpanen in der Polizei sagt, sie sollen uns ins Bein schießen, während Harris sich anschickt, uns einzusperren.

Jede Art von tatsächlicher Massenstreikaktion in diesem Zusammenhang muss in direktem Zusammenhang mit einem Kampf zur Gründung einer Arbeiterpartei auf einem Programm des militanten Klassenkampfes stehen, um für eine Arbeiterregierung zu kämpfen. Natürlich haben die den Demokraten treuen Arbeiterleutnants des Kapitals in Rochester (Bundesstaat New York) nicht zu einem Streik (geschweige denn zu einem Generalstreik) gegen den rassistischen Mord



Am 1. Juni 2020 versuchte Trump in Washington, D.C. das Kriegsrecht zu verhängen, indem er sich auf das Aufstandsgesetz von 1807 berief.

Frühling 2021



Treffen des damaligen Vizepräsidenten Joe Biden mit den Polizeichefs. Der Demokrat Biden hat schon immer enge Beziehungen zur Polizei unterhalten.

an Daniel Prude durch die Polizei aufgerufen – die das Law-and-Order-Duo Biden-Harris noch verstärken will. Im Gegensatz dazu kämpfen revolutionäre Marxisten für Massenaktionen der Arbeiter, einschließlich Streiks, gegen rassistischen Polizeiterror als Teil des dringenden Kampfes gegen die Repression. Was Gewerkschaftsführer, die für die demokratische Partei sind, meinen, wenn sie es (fast nie) wagen, das Wort „Generalstreik“ auszusprechen, ist im Grunde eine große Demonstration, verbunden mit einer Arbeitsniederlegung, und nicht der Auftakt zu einem Kampf um die Staatsmacht, wie Lenin und Trotzki darauf bestanden haben.

Ein „Generalstreik“ oder eine Massenmobilisierung jeglicher Art, die darauf abzielt, Biden/Harris ins Amt zu bringen, könnte von ihnen ebenso abgesagt werden. Volksfrontmobilisierungen zusammen mit Teilen der Bourgeoisie sind ein Lebensretter für die herrschende Klasse, wenn sie in Schwierigkeiten steckt, wie es die US-Bourgeoisie gerade jetzt ist. Die Gefahr ist nicht nur der autoritäre Trump, sondern auch die Biden-Harris, die sich ihrer Unterstützung durch eine Reihe von Geheimdiensten und pensionierten Militärs (der sogenannte „Deep State“) rühmen.

Die Kämpfe in der nächsten Periode werden voraussichtlich defensiver Natur sein, da sie mit verschärfter Repression gegen Immigranten, Afroamerikaner, Latinos, Arme und Gemeinschaften der Arbeiterklasse im allgemeinen konfrontiert sein werden. Wenn Trump gewinnt, wird die Polizei ermutigt werden. Wenn Biden gewinnt, werden die Polizisten seine Fähigkeiten, sie zu unterstützen, auf die Probe stellen wollen. Wenn die Situation verworren ist, werden die staatlichen Repressionskräfte versuchen, Massenunruhen zu unterdrücken, indem sie hart durchgreifen, gegen die „Antifa“ vorgehen, Demonstrationsführer verhaften, wie sie es in Denver, New York und jetzt Philadelphia getan haben, und/oder Massenverhaftungen durchführen, wie sie es seit Monaten tun. Aber jetzt werden die „Samthandschuhe“ abgelegt sein. Nach den Massenprotesten im vergangenen Sommer brennt die Polizei auf Rache.

Die ICE-Polizei bereitet sich bereits auf ein hartes Durchgreifen gegen Immigranten ohne Papiere nach den Wahlen vor. Schwarze Stadtviertel könnten von der Polizei terrorisiert werden, die mit Faschisten und rechten Milizen zusammenarbeitet. Die Internationalistische Gruppe hat wiederholt dazu aufgerufen, die Macht der Massenaktion der Arbeiter gegen Deportationen, Razzien und rassistische Angriffe zur Geltung zu bringen, und besteht weiterhin darauf, dass die Mobilisierung der Gewerkschaftsmacht in Massenaktionen und die organisierte Verteidigung unserer aller Rechte anstelle von Einzelaktionen oder unkonzentrierten Ausbrüchen der Schlüssel zum Sieg über die mit dem Staat verbündeten Reaktionen ist. Die repressiven Kräfte der Ausbeuter und Unterdrücker können nur von einer größeren Macht besiegt werden, nämlich der der Arbeiter mit einer Führung, die versucht, alles,

nicht nur eine Straße, eine Brücke, einen Tunnel oder eine Autobahn, sondern das kapitalistische System *zum Stillstand zu bringen*.

Der Schlüssel zu all dem ist der mühsame Kampf, den Kern einer revolutionären Arbeiterpartei auf dem Programm der Bolschewiki zu schmieden, die die Arbeiterrevolution von 1917 anführten. Die Internationalistische Gruppe, US-Sektion der Liga für die Vierte Internationale, hat sich dieser Aufgabe angenommen. Wie die Repressionswahlen 2020 zeigen, müssen wir, um die kapitalistische Barbarei und die vielfältigen Gefahren, die sie für die Arbeiter und Unterdrückten darstellt, zu bekämpfen, den Kampf für die sozialistische Revolution führen – und gewinnen. ■

Coronavirus...

fortgesetzt von Seite 20

ihren Jobs und ihren Wohnungen.

Wir haben das auch beim Hurrikan Katrina 2005 gesehen. Das war keine biologische Katastrophe, es war eine meteorologische Katastrophe, aber es war vor allem eine soziale Katastrophe, in der Klasse und Rasse sofort in den Vordergrund rückten bezüglich der Frage, wer bekommt Nahrung, wer wird mit dem Hubschrauber gerettet, wer wird leben und wer sterben.

Dann, natürlich, sahen wir das auch beim Erdbeben in Haiti (wo sich, neben anderen Punkten, wie wir wissen, der komplette Bankrott der Spartacist League zeigte, eine Organisation, die einmal der Bannerträger des Trotzismus in den USA gewesen war).

Die gegenwärtige Krise zeigt auf dramatische Weise die Ungleichheit in dieser Gesellschaft, wo lebenswichtige Dinge nicht erhältlich sind. Als erstes müssen wir die Anarchie der Produktion erklären. Es gibt nicht genug Beatmungsgeräte. Wenn Leute richtig am Coronavirus erkranken, dann benötigen die am schwersten Erkrankten diese Geräte oft als Atemhilfe. Genauso benötigt man ausreichend Masken für das medizinische Personal, usw. Einer unserer Genossen arbeitet in einem Wohnheim, wo sie besorgt sind, dass sie nicht genügend Desinfektionsmittel haben werden. Sie haben nicht das notwendige Material, um schwerstkranke Menschen überhaupt zu pflegen.

Es gibt nicht genügend Krankenhausbetten. Es gibt nicht genug von allen möglichen Dingen, die jetzt in vielen Fällen absolut notwendig sind, und das gilt umso mehr da, wo es um Leben und Tod geht. Oder nimmt den profanen Fall des Toilettenpapiers. Der Punkt ist, dass Produktion in dieser Gesellschaft nicht dem Gebrauch dient, es geht nicht um die Produktion von Medikamenten, nicht um die Produktion von Krankenhausbetten, nicht um den Bau von Krankenhäusern, nicht um die Produktion von Beatmungsgeräten, die wir jetzt so dringend benötigen. Es geht nicht um den Gebrauchswert, sondern um den Tauschwert und wie er in Mehrwert umgewandelt wird, um Profit zu machen. Wir erläutern, dass dies die Diktatur ist, in erster Linie des Profitprinzips, in zweiter Linie die Diktatur des Kapitals und die soziale Diktatur

der kapitalistischen Klasse, der Bourgeoisie.

Kein reformistisches Rumbasteln kann das ändern. Kein Plan für etwas höhere Steuern oder ein New Deal, welcher Couleur auch immer, benannt nach dem imperialistischen Demokraten FDR [Franklin Delano Roosevelt], wird in einer solchen Krise irgendetwas bringen. Keines der Vorhaben, die von Bernie Sanders oder AOC [Alexandria Ocasio-Cortez] oder ihren enthusiastischen Anhängern vorgebracht wurden, kann auch nur ansatzweise etwas dagegen unternehmen. Mehr noch, sie wollen nicht etwas dagegen tun, weil sie tatsächlich – das sagen sie recht offen und ehrlich – Unterstützer dieser grundsätzlichen Diktatur des Profits sind.

Die Bourgeoisie und ihre Agenten ergreifen jetzt definitiv die Gelegenheit, die Repression zu steigern. Überwachung vervielfacht sich. Es gibt einen Artikel in einem Magazin vom MIT, der aufruft – und das ist ein echtes Zitat – für die „Diskriminierung – von Rechts wegen – gegen solche, die ein Gesundheitsrisiko darstellen“ (*MIT Technology Review*, 17. März).

Es gibt eine Verschärfung von Nationalismus und Xenophobie. Deutschland hat, zumindest bis jetzt, mehr Beatmungsgeräte als es benötigt. Aber die Regierung sagt: diese Beatmungsgeräte sind für Deutsche. Und alle, die nicht damit einverstanden sind, dass sie für Deutsche reserviert sind, sind für den Tod von Deutschen verantwortlich. Das sagt die Regierung, die nach Ansicht bürgerlicher Liberaler, angeblich eine der aufgeklärteren Regierungen ist.

Gleichzeitig schimpft Trump in den USA über den sogenannten „ausländischen“ Virus oder „chinesischen“ Virus – während die Demokratische Partei gegen China trommelt. *Foreign Policy* hat jetzt einen antichinesischen Hetzartikel mit der Überschrift „China stellt sich dar als Retter der Welt, während die USA und die EU sich auf den Virus zu Hause konzentrieren“. Die hetzen gegen China, grundsätzlich um Stimmung für den anti-chinesischen Kriegskurs zu machen, was sich auch in der eifrigen Unterstützung und Propaganda für die konterrevolutionären Ausschreitungen in Hongkong zeigt.

Wenn man sich Italien ansieht, eine wirklich schreckliche Situation, in der eine medizinische Triage erfolgt. Das bedeutet, wenn es nicht genügend Ressourcen gibt, nicht genug Beatmungsgeräte zum Beispiel, dann muss ein Arzt entscheiden, wer leben soll und wer stirbt. Eine qualvolle Entscheidung. Ist es der Sechsjährige oder seine Großmutter? Ärzte stehen manchmal vor schrecklichen Alternativen und es gibt verschiedene Wege, wie sie versuchen, kollektiv oder individuell damit umzugehen. Aber ich denke, dass eine Menge Leute sich darüber wundern werden, was für eine Gesellschaft das ist, die sich dazu gezwungen sieht. Und natürlich gibt es ökonomische und soziale Auswahl. Mit all dem werden ganze Kategorien der Bevölkerung buchstäblich dazu verdammt, auf einen Haufen von Leichen und Sterbenden geworfen zu werden.

Zum Schluß, einige grundsätzliche Fragen, die durch die gegenwärtige Situation aufgeworfen werden. Zum Beispiel, warum gibt es

kein Blitzprogramm für die Herstellung von Beatmungsgeräten, den Bau von Krankenhäusern, für die Massenproduktion der Medizin, die Kuba entwickelte und weiter entwickelt? Natürlich, Luxus-Hochhäuser werden noch weiter gebaut, und tatsächlich wurde die Bauwirtschaft in New York als „notwendiger Dienst“ erklärt. Vergleicht das mit der Behauptung bürgerlicher Ideologen sowie der vorgeblichen Linken, dass China, trotz politischer und kultureller Unterschiede nach ihrer Aussage im Wesentlichen die gleiche sozioökonomische Art von Gesellschaft ist wie die USA – in anderen Worten, kapitalistisch. Sowa lesen wir ständig, aber jetzt sind sie mit wirklich grundsätzlichen Fakten konfrontiert. Wie z.B. mit dem Fakt, dass China ein Blitz-Bauprogramm für neue Krankenhäuser durchgeführt hat und andere in massivem Umfang umgewidmet hat. Es wurden 19.000 Pfleger und Ärzte von Shanghai nach Wuhan gebracht, usw.

Auch nachdem die stalinistische Bürokratie einige wichtige Errungenschaften der chinesischen Revolution demontiert oder reduziert hat, besteht noch ein riesiger Unterschied in der Gesundheitspolitik und ihren enormen Ergebnissen, die unterstreichen, dass China kein kapitalistisches Land ist. Stattdessen ist es noch immer der Staat, der durch die chinesische Revolution 1949 geschaffen wurde, in dem die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt wurde, der dem Imperialismus einen welthistorischen Schlag versetzte und einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat gründete.

Die Vereinigten Staaten sind ein barbarisches Land, gegründet auf Sklaverei, wo die Frage des Gesundheitswesens ein Ausdruck des Rassismus ist, wo der Widerstand gegen eine auch nur moderat zivilisierte bürgerliche Gesundheitspolitik im Rassismus wurzelt, wie so Vieles in dieser Gesellschaft. Vor allem hier wird es wirklich eine sozialistische Revolution erfordern, damit Menschen die Medizin bekommen, die sie brauchen, in einer rationalen Form, auf Basis einer international geplanten Wirtschaft, die auf Sowjetdemokratie von Arbeiterräten basiert, eine proletarische Demokratie von Arbeiterräten von hier bis Italien – und auch in den chinesischen und kubanischen deformierten Arbeiterstaaten, wo die kapitalistische Herrschaft gestürzt wurde – und der ganzen Welt.

Jetzt ist die Zeit für uns Wege zu finden, um neue Leute zu rekrutieren, neue Leute auszubilden, sie in die kommunistische Bewegung zu bringen. Das ist eine Periode mit einer sehr erschreckenden, entmutigenden, unausweichlichen Realität, die unvermeidlich eine Menge Menschen wach- und aufrütteln wird. Wir müssen ihnen das kommunistische Programm erklären, was Marxismus, was Trotzismus ist, warum – wenn sie wirklich für eine zivilisierte Gesellschaft kämpfen wollen – wir für Sozialismus gegen Barbarei kämpfen müssen, und, wie das Statement der Klassenkämpferischen Arbeiter Portlands endet, „der einzige Weg vorwärts ist Klassenkampf“. Der Kampf für das Programm des revolutionären Klassenkampfes ist das, wofür wir sie jetzt gewinnen müssen. ■



Coronavirus-Patient in Wuhan, China, Anfang März. In Wuhan wurden diejenigen mit bestätigtem Coronavirus ins Krankenhaus eingeliefert. In New York wurden 90 % der positiv getesteten Patienten nach Hause geschickt.



Die Internationalist Group/U.S. beim Amtsantritt von Donald Trump im Januar 2017: „Bekämpft Trump ... und die Demokraten, Baut eine revolutionäre Arbeiterpartei auf.“

Demokrat Bidens...

fortgesetzt von Seite 24

by Biden's Team“ [eine 180 Grad-Wende in der China-Politik durch Bidens Team] (*New York Times*, 18. März). Nachdem sie vier Jahre lang fälschlicherweise Hillary Clintons Niederlage bei der Wahl 2016 auf russische Einmischung schoben, sich beschwerten, dass Trump in Wladimir Putins Tasche stecke und inkonsequent gegenüber Xi Jinping wäre, wollen die Demokraten nun beweisen, dass sie die wahren Kalten Krieger sind.

Letzte Woche nannte Biden Putin einen „Killer“, und am nächsten Tag traf sich sein Außenminister Blinken mit chinesischen Spitzenbeamten in Alaska, um sie über Hongkong, Taiwan und Xinjiang zu beschimpfen, wo sowohl Biden als auch Trumps Außenminister China des „Völkermords“ beschuldigten, eine totale Erfindung. Dann tat Washington schockiert, als es hörte, dass die Chinesen auf diese imperialistische „Menschenrechts“-Rhetorik mit dem Hinweis auf die polizeiliche Unterdrückung von Black-Lives-Matter-Demos reagierten. Die *New York Times* (21. März) titelte: „That Was Fast: Blowups with China and Russia in Biden's First 60 Days.“ [Das ging aber schnell: Krach mit China und Russland in Bidens ersten 60 Tagen]. Die Medien versuchen, es herunterzuspielen, indem sie sagen, dass der „Wettbewerb“ hauptsächlich um Technologie, Cyberkonflikte und Einfluss geht. Weit gefehlt.

Es ist wahr, dass die USA eine enorme militärische Überlegenheit gegenüber China und Russland haben, und dass keines dieser Länder die Absicht hat, einen Krieg gegen das mächtigste imperialistische Land der Welt zu unternehmen. Aber die Dinge könnten aus dem Ruder laufen, und Washington könnte sich verkalkulieren. Das ist schon mal passiert. Im Jahr 2016 schrieben wir, dass Hillary Clinton die Kandidatin war, die am ehesten einen Krieg mit Russland auslösen würde. Die letzte Runde von stark verschärften Spannungen mit Moskau begann, als Clinton, als Obamas Außenministerin, mit Faschisten und ultrarechten Nationalisten zusammenarbeitete, um die Ukraine in die NATO zu zerren und sie zu einem Satelliten der USA und der Europäischen Union vor der Haustür Russlands zu machen. Sie waren dann überrascht, als Putin die Krim annektierte, mit der Unterstützung der mehrheitlich russischen Bevölkerung. Wenn die Spannungen im Südchinesischen Meer eskalieren, wo es den Chef des Indo-Pazifik-Commandos der US-Marine juckt, eine militärische Auseinandersetzung zu provozieren, könnten die Dinge explodieren.

Während die Kriegstreiberei zunimmt, hebt sich die Verteidigung des deformierten chinesischen Arbeiterstaates gegen Imperialismus und Konterrevolution durch die Liga für die Vierte Internationale scharf
Frühling 2021

davon ab. In den Jahren 2019-20 prangerte die LVI die von den USA geförderten antikommunistischen Unruhen in Hongkong an, während die opportunistische Linke als hörige Lackeien des US-Imperialismus agierte und kläffte, während Washington die Kriegstrommeln über „Menschenrechte“ schlug. Unterdessen machen sowohl die Biden-Demokraten als auch die Trump-Republikaner China zum Sündenbock für das Coronavirus. Doch China mit seiner Planwirtschaft hat schnell und mit massiven Mitteln gehandelt, um den tödlichen Ausbruch einzudämmen, während in der gesamten kapitalistischen Welt mit ihren desorganisierten, profitorientierten Gesundheitssystemen COVID-19 eine Flut von Todesfällen ausgelöst hat. Und dazu spiegelt sich das allseitige China-Bashing über das ganze letzte Jahr hinweg in einer enormen Zunahme von rassistischen Angriffen auf asiatische Amerikaner wider. Es ist klar: Die parteiübergreifende Anti-China-Kriegstreiberei schürt anti-asiatische Bigotterie.

Leere „Reformen“, Abschiebungen und Repression

Während er im Ausland eine aggressive imperialistische Agenda verfolgt, treibt Biden innenpolitisch eine zweigleisige Politik mit „progressiven“ Reformgesetzen ohne Aussicht auf Umsetzung voran, um die Liberalen (und ihre Anhänger im linken Lager) ruhig zu halten, kombiniert mit verstärkter Repression. Die Medien stellten fest, dass die Biden-Demokraten in der Lage waren, ihre linke Flanke auf Linie zu halten und alle ernsthaften Proteste vor dem Amtseinführungstag zu unterdrücken.

Jetzt haben sie die vorgeschlagenen Einwanderungs- und Arbeitsreformen im Eiltempo durch das Repräsentantenhaus gebracht (während sie den Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde wegen der Einwände eines nicht gewählten Parlamentariers fallen ließen), um sie ganz bewusst zum Kriechen in den Senat zu schicken. Ihre Hoffnung ist, dass Massenimpfungen und der 1,9 Billionen Dollar schwere amerikanische Rettungsplan, der mehr als 9 % des letztjährigen Bruttoinlandsprodukts ausmacht, zusammen mit Moratorien für Zwangsräumungen und die Auszahlung von Studentenkrediten, verlängerten Arbeitslosenunterstützungen, 1.400 Dollar „Stimulus“-Schecks und 3.600 Dollar Steuergutschriften pro Kind, sie über Wasser halten werden.

Die erste Krise der Regierung betrifft die Einwanderungspolitik mit der Ankunft tausender verzweifelter mittelamerikanischer Flüchtlinge an der Südgrenze. Nachdem eine „100-Tage-Pause für bestimmte Abschiebungen“ am Tag der Amtseinführung von einem texanischen Richter blockiert wurde, hat die Einwanderungsbehörde Immigration and Customs Enforcement (I.C.E.) die

Abschiebungen in der Tat beschleunigt und in Bidens erstem Monat im Amt 29.000 Menschen abgeschoben. Die Grenzpatrouille weist unter Berufung auf Trumps COVID-Notverordnung Erwachsene und Familien ab, während sie unbegleitete Minderjährige reinlässt, um sie in überfüllten Einrichtungen festzuhalten.³ Jetzt sind die ersten Fotos von Kindern aufgetaucht, die in „Kapseln“ festgehalten werden, auf dünnen Matten liegend, mit nichts als Folien, um sie zu bedecken, wie unter Trump im Jahr 2018 ... oder

Abschiebe-Chef Obama im Jahr 2014. Die mutwillige Grausamkeit – und Heuchelei – ist erschütternd.

In der Zwischenzeit sind die Polizeimorde und die rassistische Repression eskaliert. Nach der mutwilligen Tötung von George Floyd durch einen Polizisten aus Minneapolis im vergangenen Mai setzten sich die beispiellosen täglichen und nächtlichen Massendemonstrationen von Millionen, die gegen den Angriff der Polizisten auf das Leben der Schwarzen protestierten, wochenlang fort. Aber trotz trügerischer liberaler/reformistischer Rufe nach „De-Finanzierung der Polizei“ wurden nirgendwo wirkliche Änderungen an der Funktionsweise der kapitalistischen „Strafverfolgung“ vorgenommen. Und die Zahl der Toten, die die rassistische Polizeimordmaschinerie forderte, nahm angesichts der Proteste keineswegs ab, sondern stieg sprunghaft an. Im Jahr 2020 wurden 2.206 Zivilisten von Polizisten getötet, weit über dem Durchschnitt von 1.400 Polizeimorden pro Jahr in den vorangegangenen 19 Jahren dieses Jahrhunderts.⁴

Tatsache ist, dass die Polizei als Institution seit der Zeit der Sklaverei von Natur aus rassistisch ist. Selbst dort, wo es schwarze Polizisten, schwarze Polizeichefs und schwarze Bürgermeister gibt, setzen sie rassistisches, kapitalistisches „Recht und Ord-

nung“ durch. Die Polizei kann nicht reformiert und schon gar nicht abgeschafft werden, solange das Kapital regiert. Die Internationalist Group sagt: **Polizisten raus! Für Arbeiteraktionen gegen rassistische Unterdrückung! Für die Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution!**

Letzten Sommer haben wir geschrieben, dass der US-Kapitalismus einer „Dreifachpandemie“ ausgesetzt war: einer tödlichen Seuche, rassistischen Polizeimorden und Massenarbeitslosigkeit. Im vergangenen Jahr wurden Proteste gegen rassistische Polizeibrutalität und Unzufriedenheit über die Behandlung von COVID-19 in

³ Siehe „Stop Biden's Deportations, Let the Kids Go!“ *The Internationalist* Nr. 62, Januar-März 2021.

⁴ Und diese Zahlen geben nur die öffentlich publizierten Tötungen durch die Polizei wieder.

Unterstützung der Demokratischen Partei umgeleitet, um den rassistischen, frauen- und fremdenfeindlichen Trump hinauszujagen. Jetzt aber haben die Demokraten die Machthebel in Washington und vielen Staaten sowie in den meisten Großstädten. Die überwiegende Mehrheit der Linken reihte sich darin ein und rief entweder direkt dazu auf, für Biden zu stimmen, oder schwor, „die Wahlergebnisse zu verteidigen“ und Biden angesichts eines „Staatsstreichs“ von Trump als Präsidenten einzusetzen. Die opportunistische Linke ist mitverantwortlich dafür, dass die demokratische Regierung ins Amt gekommen ist, und sie macht so weiter, setzt sie unter Druck, um mehr Geld zu erbitten, und ruft dazu auf, „Bidens Füße ans Feuer zu halten“, anstatt sich ihr rundweg zu widersetzen.

Es ist eine endlose Horrorshow. Und bei all dem – ob es sich nun um die Aussetzung gegenüber dem Coronavirus, die medizinische Behandlung, rassistische Repression und Angriffe, Arbeitsplatzverlust, Obdachlosigkeit, Zugang zu Impfstoffen, das Desaster der „Fernausbildung“ oder irgendwelche andere Maßnahmen in der Krise handelt – sind die Afroamerikaner, Lateinamerikaner, Indianer und Immigranten am härtesten betroffen, insbesondere diejenigen mit den geringsten Ressourcen. Das sehen wir bei den als „unverzichtbar“ gefeierten, aber als Wegwerfartikel behandelten Arbeitern, die nicht den Luxus hatten, von zu Hause aus zu arbeiten.

Die Zahl der Todesopfer in den Indianerreservaten ist horrend. Schwarze Arbeiter sind immer noch die ersten, die gefeuert und die letzten, die wieder eingestellt werden. Einwanderer „ohne Papiere“ haben keinen Anspruch auf staatliche Notunterstützung. Jetzt werfen Massenmorde ein Schlaglicht auf die Welle anti-asiatischer Angriffe, die durch Trumps bösartiges Gerede von einem „chinesischen Virus“ und der „Kung-Fu-Grippe“ sowie die Kriegspropaganda der Demokraten gegen China angeheizt wurde.

All dies unterstreicht, dass keine noch so große Menge an Basteleien oder Reformen das Chaos und Leiden beenden kann. Es ist kein raues Pflaster mit Licht am Ende des Tunnels. Dies ist eine Krise des kapitalistischen Systems selbst – es wird eine sozialistische Revolution brauchen, um sie zu lösen. Das wird ein Kampf sein. Zeit, sich dafür einzuschreiben. ■

Liga für die Vierte Internationale

LVI, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A. Email: internationalistgroup@msn.com
Webseite: www.internationalist.org

Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

Caixa Postal 084027, CEP 27251-740, Volta Redonda, RJ, Brasilien; Caixa Postal 3982, CEP 20001-974, Rio de Janeiro, RJ, Brasilien; Email: lqb1996@yahoo.com.br

Internationalistische Gruppe/Deutschland

LVI, Postfach 809721, 21007 Hamburg;
Email: permanenterevolution@posteo.de

Nucleo Internazionalista d'Italia

Anna Chiaraluce, C.P. N. 78, Ufficio Postale San Sisto, 06132 Perugia (PG), Italien; Email: it_internazionalista@yahoo.com

Grupo Internacionalista/México

Aptdo. Postal 12-201, Admón. Postal Obrero Mundial, CP 03001, Ciudad de México, Mexiko; mx; Cd. de México: 55-3154-7361; Guadalajara: 33-1752-6643; Oaxaca: 951-129-2086; Email: grupointernacionalista@yahoo.com.mx

Internationalist Group/U.S.

Internationalist Group, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A.;
New York (212) 460-0983, Fax (212) 614-8711;
New England (617) 213-5010; Portland (503) 683-1894;
Los Angeles (323) 984-8590
Email: internationalistgroup@msn.com

Brecht mit den Parteien der Bosse – Für eine revolutionäre Arbeiterpartei

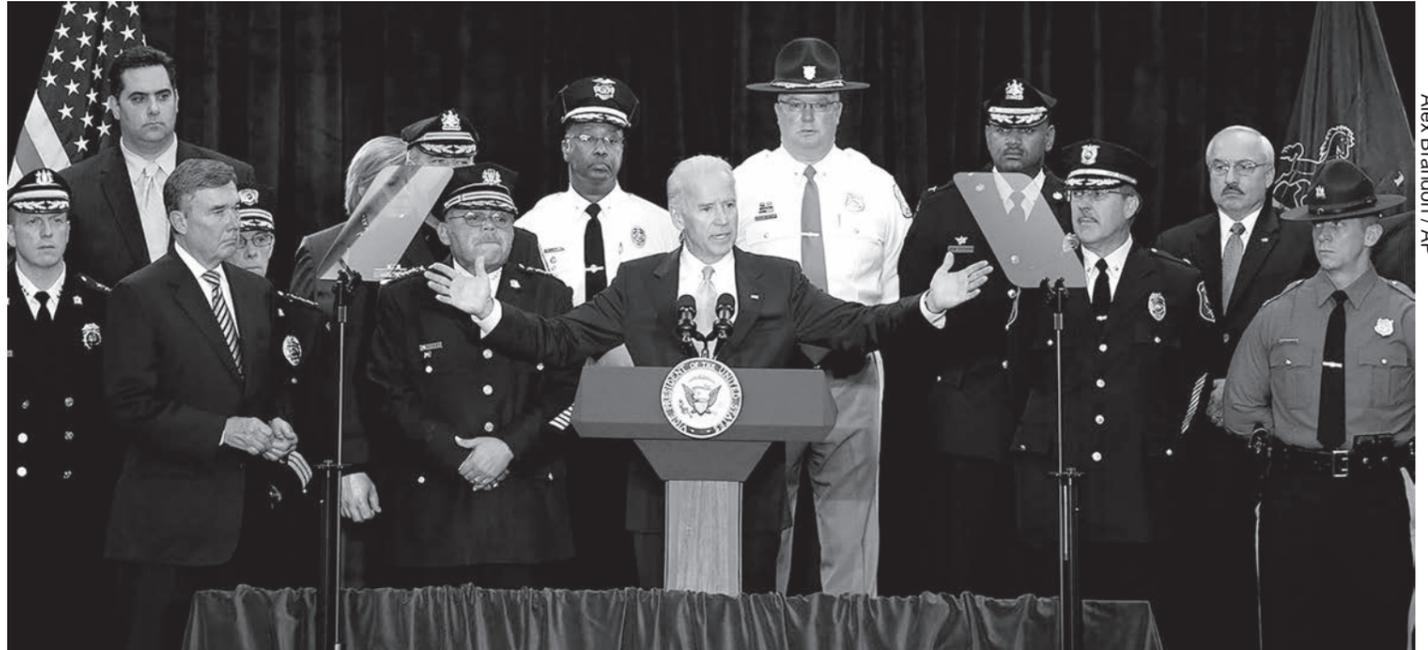
Demokrat Bidens Regime: Kalter Krieg und rassistische Repression

Der nachstehende Artikel ist eine gekürzte Übersetzung aus The Internationalist Nr. 62, Januar-März 2021, das Organ der Internationalist Group in den USA.

23. MÄRZ – Die Erstürmung des US-Kapitols am 6. Januar durch einen rassistischen Mob, angestiftet vom republikanischen Präsidenten Donald Trump, schockierte die ganze Welt. Sie war beispiellos in der US-Geschichte. Sie destabilisierte die führende imperialistische Macht der Welt. Obwohl die Mainstream-Medien und Politiker der Demokratischen Partei Staatsstreich und Aufstand schrien, war es keiner. Die Randalierer hatten offensichtlich nicht das Nötige, um den Sturz einer Regierung oder die Auflösung der Legislative durchzuziehen. Auch verfügte Trump nicht über die Unterstützung des Militärs, um einen „Selbstputsch“ durchzuführen, wie etwa ein Westentaschendiktator wie Alberto Fujimori in Peru (1992) oder Ferdinand Marcos auf den Philippinen (1972). Vielmehr war es ein Versuch, einen marodierenden Mob zu benutzen, um den Kongress einzuschüchtern, den Demokraten Joe Biden, den Gewinner der Wahl 2020, nicht als Präsident zu bestätigen. (Und unter dem extrem undemokratischen US-System der bürgerlichen „Demokratie“ verfügt der Kongress tatsächlich über diese Macht).

Es war ein rassistischer Lynchmob, mit Faschisten und faschistoiden Paramilitärs an der Spitze. Der 6. Januar erinnerte an die Art von Angriffen auf gewählte Regierungen, die der US-Imperialismus in der Ukraine (2004 und 2014), in Honduras (2009) und wiederholt gegen das nationalistische venezolanische Regime gefördert hat – um nur ein paar Beispiele zu nennen, viele davon unter demokratischen Präsidenten. Bisher waren die Vereinigten Staaten selbst angeblich Tabuzone dafür: Es gab keine US-Botschaft in Washington, die die Fäden gezogen hätte, wie der alte Witz in Lateinamerika lautet. Stattdessen wurde es vom Weißen Haus aus choreografiert.

Der rassistische Charakter der gewalttätigen Horde war an den vielen konföderierten Kriegsflaggen, den Bannern der Sklavenhalter und des KKK zu erkennen. Dass es sich um Lynchmörder handelte, wurde durch die an der Ostseite des Kapitols aufgestellten



Alex Brandon / AP

Der damalige Vizepräsident Joe Biden mit Polizeibeamten im Jahr 2011. In US-Großstädten sind demokratische Bürgermeister „die Bosse der rassistischen Killer-Cops“, und jetzt sitzt der „beste Freund“ der Polizei im Weißen Haus.

Galgen weithin sichtbar gemacht und durch die Botschaften von der Jagd in den Hallen auf die Gesetzgeber bestätigt, sowie durch den Aufruf, Vizepräsident Mike Pence zu hängen, der als Verräter gilt, weil er im letzten Akt von Trumps Kampagne nicht seinen Teil dazu beigetragen hat, das Wahlergebnis zu blockieren. Die Ernsthaftigkeit der Drohungen wird durch die Beweise unterstrichen, die in Hunderten von Gerichtsverfahren vorgelegt wurden, die gegen Randalierer angestrengt wurden, insbesondere diejenigen, an denen die faschistoiden Milizen der Oath Keepers und der III Percenters und die faschistischen Proud Boys beteiligt waren.

Die Demokraten, die jetzt die Kontrolle über beide Häuser des Kongresses haben, versuchten, die republikanischen „Moderaten“ von den Hardcore-Trump-Anhängern mit der Amtsenthebung von Trump für „Anstiftung zum Aufstand“ zu spalten. Ohne Erfolg, da die Republikaner sich geschlossen hinter Trump und den Mythos einer vom „tiefen Staat“ „gestohlenen“ Wahl stellten. Während die präsidentialen Aufrufe zu Einigkeit, Zivilität, Zusammenhalt, Überparteilichkeit und Beendigung „dieses un-

zivilen Krieges“ verpuffen, bereitet sich die demokratische Regierung darauf vor, den repressiven Apparat von Polizei und Militär zu verstärken. Insbesondere hat Biden seine Absicht angekündigt, ein „inländisches Terrorismusgesetz“ zu verabschieden. Während er in seiner Antrittsrede die „weiße Vorherrschaft“ verurteilte, zeigt die gesamte bisherige Geschichte, dass solche Gesetze in erster Linie gegen antirassistische und linke Demonstranten eingesetzt werden.

„Die Rache des Tiefen Staates“

Nachdem er Bernie Sanders in den Vorwahlen vernichtend geschlagen hat, hat Biden seine Regierung fast ausschließlich mit Hardline-Clinton-Anhängern und ehemaligen Beamten der Administration der Demokraten unter Barack Obama besetzt. Man könnte es „die Rache des Tiefen Staates“ nennen. Die Trumpisten sprechen über den „tiefen Staat“ als eine Verschwörungstheorie, eine geheime Konspiration, die sich auf Sicherheitsbehörden konzentriert, die die Fäden hinter dem Rücken der Wählerschaft ziehen. Das ist übertrieben, aber es besteht dennoch eine gewisse Wirklichkeit darin. Im Laufe der Jahrzehnte haben die Vereinigten

Staaten eine enorme Ausweitung des *institutionellen Bonapartismus*¹ erlebt, der den Anforderungen der imperialistischen Weltherrschaft der USA entspricht. Schlüsselbereiche der Regierung operieren ziemlich autonom von jedem Anschein legislativer Kontrolle: Man denke an CIA, NSA, DIA, DHS, usw.² Liberale wie der verstorbene Gore Vidal sprechen von einem „nationalen Sicherheitsstaat“. Aber das Militär und die Polizei, die speziellen Organe bewaffneter Menschen, sind in Wirklichkeit der Kern des *kapitalistischen Staates*.

Die Köpfe des diplomatischen und militärischen Teams des Demokraten Biden sind zertifizierte Mitglieder des „tiefen Staates“, Wall Street-Profiteure, Massenmörder ... und Kalte Krieger. Blinken und Austin vollziehen derzeit „An About-Face on China Policy

weiter auf Seite 23

¹ Karl Marx nahm das Beispiel von Louis Napoléon-Bonaparte, der 1852 in Frankreich die Macht übernahm und sich selbst zum Kaiser proklamierte, um die Abkehr von bürgerlich-demokratischen Regierungsnormen durch den Militär-/Polizeiapparat als Bonapartismus zu bezeichnen.

² Central Intelligence Agency, National Security Agency, Defense Intelligence Agency, Department of Homeland Security.

Pete Souza / White House



Liberaler Kriegsfalke übernehmen wieder die Zügel des US-Imperialismus. Oben: Joe Biden und sein jetziger Außenminister, Antony Blinken (oben rechts, nach vorne gelehnt), im War Room mit Barack Obama und Hillary Clinton, als sie 2011 die Ermordung von Osama Bin Laden rechtzeitig beobachteten.



Mason Trinca / New York Times

Trumps Bundesagenten in Portland als sie zusammen mit der lokalen und staatlichen Polizei Demonstranten angriffen, Juli 2020. Die Internationalist Group forderte: „Bundesagenten und Polizisten raus!“ Jetzt sind die Bundesrepressionskräfte unter Bidens Kommando.